

Darmstadt für Alle!

Programm zur Kommunalwahl 2021

DIE LINKE.

Kreisverband Darmstadt

Inhaltsverzeichnis

Darmstadt – eine lebenswerte Stadt für Alle	4
Gegen Armut - für soziale Gerechtigkeit!	6
Armes reiches Darmstadt	6
Quartiere stärken!	6
Kein Sonder-Arbeitsrecht für kirchliche Träger	7
Verstärkt den Betroffenen von Zwangsräumungen helfen	7
Solidarische Grundsicherung statt Hartz IV	8
Der Kinderarmut entgegentreten	9
Ausbildung und Arbeit für sozial benachteiligte Jugendliche	9
Die Kostenheranziehung ist unsozial und ungerecht	10
Gut leben im Alter – Pflegende tariflich entlohnen	10
Mobilität für alle: Sozialticket zum halben Preis!	11
Drogen entkriminalisieren und Drogenhilfe erhalten	11
Öffentliches Eigentum stärken	13
Rekommunalisierung statt Privatisierung	13
Den Stadtkonzern resozialisieren!	13
Für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung	15
Darmstadt braucht gute Arbeit	16
Wohnen – ein Grundrecht und keine Ware!	18
Planen, Bauen und Wohnen: sozial und ökologisch	18
Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik	19
Die Bauverein AG in die Pflicht nehmen	21
Ökologische Stadtentwicklung für eine klimagerechte Zukunft	23
Lebensqualität statt Wachstum	23
Ziele LINKER Stadtplanung	24
Bauleitplanung auf stabile Füße stellen	24
Für eine lebendige Beteiligungskultur	25
Onlinezugang zur Verwaltung ausbauen – für eine bodenständige Digitalstadt	26
Der Krise sozial gerecht begegnen: Für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit	27
Grünflächen, biologische Vielfalt und Klimaanpassung	29
Die Großstadt im Walde	30
Wasser	31
Für eine ökologische Verkehrswende	33
Stadt der kurzen Wege	33
Bus und Bahn als neues Rückgrat des Verkehrs!	33
Vorrang für Fuß- und Radverkehr	34
Lebenswerte Stadtviertel statt Blechlawine	35
Bus und Bahn: Für alle bezahlbar	36
Nachtflugverbot jetzt	36
Gute Bildung und Raum zur Selbstverwirklichung	38
Kita und Krippe: Bildungsgerechtigkeit für alle von Anfang an	38
Erzieher*innen aufwerten!	39
Betreuungsplätze für Alle und kostenlos	40
Länger gemeinsam lernen und Ganztagsangebot ausbauen	40
Moderne Schulen und demokratische Bildung	41
Die Stadt als Vorbild für den Berufseinstieg	42

Öffentlicher Raum für Freizeitgestaltung und Engagement	42
Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter	44
Breitensport fördern	45
Für eine bunte Gesellschaft – klare Kante gegen Diskriminierung	47
Hass grenzt aus – Grenzen töten!	47
Darmstadt liegt am Mittelmeer	47
Rechte Netze in Polizei und Behörden zerschlagen	48
Klare Kante gegen Rechts – im Parlament wie auf der Straße	49
Erinnern heißt kämpfen!	50
Die Corona-Pandemie macht rechtes Gedankengut sichtbarer denn je	50
Menschen sind gleichberechtigt	53
Einkommensgerechtigkeit schaffen - Aufwerten jetzt!	53
Inklusion	56
Vielfalt ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft	56
Kultur für Alle!	59
Darmstadts kulturelle Vielfalt für Alle	59
Bunte Straßen den Menschen	60
Kunst verbindet – Menschen und Orte	60
Mathildenhöhe und Weltkulturerbe	61
Gute Arbeit und Mitbestimmung für Kulturschaffende	61
Öffentliche Kultur in jedem Stadtteil	62
Demokratie in Darmstadt beleben	63
Demokratie lebt von Mitgestaltung	63
Transparenz schafft Vertrauen	64
Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass	65
Freiheitsrechte sichern und öffentliche Räume erhalten	65
Darmstadt ist eine Stadt des Friedens	66
Corona trifft alle, aber nicht alle gleich	68
Investieren in die Zukunft!	71
Die Kommunen sind unterfinanziert	71
Sparen kommt uns alle teuer zu stehen	71
Reichtum gerecht besteuern und Schuldenbremse abschaffen	72
Kredit aufnehmen für die Zukunft der künftigen Generationen	74

Darmstadt – eine lebenswerte Stadt für Alle

Eine lebenswerte Stadt bietet allen Einwohner*innen guten Wohnraum zu erschwinglichen Mieten, gebührenfreie und qualifizierte Kinderbetreuung, gute Schulen mit zeitgemäßer technischer Ausstattung, humane Pflege und Betreuung für alte Menschen, preiswerten öffentlichen Nahverkehr, direkte Demokratie, transparente Politik und Verwaltung, ein vielfältiges Kulturangebot für Alle, breit gefächerte und kostengünstige Freizeitmöglichkeiten und intakte Straßen mit sicheren und gut ausgebauten Radverkehrsnetzen. Sie wird der Klimakrise gerecht, indem sie die Bürger*innen vor deren Folgen schützt und zur Begrenzung der Erderwärmung einen Großteil ihres Energieverbrauchs selbst auf regenerativem Weg erzeugt und ihre Lebensmittel aus der Region bezieht. Sie schafft städtische Naturräume, um die Artenvielfalt wieder zu vergrößern. Diese Stadt heißt Geflüchtete willkommen. In ihr haben alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teil, finden Unterstützung in schweren Zeiten, stehen sich bei und bewältigen Herausforderungen gemeinsam. Das alles kann Darmstadt sein.

Doch im Kapitalismus stehen nicht die Menschen und ihre Bedürfnisse im Vordergrund, sondern die Maximierung des Profits und das dafür notwendige Streben nach Wachstum. Das Interesse weniger Menschen wird über das Wohl aller gestellt. Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist die Grundursache der globalen Ungerechtigkeit, und es zerstört unser Ökosystem "Erde". Die Logik der Konkurrenz um Rohstoffe und Absatzmärkte schürt weltweit Kriege. Die Produktion ist der demokratischen Entscheidung entzogen, denn der Wettbewerb bestimmt, was produziert wird und auf welche Weise das geschieht. Menschen, deren Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird, sind von Arbeitslosigkeit bedroht und sehen sich einer unsicheren Zukunft ausgeliefert.

Darüber hinaus hat nun die Corona-Pandemie alle Gesellschaften weltweit schwer belastet. Der Virus kam zwar unerwartet, hat uns aber bestehende gesellschaftliche Probleme wie unter einem Brennglas aufgezeigt. Doch es gibt keine Naturnotwendigkeiten, die eine miese Bezahlung systemrelevanter Berufe fordern, den Rausschmiss aus der eigenen Wohnung verlangen, die Verteilung der (Sorge-)Arbeit unter den Geschlechtern vorschreiben, Grenzschießungen befehlen oder die wirtschaftliche Existenz von Menschen in Frage stellen. Der Umgang mit Krisen ist menschengemacht, ihre gesellschaftlichen Auswirkungen sind abhängig von politischen Entscheidungen. Solche Missstände sind nur der offensichtlichste Ausdruck ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Damit sich diese Verhältnisse ändern und eine wirklich lebenswerte Stadt entstehen kann, streitet DIE LINKE für die Idee des demokratischen Sozialismus. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Armut, in der alle in Frieden, Würde, sozialer Sicherheit und freier Entfaltung leben können. Aber auch unter den gegebenen Verhältnissen kämpft DIE LINKE dafür, die Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern. Vor Ort, hier in Darmstadt, treten wir dafür ein, dass niemand zurückgelassen wird, dass alle Menschen ein gutes Leben führen können. Mensch und Umwelt vor Profite: Dafür steht DIE LINKE, und dafür treten wir bei der Kommunalwahl an.

Selbst bei relativ guter Wirtschaftslage fehlt der Kommune das Geld, um allen Menschen soziale Teilhabe zu ermöglichen, um Kultur, Bildung und Freizeitgestaltung ausreichend zu fördern und um die Stadt im erforderlichen Tempo klimagerecht umzubauen. Verbunden mit der Schuldenbremse stellt die Unterfinanzierung die kommunale Selbstverwaltung in Frage. Diese Probleme können auf der lokalen Ebene nicht gelöst werden, denn es sind der Bund und das Land Hessen, die durch ihre Steuerpolitik die Kassen der Städte und Gemeinden geplündert haben. DIE LINKE macht Druck für die angemessene Finanzierung der Kommunen, jetzt umso mehr mit Blick auf die enorme Belastung der Stadtkassen durch die Corona-Pandemie. Dazu müssen Vermögen, Einkommen und Unternehmensgewinne viel stärker besteuert werden. DIE LINKE fordert eine einmalige Corona-Abgabe auf große Vermögen, damit die soziale Ungleichheit durch die Krise nicht noch weiter wächst.

Ein besseres Darmstadt ist möglich! Doch alleine als Parlamentsfraktion können wir dieses Ziel nicht erreichen. Die Menschen müssen sich für die Durchsetzung ihrer Interessen auch selbst einsetzen. DIE LINKE sucht deshalb die Zusammenarbeit mit allen, die für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Sie unterstützt und fördert außerparlamentarische Arbeit als wesentliches Handlungsfeld auf dem Weg in eine neue Gesellschaft.

Her mit dem guten Leben!

Gegen Armut - für soziale Gerechtigkeit!

Armes reiches Darmstadt

Darmstadt stellt sich nach außen als eine prosperierende Stadt dar. Doch auch hier gibt es viel Armut, die meist nicht offen hervortritt und sich versteckt. Nach der Deutschland-Studie 2019 des ZDF erhalten in Darmstadt fast 6 % der Senior*innen die Grundsicherung im Alter. Von den 401 in der Studie erfassten Städten und Landkreisen liegt Darmstadt weit hinten auf Rang 384. Die armen Rentner*innen sind zudem extrem ungleich in Darmstadts Stadtteilen verteilt. Der Anteil von Grundsicherungs-Empfänger*innen über 65 Jahre betrug Ende 2016 in der Kirchtannensiedlung in Eberstadt ca. 18 % und in Kranichstein-Nord 15 %, im Paulusviertel am Oberfeld liegt er unter 1 %. Besonders stark von Altersarmut sind Einwohner*innen mit Migrationsgeschichte betroffen: 21 % von ihnen sind auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

In Darmstadt erhalten fast 5 % der Menschen in Vollbeschäftigung ergänzende Leistungen nach SGB II und weitere ca. 11 % zusätzliche Leistungen auf Grund geringfügiger Beschäftigung. Diese abstrakten Zahlen spiegeln sich konkret in der Zahl der Tafel-Nutzer*innen in Darmstadt wieder. Die Zahl derjenigen, die sich dort mit Nahrung versorgen müssen, lag Anfang 2020 bei etwa 2.300 Personen, die für insgesamt fast 4.000 Bedürftige Lebensmittel mitnehmen.

Das Problem steigenden Armut ist kein reines Phänomen der Stadt Darmstadt. Jedoch muss die Stadt ihre Verantwortung für das Problem der Armut anerkennen und alles in ihrer Macht stehende tun, um ihren Einwohner*innen ein Leben frei von Armut und Existenzangst zu gewährleisten. Insbesondere durch die Stärkung der Wohnungspolitik und der kommunalen sozialen Dienste kann die Lebenssituation vieler Menschen verbessert werden.

Die freiwilligen Leistungen der Stadt Darmstadt im Sozialbereich müssen ausgeweitet werden. Kürzungen, die im Zusammenhang mit Corona-Haushaltslöchern zu befürchten sind, wird sich DIE LINKE widersetzen.

Quartiere stärken!

In Darmstadt gibt es, genauso wie in anderen Städten, Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf. Indikatoren dafür sind unter anderem soziale Lebenslagen wie Armut und mangelnde Infrastrukturen. Gemeinsame Initiativen und Projekte in den benachteiligten Stadtteilen können helfen, den negativen Entwicklungen entgegen zu wirken. Das Ziel einer aktivierenden Gemeinwesenarbeit ist die Ermutigung und Befähigung von Menschen, ihre Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation zu verstärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich miteinander zu vernetzen. Eine kommunale Förderung der Gemeinwesenarbeit sowie des Quartiersmanagements ist dafür eine wichtige Grundlage.

In Darmstadt wurden ab 1999 aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in Eberstadt-Süd und Kranichstein städtebauliche und die Gemeinwesenarbeit fördernde Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. 2013 lief die Bund/Länder-Finanzierung aus und die Stadt übernahm die Weiterführung der gewachsenen Projekte gemeinsam mit örtlichen Wohlfahrtsverbänden, seit 2020 unter dem Namen „Sozialer Zusammenhalt“. Es entstanden

weitere Projekte wie das Fördergebiet Pallaswiesen-/Mornewegviertel oder das Fördergebiet Waldkolonie. DIE LINKE unterstützt diese Gemeinwesenarbeit in den genannten Vierteln und setzt sich für deren bedarfsgerechte Ausstattung ein. Denn mit der wachsenden Kinder- und Altersarmut haben sich auch die Anforderungen für die soziale Unterstützung der Betroffenen in den Quartieren gesteigert. Ein Stellenausbau in einzelnen Fördergebieten ist dringend nötig und muss von der Stadt finanziert werden.

DIE LINKE tritt ein für eine ausreichende finanzielle und personelle Absicherung der Darmstädter Gemeinwesenarbeit.

Kein Sonder-Arbeitsrecht für kirchliche Träger

Die Stadt schließt Verträge mit kirchlichen Trägern zum Betrieb von sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten. Die Kirchen nehmen ein Sonder-Arbeitsrecht in Anspruch. Mit Berufung auf die Dienstgemeinschaft und andere fragwürdige Begriffe wird immer wieder das Streikrecht beschnitten und versucht die Gewerkschaften außen vor zu lassen. So wird im Arbeitsrecht der Caritas vom katholischen Personal eine Lebensführung nach der Glaubens- und Sittenlehre der Katholischen Kirche, vom nichtkatholischen Personal eine Lebensführung nach dem kirchlichen Charakter der Einrichtung gefordert. Im Besonderen bei der Bestellung von Leitungen gibt es immer wieder Probleme bei Scheidung, Wiederheirat, etc. Das sind Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte von Menschen und verletzt das Grundrecht auf Gleichbehandlung.

- Mit Verdi fordert DIE LINKE: Schluss mit diesem Sonder-Arbeitsrecht
- Abschluss von Verträgen und Vertragsverlängerungen zwischen Stadt und kirchlichen Trägern beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, nur dann, wenn die arbeitsrechtlichen Standards des öffentlichen Dienstes vereinbart werden

Verstärkt den Betroffenen von Zwangsräumungen helfen

Im Jahr 2019 wurden 145 Zwangsräumungen in Darmstadt angesetzt. Durch die erhöhte Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, weiter steigende Mieten und dem Auslaufen des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie, das eine Mietstundung enthält, ist 2020 mit einer viel größeren Zahl von Zwangsräumungen zu rechnen. Die Stadt berät die Betroffenen in einer Wohnungssicherungsstelle, vergibt Darlehen und weist ggf. Wohnungen aus den „Sozialcharta- Wohnungen“ des Bauvereins zu. Trotzdem werden zur Zeit im Jahr 20 Mietparteien in Obdachlosenunterkünften eingewiesen.

DIE LINKE fordert:

- Bereitstellung höherer Finanzmittel im Haushalt für Darlehen
- Höhere und verlässliche Zahl von „Sozialcharta-Wohnungen des Bauvereins“
- Genügend Personal für die Wohnungssicherungsstelle
- Die neoliberale Politik des Verkaufs städtischer Wohnungen muss in Darmstadt nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden. Mehr städtischer Wohnraum ist notwendig, um zwangsgeräumten Menschen eine menschenwürdige Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

Solidarische Grundsicherung statt Hartz IV

Die Hartz-Gesetze, die 2004 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden sind, haben Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohndumping maßlos verschärft. Erwerbslosigkeit wurde strukturell als persönliches Versagen stigmatisiert, anstatt es als gesellschaftliches Problem anzuerkennen. Es gibt dreimal mehr registrierte Arbeitslose als bei der Bundesagentur für Arbeit an offenen Stellen gemeldet sind. Der Satz „Wer arbeiten möchte, findet auch einen Job“ ist grundlegend falsch und zeigt die neoliberale Individualisierung gesellschaftlicher Probleme der vergangenen Jahrzehnte. Hinzu kommt, dass 2019 jede vierte Arbeitsvermittlung zu Zeitarbeit führte und der geringe Lohn weiterhin mit Hartz IV aufgestockt werden muss.

Durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden Hartz-IV-Sanktionen als teilweise verfassungswidrig erklärt. Seitdem darf die gesetzliche Mindestsicherung um nicht mehr als 30 % gekürzt werden. Es bleibt aber dabei, dass die Jobcenter Menschen das Existenzminimum vorenthalten dürfen. DIE LINKE stellt sich auf die Seite der Erwerbslosen und fordert, dass jedem Mensch eine Grundsicherung garantiert wird, welche gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und nicht beschnitten werden darf. Die jetzige Sanktionspraxis widerspricht dem im Grundgesetz verankertem Bekenntnis zur Würde des Menschen.

Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen sind wichtige Angebote. Doch dabei müssen die Interessen der Erwerbslosen im Mittelpunkt stehen und nicht die von der Erwerbslosigkeit profitierenden Bildungsträger. Den Erwerbslosen ist bei Qualifizierungsmaßnahmen die endgültige Entscheidung einzuräumen, welche Maßnahme für sie sinnvoll ist. Reguläre Berufsausbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen mit anerkannten Abschlüssen müssen Vorrang haben. Sinnlose Trainingsmaßnahmen, die nur dem Frisieren der Statistik dienen, müssen von den Betroffenen abgelehnt werden können.

Erst mit finanzieller Sicherheit erlangt ein Mensch die Freiheit, das eigene Leben aktiv zu gestalten und sich in die Gesellschaft einzubringen. Deshalb, will DIE LINKE das Hartz IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, mit der die Menschen an der Gesellschaft teilhaben und mit der sie in Würde leben können.

DIE LINKE fordert:

- Abschaffung von Hartz IV und dessen Ersatz durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung
- Ermittlung der „Kosten der Unterkunft“ gemäß den realen Wiedervermietungs-Mieten in Darmstadt. Diese liegen üblicherweise deutlich über dem Mietspiegel-Niveau
- Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen nur im Interesse der Erwerbslosen
- Erfüllung der gesetzlich verankerten Auskunfts-, Beratungs- und Informationspflichten durch Jobcenter und Sozialamt sowie aktive Information der Leistungsempfänger*innen über soziale Leistungen der Stadt

- Bessere Erreichbarkeit des Jobcenters und der Fallmanager*innen, u.a. durch Bekanntgabe der jeweiligen Durchwahl anstelle der Kommunikation ausschließlich über ein Callcenter
- Veröffentlichung aller Dienstanweisungen auf der Website des Jobcenters Darmstadt
- Bundeswehr raus aus Arbeitsagentur und Jobcenter: die Notlage durch Arbeitslosigkeit darf nicht zu Werbezwecken durch die Bundeswehr missbraucht werden

Der Kinderarmut entgegenreten

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut ist eines der vordringlichen Probleme in Darmstadt. 2017 wuchsen in unserer „reichen Stadt“ ungefähr 5.000 Kinder und Jugendliche in Familien mit SGB-II-Bezug auf, das ist jeder fünfte Mensch unter 18 Jahren. Laut dem Sozialatlas der Stadt Darmstadt nimmt die Kirchtannen-Siedlung in Eberstadt-Süd mit 61 % hier einen traurigen Spitzenplatz ein. Schlimm ist auch die Verstetigung der Kinderarmut: Zwei Drittel der Kinder zwischen sieben und 14 Jahren, deren Haushalt einmal im SGB-II-Bezug ist, wachsen länger als 3 Jahre in relativer Armut auf. Hier klafft auch wieder die gleiche Lücke wie bei der Altersarmut: Kinder mit Migrationshintergrund leiden überproportional unter den Armutsverhältnissen ihrer Eltern. Die Verstetigung der Armut von Kindern mit Migrationshintergrund ist Ergebnis einer bewussten und auch unbewussten ablaufenden Diskriminierung: Aussehen und Sprache, kulturelle und religiöse Einstellungen werden als Differenzmerkmale gesehen und fördern einen institutionellen Rassismus, der bei migrantisch markierten Arbeiter*innen-Kindern zu schlechteren Noten und weniger Gymnasialempfehlungen bei gleichen Leistungen führt. Diese in den Schulen beginnende Diskriminierung und Benachteiligung müssen breit thematisiert und gegen sie angegangen werden.

Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist eine Leistung des Bundes, die anspruchsberechtigten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen leichteren Zugang zum sozialen und kulturellen Leben und zur Bildung ermöglichen soll. Dieses Sozialprogramm bringt die Menschen jedoch in eine diskriminierende Bittsteller*innen-Position. DIE LINKE fordert daher bundespolitisch eine eigenständige Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, die Armut verhindert, gute Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und vor Ausgrenzungen und Diskriminierungen schützt.

Ausbildung und Arbeit für sozial benachteiligte Jugendliche

Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist eine wichtige Grundlage für dauerhafte Beschäftigung und eine selbstbestimmte Lebensführung. Auf Grund der Bestenauslese durch die Betriebe sind vor allem Schüler*innen mit und ohne Hauptabschluss oft chancenlos.

Daher ist es notwendig auf lokaler und regionaler Ebene einen Überblick über die vorhandenen Angebote bereitzustellen, um hier insbesondere den Jugendlichen selbst, ihren Eltern und Lehrer*innen Informationsmöglichkeiten über die vor Ort laufenden Maßnahmen zu bieten. Der Übergang von Schule zu Beruf muss auch bei den Angeboten der offenen Jugendarbeit möglichst frühzeitig thematisiert werden, um die Erwerbs- und Berufsorientierung der Jugendlichen zu verbessern und damit ihre sozialen Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen zu stärken.

Die Kostenheranziehung ist unsozial und ungerecht

Lebt ein junger Mensch im Rahmen der Jugendhilfe in einer betreuten Wohngemeinschaft, im betreuten Einzelwohnen, in einer Pflegefamilie, in einem Heim oder in vergleichbaren Einrichtungen und hat ein Einkommen, so muss er in den meisten Fällen einen Teil von diesem Einkommen an das Jugendamt abgeben. Auch auf Vermögen kann zugegriffen werden. Der oder die Betroffene wird also zu den Kosten der eigenen Hilfe herangezogen. Das ist die sogenannte Kostenheranziehung oder 75%-Regelung.

Sie vermittelt jungen Menschen in den prekären Zeiten des Übergangs ins Erwachsenenleben das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, denn ihre gleichaltrigen Freund*innen leben meist kostenlos bei ihren Eltern. Das ist nicht motivierend für die Aufnahme einer Beschäftigung oder einer Ausbildung. Außerdem können die Betroffenen kaum finanzielle Rücklagen bilden, was ihre Startchancen ins Erwachsenenleben verschlechtert. Der Staat legt damit jungen Menschen in einer schwierigen Lage noch zusätzliche Steine in den Weg. Ein ernstzunehmender Sozialstaat sieht anders aus!

Vielerorts findet die Kostenheranziehung rechtswidrig statt. Wenn wir von solchen Praktiken in Darmstadt erfahren, werden wir politisch dagegen vorgehen.

DIE LINKE fordert, zusammen mit ihrer Jugendorganisation [solid], ein Ende der Kostenheranziehung. Die Bundestagsfraktion hat dies im Februar 2020 beantragt.

Gut leben im Alter – Pflegende tariflich entlohnen

Für die Altenpflege gibt es in Darmstadt eine Pflegebedarfsplanung bis 2025. Dieses Planung ist unbedingt fortzuschreiben. DIE LINKE unterstützt den Ausbau von quartiersbezogenen, sozialen Infrastrukturen für älter werdende Menschen, damit diese möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung verbleiben können und nicht wegen körperlichen oder geistigen Einschränkungen umziehen müssen.

Eine wichtige Aufgabe wird dabei sein, den zukünftigen Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal sicherzustellen. Viele Pflegekräfte werden in den nächsten Jahren altersbedingt aus dem Beruf ausscheiden, gleichzeitig gibt es Probleme ausreichend Nachwuchs zu gewinnen. Dies erfordert insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes gemeinsame Anstrengungen über Trägergrenzen hinweg.

Der Konflikt im Wohnpark Kranichstein zeigt deutlich die Fehlentwicklungen in diesem neuen „Markt“ auf. Der Wohnpark gehörte früher der städtischen Entega und war nur verpachtet, 2018 wurde er leider aus der Hand gegeben und an den privaten Immobilien-Investor Römergarten-Residenzen verkauft. Die Beschäftigten kämpfen mit Streiks für eine tarifliche Bezahlung, während der Betreiber in zahlreichen Zeitungsanzeigen eine Rendite von 4,5 % für Geldanlagen in ihren Pflegeappartements verspricht. DIE LINKE hat dieses Thema in der Stadtverordnetenversammlung durch eine Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Die Beschäftigten konnten sich am Ende leider keinen Tarifvertrag erkämpfen, aber immerhin gab es die ersten Lohnerhöhungen seit 20 Jahren.

DIE LINKE setzt sich für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in der Pflege ein. Auf kommunaler Ebene wenden wir uns entschieden dagegen, dass renditegetriebene Investoren ihren Einfluss auf den Altenpflege“markt“ geltend machen können.

Mobilität für alle: Sozialticket zum halben Preis!

Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil von Lebensqualität. Die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel in Darmstadt sind sehr hoch und ein ständiges Nutzen des ÖPNV ist für Menschen mit geringen Einkommen finanziell nicht möglich. Für diese fordert DIE LINKE ein Sozialticket, also ermäßigte Fahrpreise in Bus und Bahn, das Mobilität für alle sichert und Ausgrenzung verhindert.

2010 wurde in Darmstadt die Drittel-Ermäßigung auf Monatskarten für Leistungsempfänger*innen nach dem für SGB II (Hartz IV) ersatzlos gestrichen. Seitdem forderte DIE LINKE regelmäßig die Wiedereinführung eines Sozialtickets, allerdings mit einer Halbpriestatt der früheren Drittel-Ermäßigung. Im Sommer 2018 gab die grün-schwarze Koalition endlich dem politischen und juristischen Druck nach und verabschiedete ein Sozialticket. Mit diesem kann man allerdings nicht zufrieden sein, da die Ermäßigung vor allem für Bewohner*innen der Innenstadt kaum spürbar ist und nur 9-Uhr-Monatstickets ermäßigt werden. Deshalb haben nur zwei Prozent der Berechtigten dieses Angebot genutzt, so dass nur ein Zehntel des Budgets ausgeschöpft wurde.

DIE LINKE fordert ein Sozialticket, das den Menschen wirklich hilft:

- Alle Arten von Zeitkarten einschließlich Tageskarten werden für die Berechtigten auf den halben Preis ermäßigt
- Der Preis des Sozialtickets darf maximal 80 % des Hartz-IV-Regelsatzes für Mobilität betragen. Es muss auch Geld für die Nutzung anderer Verkehrsträger übrig bleiben, z.B. für die Anschaffung und die Wartung eines Fahrrads.
- Die Teilhabecard muss als Berechtigungsnachweis für das Sozialticket gelten. Das eTicket ist mit dem digitalen Berechtigungsnachweis zu versehen, um den Erwerb des Sozialtickets unbürokratisch am Automaten zu ermöglichen.

Längerfristig wollen wir den Nulltarif im ÖPNV (siehe Kap. 5, Abschnitt "Bus und Bahn: Für alle bezahlbar").

Drogen entkriminalisieren und Drogenhilfe erhalten

Der Gebrauch von Drogen war und ist zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften Teil der Kultur. Die derzeit vorgenommene Einteilung in legale und illegale Drogen ist nicht nachvollziehbar. Zweifellos kann übermäßiger Gebrauch legaler wie illegaler Drogen zum Verlust der Kontrolle über das eigene Leben und zu schwerer Krankheit führen. Außerdem werden oft die Mitmenschen belastet. Doch die Kriminalisierung drogenabhängiger Menschen produziert zusätzliches Elend, das durch die Sucht allein nicht notwendigerweise entstehen würde. Deshalb wehren wir uns gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Drogengebraucher*innen und setzen uns für die kontrollierte Abgabe harter Drogen an Abhängige ein. Weiche Drogen wie Marihuana sind vollständig zu legalisieren. Dies würde den illegalen Drogenhandel verringern und der enormen damit verbundenen weltweiten Kriminalität die Grundlage entziehen. DIE LINKE setzt auf Prävention und Aufklärung, um Drogenmissbrauch zu vermeiden.

Wenn der Drogengebrauch in schwere Sucht und Abhängigkeit führt, so ist dies meistens Ausdruck von gesellschaftlichen Ursachen. Deshalb ist die Gesellschaft in den Pflicht, den

Betroffenen zu helfen. Drogenabhängige brauchen Unterstützung und Hilfsangebote. Deshalb will DIE LINKE Einrichtungen der Drogenhilfe erhalten und bei Bedarf erweitern. Es war richtig, die akzeptierende Drogenarbeit des „scentral“ an zentraler Stelle zu erhalten. Die Einrichtung muss weiter bestehen bleiben und darüber hinaus muss geprüft werden, wie der Ausbau zu einem Gesundheitsversorgungszentrum mit angeschlossener Substitutionsambulanz möglich ist.

Öffentliches Eigentum stärken

Rekommunalisierung statt Privatisierung

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Dazu gehört alles, was die Grundversorgung der Menschen garantiert: Kindertagesstätten und Schulen, Betreuung und Pflege von Kindern und Älteren, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, die Sicherung von Mobilität, ein Bildungs- und Kulturangebot mit Bibliotheken und Museen, Sportanlagen und Schwimmbädern, sowie nicht zuletzt der Wohnungsbau. Wir wollen, dass alle Menschen Zugang haben zu diesen Gütern und Leistungen – und nicht nur diejenigen, die es sich leisten können. Die Grundversorgung muss erschwinglich und in jeder Hinsicht für alle Bürger*innen offen und barrierefrei sein.

Privatisierung und Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge führen dazu, dass die Qualität der Dienstleistungen zurückgeht und die Gebühren steigen. Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Beschäftigten verschlechtert. Und hinterher muss die Kommune oft noch draufzahlen, anstatt die erwarteten Einsparungen zu realisieren. In Darmstadt gibt es erfreulicherweise zur Zeit für den Verkauf von Teilen des Stadtkonzerns an private Unternehmen keine politischen Mehrheiten.

Eine Variante der Privatisierung ist die Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP, englisch: PPP). Dabei werden private Investoren an öffentlichen Projekten beteiligt. Diese „Kooperationen“ sind für die Kommunen in jeder Hinsicht von Nachteil. DIE LINKE lehnt die Finanzierung von öffentlichen Projekten über ÖPP entschieden ab. Eigene Investitionen sind langfristig in jedem Fall günstiger und weniger riskant.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen jedes Vorhaben, kommunales Eigentum aus der Hand zu geben. Wir treten vielmehr dafür ein, öffentliche Aufgaben in die Verantwortung der öffentlichen Hand zurückzuholen.

Vor diesem Hintergrund lehnt DIE LINKE auch Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA ab. Diese Abkommen würden die weitere Liberalisierung des Marktzugangs verlangen, die Kommunen zur Ausschreibung ihrer Dienstleistungen zwingen und staatliche Beihilfen angreifbar machen. Dadurch würden die öffentlichen Unternehmen zurückgedrängt, und es droht Verschlechterungen der Versorgungsqualität und der Arbeitsbedingungen. Ein wichtiger Bestandteil dieser Abkommen sind Regelungen, die Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche untersagen. Diese Einschränkung der Demokratie ist nicht hinnehmbar.

Den Stadtkonzern resozialisieren!

Die Überführung von kommunalen Betrieben in privatrechtliche Kapitalgesellschaften (GmbH oder AG) unter Beibehaltung des öffentlichen Eigentums ist eine formale Privatisierung. Auch diese führt dazu, dass Gewinnstreben und kommerzielle Interessen die Oberhand gewinnen, obwohl die Stadt Mehrheitseigentümerin bleibt. Außerdem entzieht

dieser Schritt der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit zur Kontrolle und Mitwirkung an der Geschäftspolitik des Unternehmens. Sie ist zwar an der Wahl der Unternehmensführung beteiligt, die dann aber weitgehend unabhängig von der Stadtverordnetenversammlung handelt und keine Rechenschaft ablegen muss. Außerdem kann der formale Wechsel zu einer privaten Rechtsform die tatsächliche Übernahme des Unternehmens durch einen privaten Investor vorbereiten.

Ein großer Teil der städtischen Wirtschaftskraft ist auf diese Weise privatwirtschaftlich verfasst und damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Zuletzt wurde im Jahr 2009 das Klinikum Darmstadt von einem Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt und in den Stadtkonzern eingegliedert. Diese Unternehmen erwirtschaften zwar in vielen Fällen eine Rendite für die Stadt, entziehen sich aber meist der sozialen Verantwortung. Vor allem die Mieter*innen der Bauverein AG bekommen das zu spüren.

Seit einigen Jahren ist eine Strategie der grün-schwarzen Koalition erkennbar, Eigentum, Aufgaben und Personalstellen von Eigenbetrieben in den privatwirtschaftlich verfassten Stadtkonzern zu verschieben. Es begann mit dem Verkauf der städtischen Wohnungen an die Bauverein AG. Es folgte die Ausgliederung eines Teils des Immobilienmanagements IDA in eine neue gegründete Darmstädter Stadtentwicklung GmbH. Als nächstes wurde der gesamte Eigenbetrieb Bürgerhäuser/Märkte in die Kongresszentrum GmbH eingegliedert, und schließlich gingen einige Sportstätten vom IDA an die eigentlich nur für das Böllenfalltorstadion gegründete Darmstädter Sportstätten GmbH. Denkbar wäre, dass künftig auch der komplette Eigenbetrieb Bäder in die Sportstätten GmbH hinüberwandern soll, und dass die Schul- und Kita-Gebäude aus IDA in eine weitere GmbH ausgelagert werden. Diese Verschiebungen lehnt DIE LINKE ab. Sie verschlechtern die Lohn- und Arbeitsbedingungen der künftigen Beschäftigten in diesen Bereichen, und sie entziehen öffentliches Eigentum aus der Transparenz und Kontrolle der Stadtverordneten.

Für DIE LINKE ist es wichtig, dass die städtischen Unternehmen den Einwohner*innen gute, preiswerte und allen zugängliche Leistungen erbringen. Wir wollen außerdem, dass sie den Beschäftigten gute Arbeit und angemessene Entlohnung bieten. Damit solche politischen Ziele durchgesetzt werden können, ist für diese Unternehmen eine Rechtsform zu wählen, die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung durch das Kommunalparlament ermöglicht. Eine Möglichkeit ist die Rückführung in einen städtischen Eigenbetrieb. Für die großen Unternehmen des Stadtkonzerns ist eine größere finanzielle und organisatorische Eigenständigkeit erforderlich. Dafür ist in der hessischen Gemeindeordnung das öffentlich-rechtliche Kommunalunternehmen vorgesehen, für die die Stadtverordnetenversammlung die genaue Struktur und die Mitbestimmungsmöglichkeiten per Satzung festlegt. DIE LINKE strebt eine schrittweise Umwandlung des Stadtkonzerns in einen Verbund solcher Kommunalunternehmen an.

Mangels Transparenz und direkter Einflussmöglichkeiten durch die Stadtverordneten können viele konkrete Forderungen, die sich an die stadt eigenen Unternehmen richten, im parlamentarischen Verfahren kaum durchgesetzt werden. DIE LINKE will deshalb zusammen mit Einwohner*innen und Beschäftigten in der öffentlichen Auseinandersetzung entsprechenden politischen Druck erzeugen.

Löhne und Arbeitsbedingungen nach Tarif sind für DIE LINKE Bestandteil der sozialen Verantwortung der Stadtwirtschaft. Doch von den zahlreichen Unternehmen des Stadtkonzerns sind leider einige nicht tarifgebunden. Dies betrifft beispielsweise die Wissenschafts- und Kongresszentrum GmbH, also das Darmstadtium, oder die Tochterunternehmen des Klinikums SSG und KCS. Es gibt auch die Tendenz, in neu gegründeten Gesellschaften wie der Darmstädter Sportstätten GmbH die Tarifbindung zu vermeiden. Wo Beschäftigte mit der tariflosen Situation unzufrieden sind, wird sich DIE LINKE für den Eintritt städtischer Unternehmen in einen guten Tarifvertrag stark machen.

DIE LINKE fordert:

- Gemeinwohlorientierung und demokratische Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung bei allen städtischen Unternehmen
- Überführung privatwirtschaftlich verfasster städtischer Unternehmen in Eigenbetriebe oder in öffentlich-rechtliche Kommunalunternehmen
- Keine tariflosen Zonen im Stadtkonzern, keine Leiharbeit und keine Werkverträge

Für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung

Bund und Länder haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten den finanziellen Spielraum aller Krankenhäuser in Deutschland eingeschränkt. Gedeckelte Budgets, pauschalisierte Leistungsvergütung ohne Rücksichtnahme auf die örtlichen Begebenheiten sowie ein riesiger Investitionsstau haben dafür gesorgt, dass der Kosten- und Wettbewerbsdruck zugenommen hat. Das Ergebnis war die Vernichtung von über 100.000 Arbeitsplätzen in den letzten Jahren sowie eine enorme Privatisierungswelle. Die Gewerkschaft ver.di hat 2013 ausgerechnet, dass in den Kliniken in Deutschland 162.000 Vollzeitbeschäftigte fehlen, mit den entsprechenden Folgen für die Versorgungsqualität der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dies ist auch in Darmstadt spürbar.

DIE LINKE fordert die Abschaffung des Fallpauschalen-Systems zugunsten einer bedarfsorientierten Vergütung durch die Krankenkassen. Um den Investitionsstau aufzulösen braucht es ausreichende Investitionen des Landes Hessen in die Krankenhäuser im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Krankenhausfinanzierung. Stattdessen weigert sich das Land, seinen gesetzlich vorgesehenen Pflichten nachzukommen, so dass das Klinikum sogar umgekehrt aus den Einnahmen durch die Fallpauschalen Investitionen finanziert.

Mit der Umwandlung des Klinikums Darmstadt von einem Eigenbetrieb zu einer gemeinnützigen GmbH im Jahr 2009 wurde der Betrieb formal privatisiert. DIE LINKE lehnte diesen Schritt ab, da die Ausrichtung auf Markt und Wettbewerb mit dem Auftrag eines öffentlichen Krankenhauses unvereinbar ist. Die Umwandlung macht auch einen künftigen Verkauf an einen Klinikkonzern möglich. DIE LINKE fordert, dass das Klinikum in ein öffentlich-rechtliches Kommunalunternehmen umgewandelt wird.

Klinikverbünde können ein Mittel sein, um die öffentlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens zu stärken.

Leider hat das Darmstädter Klinikum verschiedene Service-Bereiche wie Hauswirtschaft, Gebäudereinigung und Verpflegung ausgegliedert, um eine Bezahlung nach dem Tarif des

öffentlichen Dienstes zu vermeiden. Das ist nicht in Ordnung. DIE LINKE fordert die Wieder-Eingliederung dieser Tochterunternehmen in die Klinikum gGmbH.

Für ein Gesundheitssystem nach den Bedürfnissen der Patient*innen und des Pflegepersonals fordert DIE LINKE:

- Abschaffung der Fallpauschalen zugunsten einer bedarfsorientierten Vergütung
- Übernahme der Investitionskosten für die Krankenhäuser durch das Land Hessen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben
- Mehr Pflegepersonal im Klinikum und in den anderen Krankenhäusern
- Umwandlung des Klinikums Darmstadt in ein öffentlich-rechtliches Kommunalunternehmen
- Rück-Eingliederung der Tochterunternehmen KCS GmbH und SSG GmbH in das Klinikum und Bezahlung der Beschäftigung nach dem TVöD

Darmstadt braucht gute Arbeit

Die Menschen in Darmstadt brauchen tarifvertraglich abgesicherte, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze, die gerade jungen Menschen Perspektiven bieten. DIE LINKE wendet sich gegen sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit, die nicht selten auch im öffentlichen Dienst angewendet werden.

Die Kommunen sind große Arbeitgeberinnen. Sie können durch gute Tarifabschlüsse Standards bei der Entlohnung und bei der Arbeitszeit setzen. Die niedrigere Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft führt dazu, dass die meisten Kommunen Probleme bei der Neubesetzung offener Stellen haben. Im Jahr 2019 waren ca. 8 % der Stellen in der Stadtverwaltung nicht besetzt. Dies führt zu einer ständigen Belastung der Beschäftigten in der unterbesetzten Verwaltung. Insbesondere im Bereich der Bauverwaltung gibt es gravierende Engpässe. Diese Situation zeigt deutlich, wie wichtig eine bessere Entlohnung im öffentlichen Dienst ist – nicht nur weil die Beschäftigten ein auskömmliches Einkommen verdienen, sondern auch, um die Qualität der Dienstleistungen für die Bürger*innen zu erhalten und zu verbessern. Die Stadt Darmstadt muss sich bei dem Verband der kommunalen Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen für ein gerechteres Eingruppierungssystem und überproportionale Lohnsteigerungen für die öffentlich Beschäftigten einsetzen.

Im Rahmen des Tarifvertrags haben Kommunen einen Spielraum bei den Eingruppierungen. Beim EAD sind Reinigungskräfte in der Entgeltgruppe 1 und erhalten somit einen Stundenlohn von unter 12 €. Diese Beschäftigten – überwiegend Frauen – müssen beim Jobcenter „Aufstocken“ und werden später eine Rente erhalten, die zum Leben nicht reicht. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg bezahlt dieselben Tätigkeiten jedoch nach der höheren Entgeltgruppe 2, Darmstadt muss diesem Beispiel folgen um die Situation der Reinigungskräfte zu verbessern. Gleichzeitig fordert DIE LINKE auf Bundesebene einen Mindestlohn von 13 € für alle Lohnabhängigen. DIE LINKE tritt ein für eine Aufwertung und angemessene Bezahlung des Sozial- und Erziehungsdienstes durch eine Höhergruppierung von der Entgeltgruppe 8a in 8b.

Wenn die Stadt Darmstadt oder stadteigene Betriebe Ausschreibungen vornehmen, müssen diese so formuliert sein, dass für die sich bewerbenden Firmen die Einhaltung von sozialen Mindeststandards zwingend vorgeschrieben ist. Zuletzt wurde für den extern vergebenen Probetrieb des On-Demand-Shuttles "HeinerLiner", der im kommenden Jahr starten soll, die Zahlung von Tariflöhnen nicht sichergestellt. DIE LINKE stellt sich klar auf die Seite der Beschäftigten und fordert, dass beim Übergang in den Regelbetrieb die HEAG mobilo die Fahrer*innen übernimmt und nach dem Busfahrertarif bezahlt.

DIE LINKE fordert:

- tarifvertraglich abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze bei der Stadt, in den Eigenbetrieben und im Stadtkonzern – gegen sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit.
- Einsatz der Stadt für gute Tarifabschlüsse bei bundesweiten Tarifverhandlungen.
- Höhergruppierung bestimmter Beschäftigtengruppen, insbesondere der Erzieher*innen und der Reinigungskräfte des EAD.
- Kein Stellenabbau – auch nicht in der nächsten Krise.
- einen existenzsichernden bundesweiten Mindestlohn von 13 €

Wohnen – ein Grundrecht und keine Ware!

Planen, Bauen und Wohnen: sozial und ökologisch

In Darmstadt gab es Mitte der 1980er Jahre mehr als 15.000 Sozialwohnungen, mittlerweile sind es nur noch etwa 5.200, obwohl der Bedarf steigt. Der Anteil an Sozialwohnungen in Darmstadt beträgt damit heute knapp sieben Prozent, 1987 war fast jede vierte Wohnung gefördert – man kann es sich kaum noch vorstellen. Demgegenüber leben in Darmstadt mehr als 4.000 Erwerbslose mit ihren Familien und eine noch größere und weiter wachsende Zahl von Menschen, die mit unzureichenden Niedriglöhnen auskommen müssen. Mittlerweile studieren hier rund 44.000 junge Menschen, von denen viele auch in Darmstadt wohnen. Die Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat auch die Zahl der auf günstigen Wohnraum angewiesenen Rentner*innen stark anwachsen lassen. Und schließlich kommen immer mehr Menschen nach Darmstadt, die ihre Heimat wegen der politischen oder wirtschaftlichen Verhältnisse verlassen mussten. Dementsprechend hat sich die Warteliste beim Wohnungsamt von 1.900 im Jahr 2009 auf heute 2.500 Haushalte verlängert, die auf eine Sozialwohnung warten. Von diesen können jährlich nur noch etwa 15 % vermittelt werden. In besseren Zeiten lag die Vermittlungsquote zwischen 30 % und 40 %. Dies ist das Ergebnis einer unsozialen, marktorientierten Wohnungspolitik, gegen die DIE LINKE seit ihrem Bestehen ankämpft.

Grundsätzlich gilt für uns: Individuelle Förderung bedürftiger Menschen durch Wohngeld oder „Kosten der Unterkunft“ (KdU) ist zwar notwendig, löst aber das Problem der Mietenexplosion nicht. Es braucht eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Dieser hält die Mieten im Bereich von Wohnungen einfacher bis mittlerer Qualität niedrig. Wohngeld oder KdU ermöglichen es hingegen den Vermieter*innen, die Miethöhe bis zur Obergrenze dieser Transferleistungen anzuheben. Damit steigt auch die Miete für diejenigen, die diese Leistungen nicht erhalten. Der öffentliche Wohnungsbau hingegen begrenzt die Profite der Immobilienbesitzer*innen.

Diese Wohnungsmisere lässt sich nicht allein in Darmstadt lösen. Wir brauchen einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus auf Bundesebene und ehrgeizige Förderprogramme durch das Land Hessen. So etwa ein hessenweites „Mittelschichtensprogramm“ für geförderte Mieten, die bei 9,50 € pro qm gedeckelt sind. Davon würden auch Beschäftigte mit mittleren Einkommen wie Krankenpfleger*innen profitieren. Das ist bitter nötig, denn auch diese können sich die Mieten in den hessischen Großstädten kaum noch leisten, insbesondere in neu gebauten oder frisch renovierten Wohnungen. Die Stadt Darmstadt muss sich deshalb gegenüber Land und Bund für eine Ausweitung der Wohnraumförderung einsetzen.

Aber die Kommunalpolitik kann auch direkt für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Die grün-schwarze Koalition hat 2013 mit der Bauverein AG den Bau von jährlich 100 Sozialwohnungen in Darmstadt vereinbart. Das war viel zu wenig, denn die Zahl der Sozialwohnungen ist trotzdem durch auslaufende Bindungen von 5.448 Einheiten in 2013 auf heute 5.235 Einheiten gesunken, und das bei stark wachsender Bevölkerung. DIE LINKE fordert dass künftig mindestens 500 Sozialwohnungen jährlich gebaut werden, damit der Anteil des geförderten Wohnraums endlich wächst und nicht weiter auf niedrigem Niveau

stehen bleibt. Dazu muss die Bauverein AG verpflichtet werden, nicht nur 45 %, sondern künftig 70 % des Wohnungsneubaus gefördert zu bauen. Außerdem wollen wir, dass die Stadt ähnlich wie Frankfurt ein eigenes „Mittelschichtensprogramm“ mit 9,50 € bis 10,50 € Miete pro Quadratmeter als Einstiegsprojekt im Vorgriff auf ein landesweites Förderprogramm für mittlere Einkommen (bis zu 70 % über der Fördergrenze für Sozialwohnungen) auflegt.

Wenn die Stadt Belegungsrechte für bereits bestehende Wohnungen kauft, muss sie darauf achten, dass nicht bereits relativ günstige Wohnungen dem freien Mietmarkt entzogen werden.

Die Stadt verpflichtet alle Bauherren auf eine Quote von 45 % geförderten Wohnungen, soweit dies rechtlich möglich ist. Diese Regelung wurde 2017 eingeführt, viel später als in anderen Städten und vier Jahre nachdem unsere Fraktion dies beantragt hatte. Bei diesen Vereinbarungen ist darauf zu achten, dass die Quote jeweils pro Objekt gilt und nicht in unterschiedlichen Liegenschaften realisiert werden kann, nach dem Motto: an der Hauptstraße die Sozialwohnungen, nach hinten zum Wald die frei finanzierten. DIE LINKE will soziale Mischung auf engem Raum, auch wenn das die Rendite schmälert. Darüber hinaus muss die Sozialbindung auf mindestens 50 Jahre erhöht werden - sozialer Wohnungsbau darf keine kurzzeitige soziale Zwischennutzung sein. Auch mit einer längeren Bindungsdauer bleiben geförderte Wohnungen ein wirtschaftliches und sicheres Anlageobjekt.

Die wohnungspolitischen Forderungen der LINKEN:

- Bundesweite Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und wirksame Landesförderungsprogramme
- Einführung eines Programms für mittlere Einkommen als weiterer Förderweg im Wohnungsbau
- Bau von mindestens 500 neuen geförderten Wohnungen pro Jahr in Darmstadt, davon mindestens 50 im neuen Förderweg für mittlere Einkommen
- Keine Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau aus Gewinnen der Bauverein AG. Die Gewinne sollen zur Finanzierung von Wohnungsneubau dienen, oder sie werden abgeschmolzen durch Senkung der Mieten und Verzicht auf hohe Modernisierungsumlagen
- Bindungskauf zur Schaffung von sozial gebundenem Wohnraum nur in Wohngebieten, in denen geförderter Wohnungsbau unterrepräsentiert ist
- Sozialbindung von 30 auf 50 Jahre erhöhen

Für eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik

Die soziale und ökologische Stadtentwicklung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommune. Sie darf nicht dem Einfluss von privaten Investor*innen und Projektentwickler*innen überlassen werden. Wenn sich der Boden im Eigentum der öffentlichen Hand befindet haben Politik und Stadtgesellschaft ganz anderen Einfluss auf eine gemeinwohlorientierte Flächennutzung. Die Stadt Darmstadt betreibt bisher jedoch keine aktive Bodenpolitik, die im Haushalt bereitgestellten Mittel werden regelmäßig nicht

ausgeschöpft. Damit verzichtet sie auf Gestaltungsmacht, die angesichts der sozialen und ökologischen Krise dringend benötigt wird.

DIE LINKE fordert eine aktivere Bodenpolitik der Stadt Darmstadt. Sie muss strategisch Boden für Wohn- und Gewerbenutzung erwerben. Die Vergabe städtischer Flächen geschieht durch Konzeptausschreibungen, bei denen nicht das höchste Gebot, sondern die beste Erfüllung sozialpolitischer und ökologischer Kriterien den Ausschlag gibt. Dabei wird Genossenschaften, Wohngruppen, gemeinnützigen Einrichtungen und öffentliche Wohnungsbauunternehmen absoluter Vorrang eingeräumt. Die Flächen sind grundsätzlich in Erbpacht zu vergeben, um die politische Steuerungsfähigkeit der Stadt langfristig zu erhalten und Spekulation zu unterbinden. Dies wird zum Beispiel in Ulm oder Münster sehr erfolgreich praktiziert. Außerdem soll die Stadt Darmstadt alternative Formen des gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens fördern, etwa durch die Beratung der Initiativen und durch Flächenbevorratung zum Schutz vor der Konkurrenz finanzstarker Investoren. Wenn Baugrundstücke nicht bebaut werden, z.B. weil mit der Wertsteigerung aus Bodenspekulation mehr verdient wird als mit Bauen und Vermieten, muss Enteignung als Option diskutiert werden.

Auch in Darmstadt werden einkommensschwächere Mieter*innen aus ihren Wohnungen und ihren Vierteln verdrängt. Solche Prozesse werden bei fortgesetztem Wachstum der Stadt noch zunehmen. Um dem entgegen zu treten, können soziale Erhaltungssatzungen gemäß §172ff BauGB für stark betroffene Wohngebiete erlassen werden. Damit bekommt die Stadt beim Verkauf bestehender Wohnungen Vorkaufsrecht oder kann ersatzweise Vereinbarungen mit dem Investor bezüglich Miethöhe, Umwandlung in Eigentumswohnungen und maßvoller Sanierung treffen. 2019 wurde beschlossen, dies zu prüfen, aber bisher ist noch nichts passiert.

Die Vorschläge der LINKEN für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik:

- Anerkennung des Grund und Bodens der Stadt Darmstadt oder der ihr gehörenden Unternehmen als unveräußerliche Werte
- Aktive und langfristig angelegte Bodenpolitik durch Aufkaufen von Wohn- und Gewerbeflächen
- Vergabe von städtischen Flächen nur noch in Erbpacht
- Anwendung von Konzeptverfahren bei Verpachtung städtischen Baulands nach sozialen und ökologischen Kriterien mit Vorrang für öffentliches und genossenschaftliches Bauen
- Stopp der Mieter-Verdrängung durch den Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen
- Durchführung von Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch zur Unterbindung von Bodenspekulation
- Im Sinne einer lebendigen Stadt muss auch kulturelle und soziale Infrastruktur in neuen Quartieren und Wohnanlagen durchgesetzt werden
- Schaffung von neuem Baurecht nur in Verbindung mit einem städtebaulichen Vertrag, der Wertzuwachs abschöpft, bezahlbaren Wohnraum und klimagerechte Bebauung sichert
- Durchsetzung von Baugeboten nötigenfalls auch durch Enteignung

- Erstellung eines Leerstandskatasters
- Erstellung eines öffentlichen Baulückenkatasters, zur transparenten Darstellung der innerstädtisch noch verfügbaren Baufläche

Die Bauverein AG in die Pflicht nehmen

Die Bauverein AG ist die mit Abstand größte Wohnungsbaugesellschaft in Darmstadt und befindet sich fast vollständig im Besitz der Stadt. Das Unternehmen hätte die Möglichkeiten, die Mietpreisentwicklung zu dämpfen und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Darmstadt zu lindern. Doch der ehemalige „Bauverein für Arbeiterwohnungen“ hat mit der Gründungsidee, für preiswerten Wohnraum zu sorgen, nicht mehr viel zu tun. Das Unternehmen hat sich weitgehend von der Gemeinnützigkeit verabschiedet und handelt stattdessen wie ein Privatunternehmen im Auftrag der Stadt.

DIE LINKE hat nachgefragt: Mitte 2019 befand sich knapp die Hälfte der Bauvereins-Wohnungen auf Mietspiegel-Niveau oder unwesentlich darunter. Ein Fünftel der Wohnungen ist sogar teurer als der Mietspiegel-Vergleichswert, und gerade mal ein Drittel der Wohnungen liegt deutlich (mehr als 5 %) unterhalb des Mietspiegels. Das reicht uns nicht.

Die Bürger*innen können erwarten, dass ein gemeinnütziges Unternehmen die Mieterhöhungen nicht bis zu den Obergrenzen des Mietspiegels ausreizt und diesen damit auch für Alle nach oben treibt. Das gilt auch und gerade für den Neubau, wo Mieten bis zu 15 € aufgerufen werden. Die Bauverein AG könnte stattdessen die allgemeine Mietpreisexplosion durch ein Mieten-Moratorium abbremsen. Sie könnte auf außerordentliche Mieterhöhungen bei internen Mieterwechseln verzichten. Und sie könnte nach dem Auslauf von Sozialbindungen die Miete in diesen Wohnungen nur sehr allmählich und nur im Zusammenhang mit Wohnwertverbesserungen anpassen.

Die Mieter*innen können erwarten, dass die Instandhaltung und die Mängelbeseitigung schnell und nachhaltig erfolgen. Sie können erwarten, dass Sanierungen behutsam durchgeführt werden, so dass die Wohnungen nicht unbezahlbar werden. Leider werden diese Erwartungen oftmals nicht erfüllt. DIE LINKE unterstützt Mieter*innen, die solche Probleme haben, in ihrem individuellen Fall und gegebenenfalls auch durch eine politische Initiative.

DIE LINKE fordert, dass die Bauverein AG keine Mietwohnungen mehr privatisiert, sondern ihren Bestand erhöht, denn immer mehr Menschen können sich Wohneigentum nicht leisten.

Der finanzielle Spielraum für soziale Veränderungen der Geschäftspolitik ist vorhanden. Die Bauverein AG wurde 2013 von der grün-schwarzen Koalition verpflichtet, sich selbst aus ihren Gewinnen oder aus der Rücklage zum Bau von Sozialwohnungen zu bezuschussen. Das ist eine verdeckte Gewinnentnahme, denn die Zuschüsse müssten aus Steuermitteln gezahlt werden. 2014 verzeichnete das Unternehmen einen Rekordgewinn von 20 Mio. Euro, musste aber Dividenden in Höhe von 30 Mio. Euro ausschütten. DIE LINKE fordert, dass die Bauverein AG künftig nicht mehr dazu herangezogen wird, die öffentlichen Zuschüsse für Sozialwohnungen selbst zu finanzieren oder Verluste in anderen Bereichen der Stadtwirtschaft auszugleichen. Stattdessen muss ernsthaft geprüft werden, ob der

momentan erforderliche enorme Investitionsbedarf für den Neubau in einer wachsenden Stadt und für die klimagerechte Sanierung des Bestands durch eine erhebliche Kapitalerhöhung an der Bauverein AG durch die Stadt finanziert wird.

Stattdessen sollen die Überschüsse des Bauvereins dafür genutzt werden, den Anstieg der Bestandsmieten zu deckeln und bei Neu- und Wiedervermietungen den Rahmen des Mietspiegels nicht mehr zu verlassen. Für Haushalte, die Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten, sollen die Mieten gesenkt werden. Ziel muss sein, dass quer durch den Bestand der Mietspiegel unterschritten wird.

Neben der sozialen Aufgabe muss die Bauverein AG auch eine klimapolitische Vorbildrolle übernehmen und sich konsequent auf einen klimaneutralen und ressourcenschonenden Mietwohnungsbau orientieren. Es gilt, durch den Einsatz nachhaltiger Baustoffe, durch hohe Standards bei der Wärmedämmung, durch CO₂-freie Wärmeerzeugung, durch den Einsatz von Photovoltaik, durch Gebäudebegrünung und durch Verwendung von Grauwasser die Emissionen zu minimieren und das Stadtklima zu verbessern.

Wir werden immer wieder Druck machen, dass die Bauverein AG auf ihre soziale und ökologische Verantwortung verpflichtet wird. DIE LINKE setzt sich ein für:

- Begrenzung der Modernisierungsumlage auf 5 % statt der gesetzlichen 8% der Modernisierungskosten sowie auf einen maximalen Anstieg der Kaltmiete von 10 % bei Modernisierungen
- Begrenzung aller normalen Mieterhöhungen auf maximal 1 % pro Jahr
- Keine Überschreitung des Mietspiegels bei Wieder- und Neuvermietungen. Die Mieten sollen sich an den realen Kosten für den Bauverein und den Mieten im gleichen Gebäude orientieren
- Recht auf Umzug in eine kleinere Wohnung vergleichbaren Standards innerhalb des Bestands der Bauverein AG ohne Erhöhung des Quadratmeterpreises der bisherigen Kaltmiete
- Verzicht auf die Abfrage des Einkommens und des Schufa-Status bei der Bewerbung um eine frei finanzierte Wohnung, um Chancengleichheit aller Einkommensgruppen herzustellen
- Einrichtung einer neutralen Ombudsstelle, die beim städtischen Wohnungsamt angesiedelt ist und bei Problemen von Mieter*innen mit der Bauverein AG vermittelnd tätig wird
- Zeitnahe Durchführung der Instandhaltung, orientiert an den drängenden Problemen der Mieter*innen
- Keine Ausschüttungen der Bauverein AG an die Stadt und an den Stadtkonzern, stattdessen Kapitalerhöhung in Erwägung ziehen
- Konzeption und Erprobung von preisgünstigen Baustandards (serielles Bauen)
- Verpflichtung der Bauverein AG auf einen klimaneutralen und ressourcenschonenden Mietwohnungsbau

Ökologische Stadtentwicklung für eine klimagerechte Zukunft

Lebensqualität statt Wachstum

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist ein hoch entwickelter Hochschul- und Forschungsstandort. Die Stadt wächst stetig. Seit 1990 stieg die Bevölkerung von 140.000 auf 160.000 Menschen und die Zahl der Arbeitsplätze von 85.000 auf 105.000 an. Der „Masterplan“ rechnet mit einem weiteren Wachstum um 25.000 Einwohner*innen in den nächsten 15 Jahren, also um 15 %. Schon heute pendeln täglich 70.000 Menschen morgens in die Stadt und abends wieder heraus. Gleichzeitig fahren 30.000 Menschen aus Darmstadt nach z.B. Frankfurt oder Wiesbaden zur Arbeit. Dieses enorme Wachstum belastet die Verkehrssysteme der Stadt zusätzlich und verursacht weiter steigende Bodenpreise und Mieten. Es führt zu der Notwendigkeit, Wohngebiete zu verdichten, mit entsprechenden Folgen für das Stadtklima und die Freiräume in den Vierteln. Langfristig würde sich die Stadt dann auch auf Kosten von Ackerflächen und Wald nach außen entwickeln müssen.

Im Verteilungskampf um Flächen und Ressourcen bezieht DIE LINKE Stellung für die Lebensqualität der in der Stadt wohnenden Menschen, für die Erfordernisse des Klimawandels und einer Verkehrswende. Das Wirtschaften muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und an sozialen und ökologischen Werten. Wir wollen nicht, dass einerseits hochverdichtete Ballungsräume entstehen und andererseits Regionen entvölkert und abgehängt werden, denn eine solche Spaltung ist sozial und ökologisch nicht wünschenswert. Außerdem ist ein derart umfangreicher und schneller Strukturwandel klimapolitisch kontraproduktiv, da die Bautätigkeit große CO₂-Emissionen verursacht. DIE LINKE sieht die Grenzen des Wachstums unserer Stadt und drängen deshalb auf eine regionale sowie bundesweite Strukturpolitik, die an Stelle der Konkurrenz der Kommunen eine Kooperation pflegt und eine gleichmäßigere Entwicklung innerhalb und zwischen den Regionen erreichen will. So können die Konzentrationsprozesse zumindest begrenzt werden.

Aber wir können auch durch kommunale Entscheidungen vor Ort das Wachstum dämpfen. DIE LINKE will niemanden vertreiben, der schon hier ist, und wir heißen alle willkommen, die hier einen neuen Job antreten, einen Studienplatz bekommen haben, oder aus einem anderem Grund nach Darmstadt ziehen. Wir sind für die Schaffung von neuem Wohnraum, denn insbesondere bezahlbare Wohnungen werden dringend benötigt. Dafür gibt es noch Potential durch die Vergabe freiwerdender (Gewerbe-)Flächen mit Priorität beim Wohnen, durch eine moderate Verdichtung sowie durch die Bebauung von bereits versiegelten größeren Flächen am Stadtrand, wie es künftig im Ludwigshöhviertel oder im Osten der Waldkolonie geschehen soll.

Die treibende Kraft für das Wachstum ist die Wirtschaftsentwicklung. Ihr folgen die Menschen, die dort hinziehen, wo es Arbeitsplätze gibt. Arbeitsplätze können und sollten besser an anderen Orten neu entstehen, wo man sie nötiger braucht als hier, um die Region lebendig zu halten. Die Wachstumslogik, der die grün-schwarze Koalition folgt, setzt eine Spirale in Gang: der Neubau von geförderten Wohnungen entspannt zunächst den Wohnungsmarkt, dann werden neue Gewerbeflächen geschaffen, die ihn wieder unter

Druck setzen, so dass noch mehr Wohnbebauung entstehen muss. DIE LINKE will, dass diese Logik durchbrochen wird. Gewerbeflächen sollen zurückhaltend ausgewiesen werden, mit dem vorrangigen Ziel, Darmstädter Unternehmen und deren Arbeitsplätze zu halten.

Das heißt konkret, dass wir nicht nur den Wald im Süden Darmstadts unangetastet lassen wollen, sondern auch die geplante Entwicklung der Gewerbeflächen auf gutem Ackerland in Arheilgen und Wixhausen ablehnen. Anstelle solcher Außenentwicklung ist neues Gewerbe auf den bestehenden mindergenutzten Gewerbeflächen anzusiedeln.

Zu fordern ist eine breite Diskussion mit Verbänden, Gewerkschaften und in der Stadtgesellschaft über eine soziale und ökologische Entwicklungsstrategie.

DIE LINKE fordert:

- Umsetzung einer übergeordneten Strukturpolitik, um Konzentrationsprozesse auf wenige wirtschaftliche Zentren und ungleiche Entwicklung von Regionen
- Bremsen des Wachstums der Stadt Darmstadt, indem keine größeren Gewerbeflächen mehr ausgewiesen werden
- Keine Außenentwicklung der Stadt auf Kosten von Wald und Ackerflächen
- Erstellung eines Baulückenkatasters, damit das Potential für Innenentwicklung ausgeschöpft werden kann

Ziele LINKER Stadtplanung

Den Menschen gehört die Stadt! Wohnungsmangel, Klimawandel und zunehmender Pendelverkehr stellen Darmstadt vor große Herausforderungen. Um eine lebenswerte Stadt auch nachhaltig für die Zukunft zu schaffen, müssen heute die Grundsteine dafür gelegt werden. Unsere grundsätzlichen Leitlinien sind:

- Städtische Infrastruktur, kommunale Einrichtungen, medizinische Versorgung, Arbeitsplätze, Freizeitangebote, Nahversorgung möglichst dezentral anlegen
- Bauflächen in öffentlichem Besitz halten oder bringen
- Mehr Entsiegelung und Begrünung wagen
- Klimaschneisen trotz Baudruck erhalten
- Entwicklung von Gewerbe-, Einkaufs- und Nahverkehrsprojekten regional mit den Umlandgemeinden angehen
- Bedarfsdeckung für alle Lebensbereiche innerhalb eines jeden Stadtteils ermöglichen, mit fußläufiger Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs

Bauleitplanung auf stabile Füße stellen

Die Bauleitplanung ist das wichtigste Instrument der Kommunen, um die Stadtentwicklung zu steuern und so die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen. Die Darmstädter Bauleitplanung lässt davon wenig erkennen. Sie hat kein Gesamtkonzept. Eine Ursache hierfür ist der veraltete Flächennutzungsplan von 2005, welcher auf zehn bis maximal 15 Jahre ausgelegt war. So wird z.B. trotz der Flächenknappheit und der bestehenden Klimakrise auch der Bau von Einfamilienhäusern als wünschenswert dargelegt - dies kann aber nicht länger Prämisse der

Stadtplanung sein. Dieser dient, mit wenigen Anpassungen, bis heute als Grundlage für die Bebauungsplanung. Ein neuer Flächennutzungsplan ist noch nicht in Sicht.

Darmstadt hat keine flächendeckende Bebauungsplanung. Große Bereiche der Innenstadt, z.B. Mollerstadt, Verlegerviertel oder Bessungen sind unbeplant. Dort können keine Vorgaben zur sozial-ökologisch ausgewogenen Bodennutzung gemacht werden. Darauf darf eine sich ständig verdichtende Stadt wie Darmstadt jedoch nicht verzichten.

Auch die klassische Bauleitplanung schrumpft, von der Angebotsplanung zur „vorhabenbezogenen Planung“ wie im Bürgerpark oder bei Aldi-Arheilgen, d.h. die Kommune verzichtet immer öfter auf ihre Planungshoheit zugunsten der Planungen durch Investoren. Deren Ziel ist zuallererst die Profitmaximierung. Auf der Strecke bleiben die sozialen und ästhetischen Bedürfnisse der Menschen.

Sowohl für die Erstellung des dringend notwendigen neuen Flächennutzungsplans als auch der jeweiligen Bebauungspläne fordert DIE LINKE umfangreiche Bürger*innen-Beteiligung. Der Erstellung des Flächennutzungsplans ist ein informeller Planungs- und Strategieprozess vorzuschalten, der die Schwächen des Prozesses zur Aufstellung des "Masterplan 2030+" vermeidet. Die bei der Erstellung des Masterplans einberufenen "Bürgerforen" waren stark inhaltlich vor-festgelegt und die geäußerten Positionen der Teilnehmer*innen sind sehr einseitig in den Prozess eingegangen. Bereits bestehende Satzungen und Konzepte wurden nicht berücksichtigt.

DIE LINKE fordert für die Bauleitplanung:

- die Erstellung eines neuen Flächennutzungsplanes, um die Ziele der Stadtentwicklung an die Erfordernisse von Klimaschutz und Verkehrswende anzupassen
- Aufstellung von Bebauungsplänen unter Berücksichtigung sozial-ökologischer Aspekte, insbesondere mit einer Festschreibung von hohen Sozialwohnungs-Quoten
- Rückkehr der Planungshoheit zur Stadtverordnetenversammlung durch die flächendeckende Erstellung von normalen Angebots- anstelle von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen
- die Einbindung der Bürger*innen bei der Planung, u.a. über Bürger*innen-Versammlungen, Stadtteilrunden und Stadtteilvereinigungen
- Einrichtung und Besetzung zusätzlicher Stellen bei der Bauverwaltung, damit eine gute Stadtplanung nicht an Personalmangel scheitert

Für eine lebendige Beteiligungskultur

DIE LINKE tritt für Planungsverfahren ein, das sich an den Einwohner*innen und deren Bedürfnissen orientiert. Alle Betroffenen müssen in die Planung einbezogen werden und ein Mitspracherecht haben. Dazu muss es auch bei kleineren Projekten über die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren hinaus frühzeitige und ergebnisoffene Konsultation der Bürger*innen geben, etwa im Rahmen von Anwohner*innen-Versammlungen. Vor größeren Planungsentscheidungen sind nicht nur die Pläne, sondern auch frühzeitig entsprechende Modelle der Gebäude an zentraler Stelle in der Stadt auszustellen. Hierfür bietet sich die ehemalige Galerie im Liebighaus an. Digitale Visualisierungen müssen im Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Über Newsletter wie da-bei.darmstadt.de

müssen solche Planungen aktiv an die Bevölkerung kommuniziert werden. Die Stadt sollte gegenüber den Bürger*innen in der Bring-Schuld sein. Das Verfahren zur Erarbeitung des Masterplans hat gezeigt, wie es nicht laufen sollte. In den "Bürgerforen" werden vor allem die Arbeitsergebnisse der "Planungsteams" mit einer kleinen, besonders interessierten Teilöffentlichkeit diskutiert. Es ist nicht ersichtlich, welchen Einfluss diese Foren auf den Inhalt des Dokuments hatten. Große Stadtteilversammlungen oder eine stadtweite Bürger*innen-Versammlung, bei denen die Streitpunkte zur Sprache gekommen wären, gab es nicht. So blieb es der schnellen Mobilisierung der Menschen in Eberstadt vorbehalten, der Horrorperspektive eines Außenwachstums der Stadt in die Eberstädter Waldgebiete erfolgreichen Widerstand entgegen zu setzen. Auch das Durchdrücken des Aldi in Arheilgen gegen massiven Protest der Arheilger*innen ist das Gegenteil von Bürger*innen-Beteiligung. So wollen wir nicht Politik machen.

DIE LINKE fordert, dass zu wichtigen Fragen Bürger*innen-Versammlungen durchgeführt werden, etwa zum Haushalt und zu Perspektivfragen wie dem Masterplan oder der ICE-Anbindung. Wenn die Auswirkungen sich hauptsächlich auf Stadtteile beziehen, muss es entsprechende Stadtteilversammlungen geben. Den „Bürger*innen-Haushalt“, der eigentlich ein Vorschlagswesen ist, wollen wir in seiner Online-Variante interessanter gestalten und die Schwerpunkte in öffentliche Präsenzveranstaltungen verlagern, um den Raum für konstruktive Debatten und Austausch zu bieten. Zum Sammeln von Ideen schlagen wir nicht-anlassbezogene Stadtteilforen oder Begehungen vor.

DIE LINKE fordert eine offenere Beteiligungskultur:

- Einbeziehung der Bevölkerung durch regelmäßige stadtweite Bürger*innen-Versammlungen bei grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung sowie durch Stadtteil-Versammlungen bei lokalen Themen
- Frühzeitige Durchführung von ergebnisoffenen Versammlungen der Anwohner*innen bei Bauprojekten durch die Stadt
- Etablierung des „Bürger*innen-Haushalts“ in Online- und Präsenzform
- Präsentation von Architekturmodellen vor Planungsentscheidungen in analoger und digitaler Form
- Etablierung von Stadtteilforen zur initialen Beteiligungsmöglichkeit

Onlinezugang zur Verwaltung ausbauen – für eine bodenständige Digitalstadt

Digitalisierung ist ein unaufhaltsamer gesellschaftlicher Prozess, der zum Nutzen aller Menschen politisch gestaltet und demokratisch kontrolliert werden muss. Die Stadt darf sie nicht privaten Unternehmen und damit Kapitalinteressen überlassen. So müssen die Daten im Eigentum der Stadt bleiben und weitgehend zur freien Nutzung bereit gestellt werden. DIE LINKE wird immer darauf achten, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, die Schwierigkeiten mit dem Zugang zu digitalen Medien haben, dabei nicht abgehängt werden. Insbesondere müssen wichtige Dienstleistungen auch weiter analog verfügbar sein (siehe Kap. 5, Abschnitt "Moderne Schulen und demokratische Bildung").

In Darmstadt sind die Prioritäten falsch gesetzt. Den größten Nutzen für die Mehrheit der Menschen hätte die Schaffung von digitalen Zugängen zu den Verwaltungsdienstleistungen der Stadt. Hier ist noch viel Luft nach oben: Der Magistrat hat bereits eingeräumt, dass ein umfassendes digitales Angebot nicht, wie im Onlinezugangsgesetz vorgesehen, bis Ende 2022 bereitstehen wird.

Stattdessen wird die „Digitalstadt“ medienwirksam verkauft. DIE LINKE lehnt diese nicht grundsätzlich ab. Manche „Smart City“-Projekte wie die Bereitstellung von Umweltdaten oder Verkehrszählungen in Echtzeit sind nützlich für die Stadtverwaltung und schaffen Transparenz für die Bürger*innen. Wichtig wäre auch die öffentliche Bereitstellung von möglichst vielen nicht-personenbezogenen Datenbeständen der Verwaltung wie Pläne oder andere Geodaten. Leider herrscht wenig Klarheit, welchen Nutzen die teure Servertechnik der Datenplattform für die Öffentlichkeit bieten soll. Wir wollen keine Spielereien, sondern Sicherheit, dass nützliche Projekte in Gang gesetzt werden.

DIE LINKE unterstützt die Ethischen Leitlinien des Ethikbeirats der Digitalstadt, die unter anderem die Gemeinwohlverpflichtung der Projekte, die demokratische Kontrolle der Digitalisierungsprozesse, den diskriminierungs- und barrierefreien Zugang zu den Technologien sowie die Durchführung von Technikfolgenabschätzungen und die Gewährleistung von Nachhaltigkeit zum Inhalt haben.

Bezüglich der Digitalisierung fordert DIE LINKE:

- Priorität für den digitalen Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung
- Digitale Teilhabe für alle gesellschaftlichen Gruppen und Beibehaltung analoger Zugänge zu Dienstleistungen
- Beachtung der Ethischen Leitlinien der Digitalstadt
- Digitalstadt-Anwendungen mit Nutzen für den Alltag der Menschen in Darmstadt

Der Krise sozial gerecht begegnen: Für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Die Tatsache des menschengemachten Klimawandels kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden. Zu deutlich sind die Auswirkungen sichtbar, auch bei uns: Starkregen, Hitzesommer, Wasserknappheit, sinkende Ernten, sterbende Stadtbäume und Wälder deuten an, wohin die Klimaerwärmung führen kann. Die Überschreitung +1,5°C-Grenze wird weltweit die sozialen und ökologischen Systeme aus den Fugen heben und somit auch die Lebensqualität in Darmstadt stark beeinträchtigen.

Der Hintergrund ist das kapitalistische Wirtschaften: Raubbau an Mensch und Natur sind die Grundlage, um die Rendite zu steigern. Wird der Absatz nicht gesteigert, und werden neue Märkte nicht erschlossen, dann gerät ein Unternehmen ins Hintertreffen. Gesellschaftliche Selbstbeschränkung und gebremstes Wachstum führen die gesamte Ökonomie in die Krise. Die Landnahme schreitet immer weiter voran: Rohstoffgewinnung und die Ausbreitung von Anbauflächen z.B. im Regenwald zerstören intakte Natur und entziehen den dort lebenden Menschen die Lebensgrundlage. Auch der Anbau von regenerativen Rohstoffen und die Ausgleichsmaßnahmen für CO₂-Produktion in den Industrieländern führen zur Vertreibung der bisherigen Nutzer*innen der dazu benötigten Flächen und zu Fluchtbewegungen, die

nun barbarisch an den Grenzen Europas zurückgewiesen werden. DIE LINKE betrachtet die Klimakrise zusammen mit den sozialen und politischen Krisen, die sich weltweit zuspitzen. Wir stellen die gemeinsame Quelle dieser Krisen in Frage, nämlich das Profit- und Konkurrenzsystem, das die Politik beherrscht. DIE LINKE kämpft nicht nur für Klimaschutz in unserer Stadt, sondern auch für Klimagerechtigkeit zwischen den sozialen Klassen bei uns und zwischen den armen und reichen Ländern der Welt.

Hier wollen wir auch stadtpolitisch eingreifen und einen Wandel herbeiführen. DIE LINKE fordert die Anerkennung der gegenwärtigen Situation unseres Planeten als Krise. Die Stadt muss daraus Schlussfolgerungen auch für die Haushaltspolitik ziehen, denn der Zwang zur „Schwarzen Null“ ist mit der Klimakrise genauso wenig vereinbar wie mit der Notlage durch die Corona-Pandemie.

Die Stadtverordnetenversammlung konnte sich zwar nicht dazu durchringen, die drohende Klimaerwärmung als Krise anzuerkennen, aber sie hat mit großer Mehrheit beschlossen, dem Klimaschutz höchste Priorität einzuräumen. Die Stadt Darmstadt muss ihre Emissionen in den nächsten 15 Jahren in großen Schritten reduzieren. Alle neuen Vorhaben sind an diesem Ziel auszurichten, bereits getroffene Entscheidungen sind neu zu bewerten und ggf. zu revidieren. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dies auch geschieht.

Gegenwärtig wird von der Stadt ein Klimaschutzkonzept erarbeitet, das 2021 vorgelegt werden soll. Das ist gut, aber leider sehr spät. In den vergangenen zwei Legislaturperioden haben es die Grünen versäumt, den Erwartungen der Bevölkerung an grüne Politik gerecht zu werden. Es bedurfte der „Fridays for Future“ und der Klimastreik-Bewegung, um der grünen Partei deutlich zu machen, dass der Kampf gegen den Klimawandel wichtiger ist als Haushaltsdisziplin.

Beim Klimaschutz in unserer Kommune fordert DIE LINKE Klimagerechtigkeit statt nur "Klimaneutralität". Das heißt insbesondere, dass die Kompensation unserer Emissionen nicht einfach durch Ausgleichsmaßnahmen in anderen Teilen der Welt erfolgen darf. Es heißt aber auch, dass z.B. die energetische Sanierung der Wohngebäude nicht auf Kosten der Mieter*innen geschieht.

DIE LINKE unterstützt den Klimabeirat der Stadt Darmstadt. Er darf nicht als Alibi-Beteiligungsgremium enden: ihm ist ein Rede- und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung zu geben. Er ist in alle Themen einzubeziehen, die direkt oder indirekt einen Einfluss auf das Klima haben können, und arbeitet nicht nur im Auftrag des Magistrats, sondern muss auch seine eigenen Themen setzen können. Um selbstständig tätig werden zu können, benötigt er ein kleines eigenes Budget.

Klimaschutz ist kein Selbstläufer. Er benötigt sowohl personelle Ressourcen als auch finanzielle Mittel. Hier sind der Bund und das Land Hessen gefordert, den Ernst der Lage zu erkennen und gleichfalls danach zu handeln. Den Kommunen müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um mindestens das 1,5° C- Ziel zu erreichen. Die Schuldenbremse muss für die Finanzierung von Maßnahmen gegen die Klimakrise ausgesetzt werden. Die gegenwärtige Corona-Pandemie hat gezeigt, was auch kurzfristig möglich ist.

DIE LINKE fordert

- Anerkennung der Klimaerwärmung als Krise mit entsprechenden Schlussfolgerungen für die Haushaltspolitik
- die Erstellung eines konkreten Emissionsreduktionsplans, der die zu ergreifenden Maßnahmen benennt, die jährlichen Reduktionsziele definiert und das Verfahren zur Überprüfung der Zielerreichung festlegt
- die Einführung eines Bewertungsinstrumentes zur Beurteilung der Klimawirkung von städtischen Vorhaben, das auf einem umfassenden Verständnis von Klimagerechtigkeit basiert
- Die Stärkung des Klimabeirats durch weitreichende Partizipationsmöglichkeiten
- Einbeziehung des Kriteriums der nachhaltigen Ausführung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Bevorzugung von lokalen und regionalen Energiegenossenschaften bei der Erschließung regenerativer Energiequellen im Stadtgebiet
- Angebot von Weiterbildungen für städtische Mitarbeiter*innen

Grünflächen, biologische Vielfalt und Klimaanpassung

Wir Menschen sind Teil ökologischer Systeme, die durch ihre hohe biologische Vielfalt und den Artenreichtum überdauern und auch schwere Eingriffe überstehen können. Durch ihre Art des Umgangs mit der Natur hat die Menschheit diesen Artenreichtum jedoch drastisch reduziert. Das bekommen wir auch in Darmstadt zu spüren. DIE LINKE setzt sich daher für die Sicherung der biologischen Vielfalt auch hier vor Ort ein.

Grünflächen, Naherholungsgebiete und öffentliche Gärten dienen den Menschen als Rückzugsorte, kühlen die Stadt in den immer heißer werdenden Sommern und erhöhen im Idealfall auch die Artenvielfalt im städtischen Raum. Momentan werden Flächen jedoch oft grundlos versiegelt und die Lebensqualität in der Stadt verringert. Vor diesem Hintergrund lehnt DIE LINKE den Bau hochpreisiger Eigentumswohnungen im Bürgerpark ab. Der Friedensplatz ist ein Beispiel für eine innerstädtische Betonwüste die sich im Sommer aufheizt und so die lokalen Auswirkungen der Klimaerwärmung verstärkt.

Da die Klimaerwärmung nur noch zu begrenzen und nicht mehr aufzuhalten ist, muss sich Darmstadt aktiv auf die heißeren Sommer vorbereiten. Schon jetzt sind viele Parks und Bäume in einem schlechtem Zustand, die Pflege der städtischen Grünflächen muss insbesondere in den Sommermonaten viel intensiver erfolgen. Wir müssen heute Bäume pflanzen, die uns morgen Schatten spenden können. Alleem können die verschiedenen Grünflächen verbinden und so ein grünes Netz schaffen. Wir haben viele große Plätze wie den Luisenplatz, den Karolinenplatz oder das Carree mit wenig Grün. Das müssen wir ändern: Wo möglich, sind öffentliche Plätze zu entsiegeln und zu begrünen. Auch Sonnensegel können dazu beitragen den Aufenthalt auf Plätzen bei Hitze angenehmer zu gestalten. Die Begrünung von Fassaden und Dächern sähe nicht nur schön aus, sondern ist auch nützlich: Eine begrünte Fassade wirkt als Wärmepuffer, schützt die Hauswand vor Wind und Wetter und verbessert die Luftqualität. Für Neubauten sind Vorgaben zur guten Begrünung zu machen. Gleichzeitig muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen: Ein grüner Baldachin aus Stahlgitter mit Rankpflanzen über der Ausfahrrampe in der Hügelstraße

und daneben eine dem Parkhaus vorgesetzte Begrünungsfassade ("Hängende Gärten") würden die unerträglich hohe Feinstaubbelastung in diesem Bereich verringern. Durch die Begrünung der obersten Etage, der meist nicht ausgelasteten Parkhäuser in der Stadt, kann ein Aufenthaltsraum ohne Konsumzwang, dafür mit ökologischem Nutzen, geschaffen werde. Schattige Flächen sind als CO₂-Senken zu bemoosen und es ist zu prüfen, welche städtischen Grünflächen als Blühwiesen renaturierbar sind. Das Personal des Grünflächenamtes muss aufgestockt werden, damit das Amt den Anforderungen durch heißere Sommer und neue Begrünungen gewachsen ist.

Auch Schulgärten können, neben ihrem pädagogischem und sozialem Nutzen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen (siehe Kapitel Bildung). DIE LINKE unterstützt Initiativen, welche ökologische und soziale Aspekte verbinden. Beispiele sind das durch den BUND konzipierte "Zentrum für Stadtnatur", das bald auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei in der Orangerie entstehen soll, und die Arbeit der Initiative „Essbares Darmstadt“. Bei allen Parks und Grünflächen ist der öffentliche Zugang für alle Menschen zu gewährleisten. Mit der Bauverein AG hat die Stadt Darmstadt einen weiteren Hebel, die Biodiversität zu fördern. Sie besitzt 33 Hektar (33.000 Quadratmeter) Freifläche, welche überwiegend als Rasen genutzt wird, 11.000 Bäume und mehr als 11 km Hecken. Das städtische Unternehmen ist über die bisherige Freiwilligkeit hinaus zu verpflichten, die genannten Flächen zur Sicherung der Biodiversität zu nutzen. Möglichkeiten sind die Anlage von Blühwiesen, öffentlichen (Mieter*innen-)Gärten, fruchttragenden Hecken oder der Bau von Insektenhotels.

Frischlufschneisen sind unbedingt zu erhalten um den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem kühleren Umland sicherzustellen. Schottergärten heizen die Umgebung, ähnlich wie Beton und Asphalt, auf und bieten keinerlei Lebensraum für Insekten und andere Kleintiere. Daher setzen wir uns für ein Verbot von Schottergärten ein.

DIE LINKE fordert:

- Erhalt von Grünflächen und Naherholungsgebieten
- Bessere Pflege des Darmstädter Baumbestandes, insbesondere in den heißen Sommermonaten
- Mehr Personal für das Grünflächenamt
- Fassadenbegrünungen anlegen, Entsiegelung von Flächen, Verbot von Schottergärten und Erhalt von Frischlufschneisen, um das Aufheizen des Stadtgebietes in den Sommermonaten zu begrenzen
- Verpflichtung der Bauverein AG zur Anlage von Blühwiesen, Insektenhotels und anderer Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität
- Förderung von sozial-ökologischer Initiativen

Die Großstadt im Walde

Zwei Befragungen haben gezeigt, dass es das Grün in der Stadt und die Nähe zum Wald sind, was die Darmstädter*innen an und in ihrer Stadt besonders schätzen.

Der Ostwald ist ein geschätztes Wanderziel für Spaziergänge, Freizeit und Sport. Ebenso sollte es im Westwald der Fall sein. Durch die Niederschläge und die Grundwasserentnahme der letzten Jahrzehnte sind weite Teile des Westwaldes ruiniert und auf Dekaden zerstört.

Die Bedeutung und der positive Einfluss von Wäldern und deren Biosphäre auf ihre Umgebung stehen nicht zur Diskussion und sind zu schützen.

In Zeiten des Klimawandels muss das erste Ziel der Waldwirtschaft die Erhaltung des Walds und seiner Funktionen sein. Holzertrag, der ohnehin finanziell nur marginal zum städtischen Haushalt beiträgt, hat demgegenüber hinten an zu stehen. In der momentanen Lage ist ein Moratorium für das Fällen gesunder Bäume notwendig. Bodenverdichtung durch schwere Maschinen (Harvester) ist auszuschließen, stattdessen sind bei notwendigen Fällungen andere Methoden anzuwenden, auch wenn diese weniger produktiv sind. Dies muss in der „Forsteinrichtung“, dem 10-Jahresplan mit Hessen-Forst, neu festgelegt werden.

DIE LINKE zeigt sich darüber hinaus solidarisch mit den Aktivist*innen im und um den Dannenröder Forst (Danni) in Nordhessen. Der Bau der A49 ist ein Planungsrelikt des vergangenen Jahrhunderts und gehört abgebrochen. Die Rodung von über 200 Jahre alten Bäumen, die Gefährdung des Grundwassers und die Zerstörung von funktionierender und wohlerhaltener Natur steht in keinem Verhältnis zum Nutzen geschweige denn Zeitersparnis von und durch einer weiteren Autobahntrasse hier in Hessen. Klimagerechtigkeit und Verkehrswende werden hier mit Füßen getreten.

DIE LINKE fordert:

- Erhalt der Waldflächen um Darmstadt herum, keine Ausdehnung der Siedlungsgebiete in den Wald
- die Anerkennung des Westwaldes als Bannwald ohne weitere Flächenreduktion, nötigenfalls Wiederaufforstung mit Arten, die mit den künftig zu erwartenden Bedingungen besser zurechtkommen
- Moratorium für den Holzeinschlag im West- und Ostwald
- die Mitfinanzierung von Neusaaten und Pflanzung durch die Hessenwasser GmbH & Co. KG als ein wesentlicher Verursacher der Absenkung des Grundwasserspiegels und dem damit einhergehenden Pflanzensterben
- der Danni bleibt!

Wasser

Darmstadt steht seiner eigenen Wasserversorgung im Weg. Die von den Gebäuden, Straßen oder Parkplätzen versiegelten Flächen messen 11 km². Durch den jährlichen Niederschlag auf diese Flächen könnte der Wasserverbrauch der Stadt gedeckt werden. Dieses Wasser könnte den Platanenhain, den Herrngarten, weitere Parks und den Westwald bewässern. Straßenbäume könnten von den Dächern der Anlieger Wasser erhalten. Dafür werden Zisternen gebraucht, Versickerungen und Brauchwasserleitungen. Die Wasserbecken unter der Mathildenhöhe können reaktiviert werden. Stattdessen werden Abwasserkanäle verstärkt, um ja nur das Regenwasser schnell aus der Stadt zu schaffen. Versiegelung und die Entnahme von Grundwasser sind die Hauptursache, dass der Westwald verdorrt.

Darmstadt hat mit dem Woog, dem Arheilger Mühlchen und der Grube Prinz von Hessen drei gut besuchte Naturbäder. Diese müssen erhalten und gepflegt werden, damit sie in einem heißen Sommer nicht umkippen und durch Blaualgen unbenutzbar werden. Der Woog soll als städtischer See erlebbar sein und daher außer im Bereich der Liegewiese bis ans Ufer

begehbar werden. Für die Grube Prinz von Hessen ist die Wasserentnahme durch einen Steinhersteller zu stoppen.

DIE LINKE fordert:

- die Reaktivierung städtischer Brunnen
- den Aufbau von Infrastruktur zum Auffangen von Niederschlägen für deren Nutzung zur Bewässerung
- den Einsatz von Bewässerungssäcken für Bäume organisiert als öffentliche Aufgabe des Grünflächenamts

Für eine ökologische Verkehrswende

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Die Klimaerwärmung wird ohne eine entschlossene Verkehrswende nicht zu begrenzen sein. Daher setzt sich DIE LINKE für umweltfreundliche Verkehrskonzepte ein, die alle Menschen mobil machen. Heute leiden Millionen Menschen unter den Auswirkungen des Kraftfahrzeugverkehrs: Lärm, Abgase und einem extremen Platzanspruch. Auf Druck von Bevölkerung und Initiativen wurde nach Jahren des Stillstands dem Radverkehr in Darmstadt endlich mehr Platz eingeräumt. Nach der Wahl darf es nicht wieder zu einem Stillstand kommen. Insbesondere der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und eine fahrrad- und fußgänger*innen-freundliche Gestaltung der Stadt müssen jetzt zügig voranschreiten.

Stadt der kurzen Wege

Am günstigsten, zeitsparendsten und ökologischsten ist der Verkehr der gar nicht erst entsteht. Wenn Geschäfte, Kitas und andere Infrastruktur in den Wohngebieten vorhanden sind, können die Bewohner*innen sich in ihrem Alltag viele Strecken sparen. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in der Stadt sowie der Erhalt und die Ansiedlung von Arbeitsplätzen im Umland könnten den Pendelverkehr erheblich reduzieren. Deshalb ist eine Verkehrswende nur in Kombination mit einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung und Wohnungspolitik zu bewerkstelligen, mehr dazu in den Kapiteln III und IV.

Bus und Bahn als neues Rückgrat des Verkehrs!

Für eine echte Verkehrswende muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) deutlich ausgebaut werden. Neue Buslinien und höhere Taktung bestehender Linien bieten eine Möglichkeit den Nahverkehr schnell zu stärken. Auch ein Ausbau des Straßenbahnnetzes ist notwendig: Momentan sind u.a. das Woogsviertel, die Heimstättensiedlung und das Gewerbegebiet "Telekom-City" nur schlecht mit der Straßenbahn erreichbar. Das Martinsviertel ist, als Viertel mit der höchsten Bevölkerungsdichte, nur an seinem westlichen Rand an das Straßenbahnnetz angebunden. Die Straßenbahnlinie von der Innenstadt zum Ostbahnhof muss reaktiviert werden, perspektivisch ist dann eine Weiterführung bis nach Groß-Zimmern möglich und nötig. Die Planung der Erschließung dieser Gebiete muss mit breiter Bürger*innen-Beteiligung erfolgen. Flächen, die in Zukunft möglicherweise als Bahntrassen gebraucht werden könnten – zum Beispiel für eine Straßenbahn nach Weiterstadt – müssen freigehalten werden. Momentan erhält der ÖPNV an vielen Ampeln Vorfahrt, daran darf sich nichts ändern.

Als erster Schritt zum Ausbau des ÖPNV-Angebots muss das bestehende Busnetz verbessert werden, z.B. durch die Erweiterung der Linie L zu einer Ringlinie für eine bessere Anbindung von Martins- und Johannesviertel. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Interessengemeinschaft Arheilger Bürger, die Buslinien A und AH zu einer Ringlinie zu vereinigen, die auch an Sonn- und Feiertagen fährt. Außerdem sollte die Buslinie K in die Heimstättensiedlung verlängert werden und die Linie R bis zur Haltestelle Merck.

Mit der Lichtwiesenbahn wurde die nötige Anbindung des Campus auf denkbar schlechteste Weise realisiert: Durch die geringere Taktung am Böllenfalltor wird die Anbindung an das

Umland sogar schlechter. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die Taktung am Böllenfalltor gleich bleiben muss. Die Verzahnung des Umlandes mit der Stadt ist deutlich zu verbessern. Die Stadt Darmstadt muss sich für den zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Odenwaldbahn einsetzen. Genauso muss sich Darmstadt für die Wiederaufnahme des Schienenverkehrs nach Groß-Zimmern einsetzen, wobei diese Linie nicht nur zum Darmstädter Ostbahnhof, sondern auch in die Stadt als Straßenbahn hineinführen sollte. Die Pfungstadtbahn muss bis zum Nordbahnhof, am besten sogar bis zur Lichtwiese, verlängert werden. Die Stadt Darmstadt und der Landkreis brauchen eine gemeinsame Verkehrsentwicklungsplanung. Ein kleines Beispiel ist die Einfahrt in die Stadt über die B 26. Durch die Abstimmung der Lichtsignalanlagen der Bundesstraße auf die städtischen Ampeln könnte erreicht werden, dass der Verkehrsstau nicht vor dem Ostbahnhof entsteht, sondern vor der Einmündung der Heinrichstraße. Dort kann er von den Bussen aus dem Ostkreis umfahren werden. Langfristig muss dieser Flaschenhals aber durch Schienenverkehr entlastet werden. Auch die Verbindung in den Kreis Groß-Gerau lässt zu wünschen übrig, die Buslinie 751 muss dringend um Expressbusse ergänzt werden.

Hierbei ist auch die Verbindung verschiedener Fortbewegungsmittel zu beachten: es braucht mehr sichere Fahrradständer an Bahnhöfen, insbesondere an den Siedlungsgrenzen. Bahnhöfe und Haltestellen müssen attraktiv sein, und zwar so, dass Menschen dort ohne Angst auf ihre Verbindung warten können. Eine barrierefreie Gestaltung muss in der Planung zwingend berücksichtigt werden. Dringend notwendig ist die Barrierefreiheit beispielsweise an der Haltestelle Böllenfalltor. Beispiele für lange verschobene Investitionen sind die Sanierung des Nordbahnhofs und ein zweiter Querbahnsteig am Hauptbahnhof. Die Straßenbahnhaltestelle Nordbahnhof muss verbreitert werden, denn sie ist deutlich zu schmal und zu gefährlich für Wartende, gerade mit Kinderwagen. Die Digitalisierung des ÖPNVs muss vorangebracht werden, beispielsweise durch die Anzeige von Echtzeitinfos an mehr Haltestellen. Die Stadt Darmstadt muss sich einsetzen für einen Ausbau der regionalen Bahnverbindungen, insbesondere für eine höhere Taktung nach Aschaffenburg, Mainz/Wiesbaden und Mannheim auch außerhalb der Stoßzeiten sowie Schnellverbindungen zwischen den Großstädten mit wenigen Zwischenhalten.

Der Airliner muss in den RMV- und in den Bahn-Fernverkehrstarif integriert werden.

Bei der Frage des Streckenverlaufs der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim fordert DIE LINKE, wie die Umweltverbände, eine flächenschonende Variante durch Darmstadt ab dem Hauptbahnhof entlang der Rhein-Neckar-Trasse mit einem Lärmschutztunnel neben dem Haardtring. Die Trasse darf weder über- noch unterirdisch durch den Westwald führen. Wir setzen uns für eine Spanglenlösung möglichst ohne gefällte Bäume und mit nur minimalen Natureingriffen ein.

Vorrang für Fuß- und Radverkehr

Der Umweltverbund, also Fuß- und Radverkehr sowie der öffentliche Nahverkehr, muss im städtischen Verkehr Vorrang erhalten. Keine Bettelampeln mehr für Rad und Fußverkehr, die erst nach Knopfdruck reagieren. DIE LINKE will weiträumig die Ampelschaltung auf eine Grüne Welle für Radfahrer*innen umstellen und so den innerstädtischen Autoverkehr an vielen Stellen verlangsamen. Eine weiträumige Geschwindigkeitsreduktion kann nicht nur Lärm- und Umweltbelastung reduzieren, sondern vermindert auch das Unfallrisiko. Dort wo

ÖPNV, Rad- oder Fußverkehr von parkenden Autos behindert werden, müssen Parkverbote durchgesetzt werden. Beispielsweise wird die Buslinie K am Beginn der Roßdörfer Straße und in der Kiesstraße von parkenden Autos ausgebremst. Der Beginn der Roßdörfer Straße ist außerdem einer der Punkte an dem parkende Autos einen ausreichenden Sicherheitsabstand zwischen Radfahrer*innen und Gegenverkehr oft unmöglich machen. Dass parkende Autos den Fußverkehr behindern, ist in den inneren Stadtteilen sogar der Normalzustand: Insbesondere für Menschen mit Kinderwägen, körperlichen Beeinträchtigungen und Ältere sind die Gehwege momentan oft unpassierbar. Auch sind alle wichtigen Fußgängerüberwege, vor allem an Kreuzung von Haupt- und Nebenstraßen, aufzupflastern, das heißt sie an die Gehweghöhe anzupassen. Dadurch werden hinderliche Stufen für den Fußverkehr entfernt, einbiegende Fahrzeuge müssen ihre Geschwindigkeit reduzieren. Des Weiteren sind Bordsteinabsenkungen notwendig um den Rad- und Fußverkehr sicher und barrierefrei zu gestalten.

E-Scooter sind aus unserer Sicht kein sinnvoller Bestandteil des Verkehrssystems. Sie erzeugen Nutzungskonflikte und vermüllen den öffentlichen Raum. Wegen ihrer geringen Lebensdauer sind sie ökologisch eine Katastrophe. Fahrräder leisten das gleiche und sind gesünder.

Lebenswerte Stadtviertel statt Blechlawine

Insbesondere Kinder sind durch den Automobilverkehr in ihrem natürlichen Bewegungsdrang erheblich eingeschränkt. Verkehrsberuhigte oder autofreie Straßen in den Quartieren schaffen für Kinder und alle anderen mehr Lebensqualität. Ein Beispiel ist die Viktoriastraße im Johannesviertel: Durch Poller wird Durchgangsverkehr verhindert und kleine autofreie Bereiche geschaffen. Zum Schulbeginn morgens und zum Schulschluss nachmittags können absenkbare Poller um die Schulgebäude herum verkehrsberuhigte Zonen schaffen. Solche einfachen Maßnahmen werden „Modalfilter“ genannt. Sie können so gestaltet sein, dass Einsatzfahrzeuge (Feuerwehr, Krankenwagen) nicht behindert werden. In anderen Großstädten wie Madrid oder Barcelona werden mit ihnen autofreie „Superblocks“ bereits erfolgreich umgesetzt. Fahrradständer an Kreuzungsecken schaffen zusätzlich zu Abstellmöglichkeiten mehr Übersichtlichkeit im gefährlichen Kreuzungsbereich. DIE LINKE befürwortet eine Parkraumbewirtschaftung mit Anwohner*innen-Ausweisen, sodass Menschen die auf das Auto angewiesen sind nicht plötzlich ohne Parkplatz dastehen. Die Parkraumbewirtschaftung schafft Anreize das Auto in der Garage abzustellen, statt öffentlichen Raum zu blockieren. Außerdem wird der Parkraum geordnet, dies erleichtert das Vorgehen gegen illegale Parkpraktiken. Vor allem ermöglicht es aber eine zielgerichtete und angemessene Reduktion des Parkraumes zugunsten anderer Nutzungen.

Neben dem ÖPNV/Rad-Ausbau will DIE LINKE kostenlos leihbare Lastenräder in den Quartieren. Beispielsweise könnte die Heinerbike-Initiative deutlich stärker gefördert werden. Gerade für Menschen mit wenig Geld ist dies eine wichtige Alternative zum eigenen Lastenrad. DIE LINKE befürwortet Carsharing-Stationen an den Rändern der Quartiere und Viertel, sie stellen eine Ergänzung zum Umweltverbund da und jedes geteilte Auto kann bis zu zehn private Autos ersetzen. Carsharing-Modellen ohne feste Stationen stehen wir kritisch gegenüber, da sie zu einer Vermehrung des Automobilverkehrs führen können. Neue Quartiere sollen direkt autofrei konzipiert werden, mit entsprechender Infrastruktur für den Umweltverbund und Sharing-Angebote.

Auch die Fußgänger*innen-Zone in der Innenstadt wollen wir ausweiten. Insbesondere der Bereich zwischen Grafen- und Neckarstraße eignet sich für eine schnelle Erweiterung der Fußgänger*innen-Zone. Er ist gut erreichbar per ÖPNV. An seinen Rändern befinden sich Parkhäuser, welche die Erreichbarkeit auch für Leute die noch (!) keine gute ÖPNV-Anbindung haben garantieren. Ebenso will DIE LINKE die Schul- und die nördliche Schützenstraße in die Fußgängerzone integrieren. Um Lieferverkehr in der Fußgänger*innen-Zone zu reduzieren schlagen wir eine City-Logistik vor die von einem städtischen Eigenbetrieb durchgeführt wird. Hierbei werden Waren in einem Zwischenlager dem jeweiligen Empfänger zugeordnet und dann mit E-Transportern oder Lastenrädern zum abgeliefert.

Dieses Konzept kann auch auf Online-Bestellungen ausgeweitet werden: Um die vielen Paketanbieter zu bündeln, wäre es sinnvoll, ein oder mehrere städtische Belieferungszentren aufzubauen, von dem aus Firmen und Privathaushalte mit elektrischen Lieferfahrzeugen beliefert würden. Flankierend dazu der Aufbau von Mikrodepots in jedem Viertel. Von hier aus kann per Lastenrad weiterverteilt werden oder die Anwohner*innen können sich ihre Pakete selbst zu Fuß oder per Rad abholen. Für die verbleibenden Lieferverkehre müssen die Ladezonen ausgewiesen werden. Autostellplätze können in Parkflächen für Fahrräder umgewandelt oder für Straßenbegrünung bereitgestellt werden.

Bus und Bahn: Für alle bezahlbar

Am dringendsten braucht Darmstadt günstige Fahrpreise, vor allem auf den kurzen Strecken. Wer mit 2 Kindern per Straßenbahn von Arheilgen oder Eberstadt in die Innenstadt fahren will, zahlt für Hin- und Rückfahrt mit den entsprechenden Tageskarten 11,75 €. Das ist nicht nur für Menschen mit schmalem Geldbeutel viel zu teuer. ÖPNV muss für Alle bezahlbar werden!

Im Sommer 2018 beschloss die Stadtverordnetenversammlung endlich und auf erheblichen Druck der Linksfraktion die Einführung eines Sozialtickets. Das Sozialticket ist in seiner jetzigen Form jedoch nicht ausreichend, mehr dazu im Kapitel I – Soziales und öffentliche Beschäftigung. Abends und nachts werden Straßenbahnen und Busse nicht so stark genutzt wie tagsüber. Deshalb schlägt DIE LINKE das 1-Euro-Nachtticket ab 20 Uhr vor. Insgesamt wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv und preisgünstig machen, dass er von möglichst vielen Menschen genutzt wird. Perspektivisch will DIE LINKE den fahrscheinlosen ÖPNV (Nulltarif) erreichen. Günstige Jahrestickets wie in Wien oder eine Ausweitung der Personengruppen, die Zugang zum Hessenticket haben, könnten ein erster Schritt sein. Teilweise finanziert sich ein fahrscheinloser ÖPNV selbst, da die hohen Kosten für Kontrollen entfallen. Besucher*innen der Stadt könnten durch eine Übernachtungsabgabe an den Kosten beteiligt werden. In der Endausbaustufe wäre der ÖPNV bundesweit fahrscheinlos und es gäbe einen einheitlichen Zugang zu Leih-Fahrrädern und Carsharing.

Nachtflugverbot jetzt

DIE LINKE kämpfte von Anfang an gegen eine dritte Landebahn am Frankfurter Flughafen. Dabei geht es nicht nur um den Schutz vor dem Fluglärm, der die Menschen in den nördlichen Teilen unserer Stadt erheblich belastet. Angesichts der knapper werdenden Ressourcen und der Notwendigkeit zum Schutz des Klimas kann der Luftverkehr nicht endlos

ausgeweitet, sondern muss reduziert werden. Wir fordern ein absolutes Nachtflugverbot in der Zeit von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

DIE LINKE fordert:

- Höhere Taktung des Nahverkehrs
- Lücken im Straßenbahnnetz schließen
- Bessere Anbindung zwischen Stadt und Umland
- Ausbau des regionalen Bahnverkehrs
- Sichere Rad- und Fußwege
- Verkehrsberuhigung von Quartieren
- Ausbau von Leihangeboten für Räder, auch Lastenräder, und Autos
- Ausweitung der Fußgänger*innen-Zone in der Innenstadt
- Etablierung kommunaler City-Logistik zur Reduktion des Lieferverkehrs
- Bezahlbaren Nahverkehr, insbesondere ein echtes Sozialticket und streben perspektivisch einen Nahverkehr zum Nulltarif an.
- Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr

Gute Bildung und Raum zur Selbstverwirklichung

Die verschärfte Spaltung der Gesellschaft trifft Kinder und Jugendliche aus armen Familien besonders hart. Schon in jungen Jahren lernen sie, was es bedeutet, sozial ausgegrenzt zu sein. Diese Erfahrung prägt ein Leben lang und hinterlässt Narben.

Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe in der Gesellschaft. Doch in keinem anderen Land des globalen Nordens hängt der zukünftige Bildungs- und Lebensweg eines Kindes so stark von den Einkünften und vom Bildungsstand der Eltern ab. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich beginnt bereits in jungen Jahren und wird mittelbar von staatlicher Seite gefördert. Dies kann nur durch einen strukturellen Umbau des Bildungswesens geändert werden. Dazu müssen die Weichen auf bundes- und landespolitischer Ebene gestellt werden. Dies entbindet die Kommunalpolitik jedoch nicht von ihrer Verantwortung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, der sozialen Ungerechtigkeit auch im Bildungssystem entgegen zu wirken.

Bei unserer Politik für Kinder und Jugendliche steht die Bildung im Mittelpunkt. Wir streiten für eine flächendeckende, gebührenfreie und qualifizierte Bildung, von der Kinderkrippe bis zum Einstieg ins Berufsleben. Gemeinsames Lernen für alle bis zur 10. Klasse ist das wichtigste bildungspolitische Ziel der LINKEN. Dieses Ziel ist zwar nicht kurzfristig und nicht auf kommunaler Ebene durchzusetzen, jedoch kann die Stadt die Initiative ergreifen, durch Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen gute Voraussetzungen zum gemeinsamen Lernen zu schaffen. Öffentliche Frei(zeit)räume für Kinder und Jugendliche müssen erhalten und ausgebaut werden; gerade dort wo sozial benachteiligte Familien leben.

Alte Menschen müssen so lange wie möglich in ihren Wohnungen bleiben können. Andererseits sollen sie auch die Möglichkeit haben, in ihrem Viertel ohne finanzielle Nachteile in kleinere Wohnungen umzuziehen.

Kita und Krippe: Bildungsgerechtigkeit für alle von Anfang an

In den letzten 15 Jahren sind Ausbau und Förderung der frühkindlichen Bildung auch in Hessen in den Vordergrund gerückt. Der Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) des Landes Hessen, der 2007 erstmalig erstellt wurde, hat die Bedeutung der frühkindlichen Bildung in den Fokus genommen und eine Grundlage erstellt, um jedes Kind in seinen individuellen Lernvoraussetzungen und seinem Entwicklungsstand zu begleiten und zu fördern. Außerdem wurde die Betriebserlaubnis für den Betrieb einer sozialpädagogischen Einrichtung überarbeitet. Eine Voraussetzung zur Erteilung einer Betriebserlaubnis ist nun, dass die Einrichtungen die gesellschaftliche und sprachliche Integration der Kinder unterstützen und an einem gesundheitsförderlichen Lebensumfeld mitwirken.

Zur Umsetzung der umfassenden Anforderungen in der Praxis fehlen aber allzu oft in der Realität die entsprechenden Bedingungen. In schlechter Betreuungsschlüssel hemmt die Umsetzung der Forderungen an den Kitas. Es kann nicht sein, dass in den hessischen Kitas immer noch ein Schlüssel von 25 Kindern pro Erzieher*in verbindlich ist. In den Qualitätsstandards für Kindertagesstätten der Stadt Darmstadt wurde immerhin ein

Betreuungsschlüssel von 22 Kindern festgelegt. Aber auch unter diesen Bedingungen fehlen für eine intensive Betreuung die Ressourcen.

Insbesondere können die Benachteiligungen von Kindern, die auf Grund ihrer sozial-ökonomischen Familienverhältnisse und/oder bedingt durch einen migrantischen Hintergrund bestehen, kaum ausgeglichen werden.

Es reicht nicht, gute theoretische Konzepte zu entwickeln, wenn die realen Bedingungen dann nicht den Anforderungen entsprechen. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die Gruppengrößen weiter reduziert werden: nach wissenschaftlichen Empfehlungen sollten Krippengruppen nicht mehr als zwölf, in der Kita mehr als 18 Kinder umfassen. Um Kinder adäquat im obigen Sinne pädagogisch zu begleiten und zu unterstützen wird neben kleinen Gruppen auch gut ausgebildetes Fachpersonal benötigt.

Erzieher*innen aufwerten!

Um qualifizierte Erzieher*innen zu erhalten, muss eine fachgerechte Anleitung von Auszubildenden, Berufseinsteiger*innen und Berufsrückkehrer*innen gewährleistet werden. DIE LINKE hat im Landtag einen Gesetzesentwurf zur Verankerung von Praxisanleitung im hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch vorgelegt. Der leider abgelehnte Vorstoß beinhaltet sowohl ein Zeitkontingent von zwei bis vier Wochenstunden für die Anleitung selbst, als auch eine verbindliche Qualifizierung und regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für Anleitungen. Wir fordern, dass Darmstadt das Zeitkontingent und die Qualifizierungsvorgaben auch ohne gesetzliche Grundlage einführt.

Die Gehälter müssen den gestiegenen Anforderungen des Berufes angepasst werden. Dies hilft auch in den nächsten Jahren mehr Fachkräfte zu gewinnen. DIE LINKE fordert deshalb von der Stadt Darmstadt, die Eingruppierung von Erzieher*innen von Entgeltgruppe S8a auf S8b im Rahmen des TVöD anzuheben. Nicht nur die reiche Stadt Frankfurt, sondern auch Rüsselsheim und zuletzt auch Hanau haben gezeigt, dass dies möglich ist.

Mit Nachdruck lehnen wir das neue Gesetz des Landes Hessen ab, das komplett fachfremdes Personal mit gerade einmal 160 Stunden Qualifizierung dem dreijährig ausgebildeten Personal gleichstellt und mit bis zu 15% auf den Personalschlüssel anrechnet. Dies wird weitere Fachkräfte aus dem Beruf treiben. Die Stadt Darmstadt darf kein fachfremdes Personal einstellen.

Der Versorgungsgrad in der Kindertagesbetreuung in Darmstadt muss weiter ausgebaut werden. Besonders im U3-Bereich nimmt die Nachfrage nach Plätzen in Darmstadt stetig zu, denn immer mehr Mütter wollen schon nach dem ersten Lebensjahr ihres Kindes wieder in ihren Beruf zurück. Gerade Alleinerziehende haben hierbei auch gar keine andere Wahl, denn sie müssen ihre materielle Existenz sichern – davon betroffen sind vor allem Frauen. Alle Eltern müssen außerdem die Möglichkeit haben, für ihre Kinder einen wohnortnahen Platz in einer Kinderkrippe und einer Kita zu bekommen. DIE LINKE fordert einen dem Bedarf angepassten Versorgungsgrad in allen Stadtteilen und Altersstufen.

Betreuungsplätze für Alle und kostenlos

Der Besuch von Kinderkrippen und Kitas muss vollständig gebührenfrei sein, um den Zugang für alle Kinder zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, sind wie in Rheinland-Pfalz landesgesetzliche Regelungen und Zuschüsse des Landes erforderlich. Dies ist gerechtfertigt, weil die Einrichtungen verstärkt Aufgaben der frühkindlichen Bildung übernehmen und Bildung zu den Aufgaben des Landes zählt. Als ersten Schritt zur Gebührenfreiheit für Alle fordern wir diese für die Kinder einkommensschwächerer Familien.

Bezüglich der Krippen und Kitas macht sich DIE LINKE stark für:

- kleinere Gruppen in den frühkindlichen Einrichtungen
- tarifliche Aufwertung für Erzieher*innen
- Erhaltung des Fachkräftestandards
- weiterer Ausbau der U3-Krippenplätze
- kostenfreies Kita-Essen für alle Kinder
- bedarfsgerechte Verteilung des Betreuungsangebots für Kinder bis sechs Jahren in den verschiedenen Stadtteilen

Länger gemeinsam lernen und Ganztagsangebot ausbauen

Die Herstellung gleicher Entwicklungsvoraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder steht im Zentrum linker Schulpolitik. Schüler*innen müssen in ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden. Hierfür braucht es engagierte Lehrer*innen. Ohne ein Schulsystem, welches dieses Engagement fördert, sind die Bemühungen von Lehrer*innen und Schulleitungen vergebens. Chancengleichheit wird am besten in integrierten Gesamtschulen umgesetzt. In diesen ist längeres gemeinsames Lernen zum Vorteil aller Schüler*innen möglich. DIE LINKE tritt daher für eine Stärkung dieser Schulform in Darmstadt ein.

Im Bereich der Berufsschulen ist eine verstärkte Privatisierungstendenz festzustellen: von den zwölf beruflichen Schulen in Darmstadt sind nur sieben in öffentlicher Hand. Die Landesregierung hat diese Tendenz z.B. dadurch unterstützt, dass zunächst die Einrichtung eines Fachgebiets Gesundheit an der staatlichen Heinrich-Emanuel-Merck-Schule verweigert wurde, dann aber einen ähnlichen Ausbildungsgang an der Pädagogischen Akademie Elisabethenstift genehmigt und mitfinanziert wurde. DIE LINKE wendet sich entschieden gegen die Privatisierung der beruflichen Schulen.

Kommunale Schulpolitik muss sicherstellen, dass die Schüler*innen in der Stadt und im Landkreis jede mögliche Schulform durch die Nutzung des ÖPNV in angemessenen Fahrtzeiten erreichen können. Eine aktive Profilentwicklung der Gesamtschulen ist wichtig, um eine attraktive Alternative zu den Gymnasien schaffen. Das Ziel ist es, allen Schüler*innen jeden Abschluss ohne Umwege zu ermöglichen.

Im neuen Schulentwicklungsplan (2020) wird sich bei der Betreuung der Grundschul Kinder auf den Ausbau des bestehenden „Pakts für den Nachmittag“ (PfdN) bezogen und als langfristiges Ziel die Ganztagschule für die Grundschulen formuliert. Der Plan enthält jedoch keine langfristige und konkrete Planung für Ganztagschulen. Die Umsetzung des

Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschüler*innen ab 2025 benötigt aber jetzt schon konkrete Planungen sowohl auf der organisatorischen als auf der inhaltlichen Ebene. Dazu müssten die bestehenden unterschiedlichen Betreuungsformen (Horte, PfdN) analysiert werden, mit dem Ziel, sie in den Ausbau der Ganztagschulen zu integrieren. Es gibt viele interessante Modelle von ganztägig rhythmisierten Ganztagschulen. In Darmstadt muss diesbezüglich eine öffentliche Debatte geführt werden.

Moderne Schulen und demokratische Bildung

Die Stadt muss durch bessere Ausstattung der Schulen ihren Teil dazu beitragen, dass aus Lehranstalten Lebens- und Gestaltungsräume werden. Mitunter sind sogar die Schultoiletten in einem skandalösen Zustand. Es ist nicht akzeptabel, wenn deren Sanierung über Jahre hinausgeschoben wird. Die dringend notwendige Erweiterung der Informations- und Medientechnik an allen Schulen muss nicht nur den heutigen Bedarf abdecken, sondern auch Unterrichtskonzepte der Zukunft unterstützen. DIE LINKE will, dass inklusive Bildung in Darmstadt überall möglich ist. Schritt für Schritt sollen an allen Regelschulen die materiellen, technischen und personellen Voraussetzungen für ein gemeinsames Lernen aller Kinder geschaffen werden.

Die demokratische Teilhabe der Schüler*innen hat ebenfalls materielle Voraussetzungen: Selbstverwaltete Räume um eine unabhängige Arbeit der Schüler*innen-Vertretungen zu garantieren.

Zurzeit wird die Infrastruktur der Darmstädter Berufsschulen gründlich umgestaltet. Fachabteilungen werden zusammengelegt, neue Gebäudeteile entstehen. Seit der ersten Planung sind jedoch Ereignisse eingetreten, die das Bewusstsein der Menschen für die Daseinsvorsorge gründlich verändert haben. Gesundheitskrise erfordert auch einen erhöhten Fokus auf hygienische Maßnahmen.

Die Digitalisierung darf nicht zur Bildungsbarriere für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten werden. DIE LINKE fordert Lernmittelfreiheit auch für die digitale Ausstattung. Entsprechende Endgeräte sind allen Schüler*innen bei Bedarf kostenlos zur Verfügung zu stellen. Außerdem braucht es in jeder Schule technischen Support. Für größere Schulen bedarf es mindestens einer Fachkraft pro 60 Lehrkräfte, sowie Fortbildung für die Entwicklung pädagogischer Konzepte und für den Gebrauch der Endgeräte.

Eine umfassende Bildung muss auch ökologische Aspekte berücksichtigen. Eine Möglichkeit hierfür bieten Schulgärten: Gemeinsam und solidarisch können hier Kinder und Erwachsene lernen, wie das mit eigenen Händen Gesäte geerntet und verarbeitet werden kann. Dies kann sowohl auf großen hierfür bereitgestellten Flächen geschehen als auch in kleinen, dezentral verteilten Hochbeeten oder ähnlichen Pflanzmöglichkeiten. So zeigt sich der Wert von Gemeingütern und die Arbeit an ihnen ganz praktisch.

Lehr- und Informationsveranstaltungen der Bundeswehr dienen nicht der politischen Bildung, sondern erfüllen den Zweck einer indirekten Nachwuchswerbung und Legitimation von Kriegseinsätzen. Die hessische Verfassung ächtet in Artikel 69 den Krieg. Daher protestiert DIE LINKE gegen „Bundeswehreinmärsche“ an Darmstädter Schulen.

Im Bereich der Schulpolitik fordert DIE LINKE:

- Stärkung der integrierten Gesamtschulen in Darmstadt.
- Besondere strukturelle Förderung von Grund-, Gesamt- und Berufsschulen. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bezüglich der Inklusion an Darmstädter Schulen.
- bedarfsgerechter Ausbau der Nachmittags- und Ganztagsangebote an Darmstädter Schulen in echten Ganztagsunterricht.
- Lernmittelfreiheit auch für digitale Endgeräte.
- Bundeswehr raus aus unseren Schulen!

Die Stadt als Vorbild für den Berufseinstieg

Eine gute Ausbildung für junge Menschen ist die Voraussetzung für ein Leben in Würde und für Teilhabe am öffentlichen Leben. Noch immer verbleiben im Stadtgebiet Darmstadt und im umliegenden Kreis Darmstadt-Dieburg jedes Jahr hunderte von Jugendlichen ohne Berufsausbildung – und das trotz des viel propagierten Fachkräftemangels. Die Krise im Jahr 2020 hat diese Situation noch bedrohlich verschärft, da immer weniger Firmen ausbilden. Nur mit einer Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze haben Jugendliche die Möglichkeit einen Beruf zu wählen, der ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht.

DIE LINKE fordert für die Berufsausbildung junger Menschen:

- Vergabe öffentlicher Aufträge mit Priorität an Unternehmen, die ausbilden.
- Initiative der Stadt für ein Wohnheim für Auszubildende ähnlich den Wohnheimen für Studierende.
- verstärkte Förderung der überbetrieblichen Ausbildung in Form von Vollzeitausbildung und nach dem Modell der Produktionsschulen.
- Erhöhung der städtischen Ausbildungsquote auf sieben Prozent.
- Übernahme der städtischen Auszubildenden nach ihrem Abschluss.
- Grundrecht auf Ausbildung!

Öffentlicher Raum für Freizeitgestaltung und Engagement

Kinder und Jugendliche brauchen neben guter Bildung auch offene, nicht-kommerzielle Freizeitmöglichkeiten und demokratische Teilhabe an der Gesellschaft. Ihre Interessen müssen bei den Planungen und Projekten der Stadt berücksichtigt werden. Darmstadt darf nicht nur als Wissenschaftsstadt auf Platz 1 der Zukunftsstädte in Deutschland stehen, sondern muss für alle Schichten, für jede Herkunft und für jedes Alter Perspektiven bieten und die Möglichkeit zur Mitgestaltung schaffen.

Ein Beispiel für demokratische Teilhabe von Jugendlichen ist der Stadtschüler*innen-Rat in Darmstadt und der Stadtjugendring, der die Interessen von Jugendgruppen und -verbänden bündelt und formuliert. Diese beiden Einrichtungen vertreten als wichtiges Sprachrohr die Interessen der Jugend. Sie müssen bei jugendpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Eine angemessene finanzielle und räumliche Ausstattung ist zu gewährleisten, die Kommunikation mit den Behörden und den städtischen Gremien muss auf gleicher Augenhöhe erfolgen.

Kürzungen bei Kinder- und Jugendeinrichtungen sind für uns tabu. Es braucht eine kontinuierliche Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit, damit umfangreiche und reflektierte Bildung und Freizeitgestaltung ermöglicht werden kann. Antifaschistische, antirassistische und feministische Aufklärung muss bereits im Kindes- und Jugendalter beginnen. Ein Bewusstsein für das Wahrnehmen der eigenen Person in dem sozialen Gefüge einer Gesellschaft kann nur entstehen, wenn Kinder und Jugendliche erfahren, was es heißt, Teil einer vielfältigen Gemeinschaft zu sein.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt ist seit vielen Jahren durch eine überwiegend prekäre Personalausstattung sowie die Schließung und Zusammenlegung von Einrichtungen gekennzeichnet. Sie muss sich an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und ihren Bedürfnissen im Gemeinwesen ausrichten. Wir kritisieren den Ansatz der Sozialraumorientierung, der im Wesentlichen auf einer statistischen Verteilung beruht. Dabei sind Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ebenso sicherzustellen wie eine migrationssensible und geschlechtergerechte Jugendarbeit durch hauptamtliche Fachkräfte. Die Pädagog*innen sind Beistand und unterstützen in belastenden sozialen Situationen und Notlagen.

Wichtig ist zukünftig die verstärkte Qualifizierung der Mitarbeitenden zum Ausbau einer qualitativ hochwertigen digitalen Jugendarbeit. Diese muss finanziell ebenso abgesichert werden wie die dazu erforderliche umfassende Ausstattung mit Hard- und Software.

Kultur- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind weitere Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge. Das heißt auch, Kindern und Jugendlichen einen gebührenfreien Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen der Stadt wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen zu ermöglichen. DIE LINKE tritt daher in Darmstadt für eine nachhaltige finanzielle Absicherung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ein sowie für Jugendsozialarbeit und ein finanzielles Zusatzprogramm, um die weggefallenden Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit (wie z.B. die des Max-Rieger-Heims) in Stadtteilen wie dem Martinsviertel und Eberstadt-Süd wieder neu aufbauen zu können.

Für eine gesunde Entwicklung müssen Kinder und Heranwachsende ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben können. Dies dient nicht nur ihrer gesunden körperlichen, sondern darüber hinaus auch ihrer geistigen, emotionalen und sozialen Entwicklung. Zu viel Konsum, unausgewogene Ernährung, psychischer und sozialer Stress haben zur Folge, dass zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen sich zu wenig bewegen.

Jugendliche finden zu wenige altersgerechte Freizeitangebote im öffentlichen Raum. Die Stadt muss mehr Angebote für alle Gruppen von Jugendlichen bereitstellen und sich um diese jungen Menschen in der schwierigen Phase des Heranwachsens kümmern. Es braucht Spiel- und Bewegungsräume, in denen Jugendliche spontan ihr Bewegungs- und Aktionsbedürfnis ausleben können. Dazu können öffentliche Sportparks errichtet werden und Räume geschaffen werden, in denen Jugendliche unabhängig von städtischen Einrichtungen oder Vereinen sich nach ihren Vorstellungen selbst entwickeln, gestalten und bauen können. Nur wer autonom lernt eigene Ideen und Projekte umzusetzen, entwickelt ein Selbstbewusstsein für die eigenen Stärken und Schwächen und diese bei sich und anderen zu akzeptieren.

Auch Erwachsene und Senior*innen brauchen Begegnungsstätten, um ihre Freizeit zu verbringen. Daran mangelt es in vielen Stadtteilen. So gibt es in Eberstadt Süd keinen Raum für Feste und andere größere kulturelle Veranstaltungen. Es gibt kaum noch Möglichkeiten zur Teilnahme an Politik, Gesellschaft und Kultur, und besonders Senior*innen werden immer mehr in die Isolation der eigenen Wohnung gedrängt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Kommunikation mit und Einbeziehung des Stadtschüler*innenrats und des Stadtjugendrings bei jugendpolitischen Entscheidungen.
- Sicherstellung von kontinuierlichen Fördermitteln für Kinder- und Jugend-einrichtungen.
- Einrichtung öffentlicher Sportparks für ältere Jugendliche.
- Autonome Projekt- und Freizeitgestaltungsräume für Jugendliche.
- breitere und attraktivere Ferienangebote an Volkshochschulen (u.a. Ferienakademie, Lesekreise, Informatik-, Medien-, Feuerwehr-, Erste Hilfe- oder Fremdsprachen-Kurse, auch zum interkulturelle Austausch).
- mehr dezentrale Begegnungsstätten für alle Schichten und jedes Alter.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter

Die Altersarmut nimmt auch in Hessen und in Darmstadt in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede zweite Rente in Deutschland liegt unter 900 Euro netto, besonders betroffen sind Frauen. Deutschland ist unter den entwickelten Industriestaaten Schlusslicht bei der Alterssicherung von Geringverdienenden. Daher fordern wir auf Bundesebene eine armutsfeste Mindestrente. Bis diese durchgesetzt ist, will DIE LINKE auf kommunaler Ebene alle Mittel nutzen, um Senior*innen ein gutes Leben zu ermöglichen (siehe Kap. 1, Abschnitt "Gut Leben im Alter").

Zwar werden wir durch den medizinischen Fortschritt immer älter, doch andererseits führt Armut zu einer geringeren Lebenserwartung. Armut macht krank, denn es ist vom Geldbeutel abhängig, wie Menschen ihr letztes Lebensdrittel verbringen. Menschen mit ausreichendem Einkommen können oft gesund und aktiv bis ins hohe Alter am Leben teilhaben. Arme Menschen leben dagegen oft zurückgezogen, krank und einsam. DIE LINKE steht für ein gutes Leben im Alter für alle. Deshalb fordern wir, dass alle Assistenzleistungen für ältere Menschen bezahlbar sind. Notfalls muss die Stadt Darmstadt dies durch Zuschüsse gewährleisten.

Es kommt darauf an, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Menschen auch im Alter an gesellschaftlichen Aktivitäten, an Kultur, Bildung und Sport teilnehmen können: Die Stadt braucht alters- und behindertengerechten Wohnraum, ein angepasstes Wohnumfeld und Stadtviertel, die die Teilhabe aller Menschen ermöglichen. Das gelingt vor allem dann, wenn die Betroffenen ihr Umfeld selbst gestalten und aktiv an Politik und Gesellschaft teilnehmen können.

Die Angebote der offenen Senior*innen-Arbeit sind interkulturell zu öffnen und den wechselnden Bedarfen in der Stadtgesellschaft anzupassen. Dafür muss sie dauerhaft auskömmlich finanziert sein und nicht Spielball von Haushaltskonsolidierungswünschen und

Verfügungsmasse von Kürzungen werden. DIE LINKE unterstützt die Vertreter*innen älterer Menschen, denn damit die Interessen älterer Menschen besser als bisher in Politik und Gesellschaft wahrgenommen und vertreten werden, sollen Senior*innen mehr Mitwirkungs-, Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten bekommen. Die Senior*innenvertretung soll in wichtigen Angelegenheiten nicht nur ein Anhörungs-, sondern auch ein Mitwirkungsrecht bekommen.

Viele Senior*innen leiden unter Einsamkeit. In einigen Kommunen gibt es deshalb Senior*innennetzwerke, über die sich ältere Menschen treffen und gemeinsam Unternehmungen machen. Wir regen ein Senior*innentelefon an, an das sich einsame Menschen wenden können, wenn andere Netzwerke fehlen.

DIE LINKE fordert für die Senior*innen:

- Alters- und behindertengerechte Verkehrsplanung: eine Stadt der kurzen Wege, fußläufig erreichbare Lebensmittelmärkte, Barrierefreiheit für alle Fußwege, barrierefreie Bushaltestellen und Bahnhöfe und mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum
- Schaffung von alters- und behindertengerechtem Wohnraum, Förderung von Wohnprojekten, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern, insbesondere auch für Menschen mit geringen Renten und Bezieh*innen von Grundsicherung
- Ortsnahe Betreuung und Pflege im Alter, flächendeckend und bedarfsgerecht
- Förderung von Sozial- und Verbraucherberatung, bei eingeschränkter Mobilität auch zu Hause
- Behindertengerechte Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit Angeboten speziell auch für ältere Menschen
- Flächendeckendes Angebot von Hausärzten, bei eingeschränkter Mobilität Hausbesuche durchzuführen
- Unbürokratische städtische Hilfe beim altersgerechten Umbau von Wohnungen
- Keine Privatisierung von Betreuungseinrichtungen

Breitensport fördern

Sport stärkt das individuelle Selbstvertrauen und macht die eigenen Fähigkeiten bewusst. Er überwindet Barrieren, fördert Integration und wirkt Gewaltbereitschaft, Rassismus und Sexismus entgegen. Er erfüllt sowohl eine gesundheitliche als auch soziale Funktion für menschliches Zusammenleben.

Entsprechend dem Zeitgeist suchen viele Menschen den Rahmen für ihre sportliche Betätigung außerhalb von Vereinen in Fitnesszentren, selbstorganisierten Gruppen oder ganz auf eigene Faust. Doch dies ist nicht für jede und jeden möglich, und bedeutet oft einen Verzicht auf fachkundige Betreuung oder soziale Interaktion. Der im Verein organisierte Breitensport ist wichtig, um qualifizierte Angebote zu gewährleisten, die durch Inanspruchnahme öffentlicher Förderung kostengünstig sind, allen offen stehen und demokratisch verfasst sind.

Zunehmender Nachmittagsunterricht an Schulen lässt die verfügbaren Zeiten vieler Jugendlicher für Sport schrumpfen. Gerade deswegen ist eine bessere Verzahnung von Unterricht und Freizeit notwendig. Wer Zeit für Sport hat, lernt auch besser. Junge Menschen brauchen den körperlichen Ausgleich. Ganztagsunterricht muss so gestaltet werden, dass Jugendliche immer noch die Möglichkeiten haben, ihre (sportliche) Freizeit so zu gestalten, dass diese auch zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen kann. Schüler*innen dürfen nicht mit Burn-Out in Studium oder Ausbildung starten.

Darmstadt hat eine vielfältige Landschaft mit circa 100 Sportvereinen und Angeboten. Überdurchschnittlich viele von ihnen betreiben eigene Sportstätten, die sie mit öffentlicher Unterstützung unterhalten. Um die Unterhaltung von Sportstätten und Sportangeboten nicht nur fortzuführen, sondern auch auszubauen und zu verbreitern, bedarf es einer kontinuierlichen Förderung von Vereinen und Organisationen. Sport hat in Hessen Verfassungsrang. Deshalb ist es höchst fragwürdig, dass die Zuschüsse für die Vereine als freiwillige Leistungen eingestuft werden und in den letzten Jahren durchgehend der Haushaltssperre unterliegen. Die Unterstützung der Sportvereine muss eine Pflichtleistung der Kommunen werden.

Breiten- und Leistungssport bedingen einander: Der Leistungssport und seine öffentliche Resonanz bewirken eine Motivation für den Breitensport, der Breitensport ist die unverzichtbare Basis für den Leistungssport. Deshalb müssen beide Bereiche aufeinander abgestimmt und ausreichend gefördert werden. Zusätzlicher Förderbedarf im Leistungssport darf nicht aus den Mitteln des Breitensportes befriedigt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Modernisierung und Renovierung von Sportstätten. Dabei ist auch auf die barrierefreie Gestaltung zu achten
- Die Förderung der Sportvereine muss Pflichtaufgabe der Kommune werden
- Keine Förderung des Leistungssports auf Kosten des Breitensports

Für eine bunte Gesellschaft – klare Kante gegen Diskriminierung

Hass grenzt aus – Grenzen töten!

Antisemitismus tötet! 9. Oktober 2019: Ein rechtsextremistischer Terroranschlag am jüdischen Feiertag Jom Kippur scheitert an der Tür einer Synagoge in Halle und fordert dennoch zwei Menschenleben. Die Synagoge war polizeilich nicht geschützt.

Rassismus tötet! 19. Februar 2020: Ein rechtsextremistischer Terroranschlag auf zwei Shisha-Bars in Hanau fordert neun Menschenleben. Ihre Namen waren

Fatih Saraçoğlu
Gökhan Gültekin
Said Nessar el Hashemi
Kayolan Velkov
Mercedes Kierpacz
Vili Viorel Păun
Sedat Gürbüz
Hamza Kurtović
Ferhat Unvar

Das waren keine Einzelfälle. Anschläge und Angriffe auf migrantisch markierte Menschen an migrantisch konnotierten Orten weisen eine lange und erschreckende Kontinuität hierzulande auf. Die Pogrome in Hoyerswerda und Lichtenhagen, die Brandanschläge von Mölln und Solingen, die NSU-Morde und die jüngsten Anschläge von Halle und Hanau sind durch rassistischen und antisemitischen Hass ideologisch verbunden.

Rassistischer Hass existiert auch in Darmstadt. Beispielsweise werden die Plakate und Aufkleber zum Gedenken an die Opfer von Hanau im gesamten Darmstädter Stadtgebiet immer wieder systematisch beschädigt und übermalt.

Darmstadt liegt am Mittelmeer

Immer mehr Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und wirtschaftlichem Elend – an dem nicht selten die Politik der reichen Länder des Westens beteiligt ist. Hass und Aggressivität gegenüber Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten müssen, haben in Teilen der Bevölkerung erschreckende Ausmaße angenommen. Angriffe auf Unterkünfte von geflüchteten Menschen sind alltäglich geworden. Doch es gibt auch sehr viele Menschen, die aufstehen gegen diesen Hass und sich den geistigen und tatsächlichen Brandstiftern entgegen stellen. Sie engagieren sich, indem sie Kontakt mit geflüchteten Menschen aufnehmen und sie im schwierigen Alltag unterstützen. Solche Aktivitäten unterstützen die Mitglieder der LINKEN auf der Straße und in den Parlamenten.

Die zentrale Unterbringung macht lokale Kampagnen gegen und organisierte Angriffe auf geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte erst möglich. Dezentrale Unterbringung erleichtert die Kontaktaufnahme der Menschen mit der Nachbarschaft und bietet

Rassist*innen weniger Angriffspunkte. Geflüchtete Menschen benötigen soziale, medizinische und psychologische Betreuung, sie benötigen Wohnraum mit genügend privaten Bereichen und ihre Kinder müssen rasch die Schule besuchen können. Der gesetzlich mögliche Ersatz von Geldleistungen durch Sachleistungen dient der Abschreckung und wird den Bedürfnissen der geflüchteten Menschen in keiner Weise gerecht.

Die Politik gegen flüchtende Menschen an der EU-Außengrenze ist menschenverachtend und unerträglich. Die Lager auf den griechischen Inseln sind inzwischen unbewohnbar und potentielle Corona-HotSpots. Die Zusammenarbeit der EU mit der sogenannten libyschen Küstenwache führt in Libyen zu wiederholten Menschenrechtsverbrechen. Als Bürger*innen der EU können wir diese Situation nicht hinnehmen.

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Auflösung der Lager auf den griechischen Inseln und die Aufnahme der Geflüchteten in den Kommunen und Städten, die sich dazu bereit erklärt haben, DIE LINKE fordert die sofortige Beendigung der Unterstützung der libyschen "Küstenwache".

Geflüchtete Menschen müssen die gleichen Bedingungen und Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben erhalten, wie dies DIE LINKE für alle Mitglieder unserer Gesellschaft fordert. Auch wenn vieles über ehrenamtliches Engagement abgedeckt wird, darf dies kein Ersatz für eine öffentliche Aufgabe sein. Das städtische Amt für Soziales und Prävention muss personell ausreichend aufgestellt sein, um auch den zusätzlichen Bedarf Geflüchteter gerecht zu werden.

Jede Abschiebung zerreißt Freundschaften und vertreibt Menschen aus ihrer neuen Heimat, während in den sogenannten Herkunftsländern oft Verfolgung, Folter oder Krieg drohen. DIE LINKE streitet für eine dauerhafte Schließung aller Abschiebegefngnisse, in denen Menschen eingesperrt werden, denen keine Verbrechen zu Last gelegt werden, die weder angeklagt noch verurteilt wurden. Der Abschiebeknast an der JVA Eberstadt muss geschlossen werden und endgültig geschlossen bleiben!

Rechte Netze in Polizei und Behörden zerschlagen

Nationalismus tötet! In Polizei und Sicherheitsbehörden existieren rechtsextreme Terrornetzwerke. Die Frankfurter Anwältin Seda Baay-Yildiz, die Kabarettistin Idil Baydar, sowie DIE LINKE-Politikerinnen Janine Wissler, Martina Renner und Anne Helm erhielten Drohschreiben gegen ihr Leben, unterzeichnet mit »NSU 2.0«. Die personenbezogenen Informationen waren von Polizeicomputern in Frankfurt a. M. und Wiesbaden abgefragt worden.

Die hessische Polizei und die hessische Landesregierung haben massiv an Vertrauen eingebüßt. Aufklärung muss mehr sein als scheinweises Zugeben von bereits bekannten Fakten.

Wir akzeptieren nicht, dass aus Polizei, Bundeswehr und dem angeblichen Verfassungsschutz rechtsextremen Gewalt- und Mordtaten Schützenhilfe geleistet wird.

Die hessische Polizei und die hessische Landesregierung müssen ernsthaft aktiv werden, um rechtsextremistische Netzwerke in ihren Reihen und im Staatsapparat ausfindig zu machen und zu beseitigen. Rechtsextreme Gruppen müssen entwaffnet und offene Haftbefehle

gegen rechtsextreme Täter*innen vollstreckt werden. Das Land Hessen muss sich weiterhin für eine Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene einsetzen und auf kommunaler Ebene muss das Waffenrechts konsequent vom Bürger- und Ordnungsamt umgesetzt werden.

Aber auch in Darmstadt zeigten Polizist*innen mitunter wenig Engagement gegen rechts. Dem öffentlichen Zeigen des Hitler-Grußes, in Darmstadt mehrfach geschehen, wurde bei einer „Querdenken“-Demo erst auf deutlichen Nachdruck von Passant*innen nachgegangen.

Aufgabe der Polizei muss der Schutz aller Menschen sein, egal welche Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Ethnie, Religion, sexuelle Orientierung, körperliche oder geistige Einschränkung sie haben. Daher braucht es polizeilichen Schutz für Orte wie Moscheen und Synagogen, für die eine erhöhte Gefahr besteht, Ziel von Gewalttaten zu werden, falls die Menschen, die diese Orte nutzen, sich das wünschen.

„Racial Profiling“ findet auch in Darmstadt statt. Hierbei geht es um strukturellen Rassismus, der auch von Seiten der Staatsgewalt ausgeübt wird. Offensichtlich gibt es Alltagspraktiken bei der Polizei, die migrantisch markierte Menschen diskriminieren und frustrieren. Auch in Darmstadt machen Menschen solche Erfahrungen, etwa bei Großeinsätzen der Polizei auf öffentlichen Plätzen. Im September 2020 wurden gezielt in mehreren Shisha-Bars Razzien durchgeführt, weil dort öfters schon Verstöße festgestellt wurden. Das Ergebnis: einige Ordnungswidrigkeiten und mehrere Pakete unversteuerter Tabak. Anstatt mit Generalverdachts-Debatten jede Kritik an solchen inakzeptablen Praktiken zurückzuweisen, muss den Betroffenen endlich ernsthaft zugehört und Empathie gezeigt ihren Empfindungen werden gegenüber.

DIE LINKE fordert die unabhängige Kontrolle von polizeilichen Einsätzen, sei es vor Ort durch das Engagement von Passant*innen, durch den kritischen Blick der Stadtverordneten oder durch eine unabhängige Ombudsstelle für Polizeiangelegenheiten auf Landesebene. Eine Polizeiuniform darf nicht vor Kritik und Konsequenzen bei Fehlverhalten schützen.

Klare Kante gegen Rechts – im Parlament wie auf der Straße

Durch konservative Rhetorik und wirtschaftsliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte wurde der Weg für den Aufstieg der AfD bereitet. Die AfD als parlamentarischer Arm der Rechten bedient rassistische Hetze und faschistisches Gedankengut, auch wenn sie sich von Einzelpersonen lossagt.

DIE LINKE stellt sich ganz klar jeder Form von Rassismus, Nationalismus und Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus und anderen Formen der Diskriminierung entgegen und bekämpft diese, wo immer sie in Wort oder Tat geäußert werden.

In der Stadtverordnetenversammlung wird es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben!

Immer wieder werden in Darmstadt progressive und linke Demonstrationen und Kundgebungen durch sexistischen und rassistischen Hass und Anfeindungen gestört. Dieses Potential zur verbalen und physischen Aggression ist Resultat der Politik der AfD und wird von ihr bestärkt. Wo immer sich rechte Aggression Bahnen brechen will, wird DIE LINKE für die Betroffenen eintreten.

Erinnern heißt kämpfen!

Wichtiger Teil antifaschistischer Aufklärung ist auch die Beschäftigung mit der Geschichte. In mehreren Anfragen, Initiativen und Anträgen an die Stadtverordnetenversammlung hat unsere Fraktion die Rolle des ehemaligen Reichskanzlers Paul von Hindenburg als Wegbereiter Hitlers zur Sprache gebracht. Nach der dadurch ausgelösten öffentlichen Debatte wurde im Herbst 2005 beschlossen, die Hindenburgstraße umzubenennen. Doch dieser Beschluss wurde nach einer Befragung der Bewohner*innen dieser Straße nicht umgesetzt. 2013 bildete sich eine breite gesellschaftliche Initiative, um die Umbenennung wieder auf die Tagesordnung der Stadt zu setzen. 2019 wurde dann endlich beschlossen, unter anderem die Hindenburgstraße endlich umzubenennen – seitdem ist wieder Stillstand eingeleitet. DIE LINKE bleibt dran – denn ein Militarist und Steigbügelhalter der Faschisten hat es nicht verdient, durch die Benennung einer Straße geehrt zu werden.

Die Stadt Darmstadt hat etwa 70 Ehrengräber auf ihren Friedhöfen. Die Ausweisung als Ehrengrab erfolgt auf Grund der Anerkennung der Verdienste der Verstorbenen. Ein Historiker hatte im Auftrag der Stadt diese Ehrengräber erforscht und ist auf Erstaunliches gestoßen: In einigen Fällen wurde auch so manch braune Vergangenheit mit beerdigt. Die Linksfraktion und zuvor die PDS/DKP-Fraktion bemühten sich daraufhin 12 Jahre lang mit Anträgen, Anfragen und öffentlichen Initiativen um eine Neubewertung der Gräber. 2015 legte der eigens dafür eingesetzte Fachbeirat endlich eine Dokumentation vor, die in sieben Fällen die Streichung von der Ehrenliste vorschlägt. Dies ist ein politischer Erfolg unserer Fraktion und aller Antifaschist*innen, die sich für die Neubewertung eingesetzt haben. Darüber hinaus will DIE LINKE, dass für künftige Ehrungen Regelungen in die Friedhofssatzung aufgenommen werden, die die Zuerkennung von Ehrengräbern transparent gestalten und an das Votum der Stadtverordnetenversammlung binden.

Doch Erinnerungsarbeit endet nicht bei Ehrungen. Wie mit der Vergangenheit umgegangen wird, zeigt sich auch in dem, was nicht gesagt wird.

Über die „Ruhestätte einer unbekanntenen Anzahl von ‚Fremdarbeitern‘ und ‚Fremdarbeiterinnen‘, die sich während des Krieges 1939-1945 im Raume Darmstadt aufhielten“ spricht niemand, während an die Opfer der Brandnacht vom September 1944 prominent auf Stadtwebseiten, Gedenktafeln und jährlichen Gedenkveranstaltungen erinnert wird. Die Gräberfelder auf dem Waldfriedhof liegen fast nebeneinander. Gerade weil die sogenannten Fremdarbeiter*innen keine Darmstädter*innen waren, darf uns ihr Leiden und Sterben nicht egal sein.

DIE LINKE streitet dafür, das Vertuschen von NS-Verstrickungen ebenso wie das Verschweigen der Opfer klar und öffentlich zu benennen und aus der Vergangenheit zu lernen.

Die Corona-Pandemie macht rechtes Gedankengut sichtbarer denn je

Die sogenannten »Hygiene-Demos« boten nie eine Lösung auf die Situation der Corona-Pandemie. Wir lassen uns von Querfrontler*innen nicht provozieren. DIE LINKE demonstriert niemals zusammen mit Neo-Nazis, Nationalist*innen, völkischen Rassist*innen, Reichsbürger*innen, Faschist*innen und Rechtsterrorist*innen, Verschwörungsideolog*innen und Antisemit*innen, braunen Esoteriker*innen,

Impfgegner*innen, Corona-Leugner*innen und Eugeniker*innen oder religiösen Fundamentalist*innen.

Kritik an den Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung ist gerechtfertigt, doch sie muss die wirklichen Machtverhältnisse treffen. Die Forderung nach einer sofortigen Rückkehr zur Normalität spiegelt allein die Interessen des Kapitals wider, für das Gesundheit und das Wohlbefinden der Vielen kaum eine Rolle spielt.

Sprüche nach Art der Pegida, Anfeindungen gegen andere politische Positionen und undeutliche, antisemitische Ablehnung von Eliten bis zur Forderung nach einer „schnellen Lösung“ oder „Entsorgung“, zeigen klarer denn je, dass beim gesellschaftlichen Rechtsruck nicht nur Stiefel-Nazis mitmarschieren!

Die Pflicht zum Tragen einer Maske zum Infektionsschutz verletzt kein Grundrecht, rassistische und rechtsextreme Hetze und Morde jedoch schon!

DIE LINKE streitet für einen solidarischen und gesamtgesellschaftlichen Umgang mit der Pandemie, der keine Menschen als Sündenböcke darstellt und weder einsperrt noch ausschließt. Wir kämpfen für eine plurale, vielfältige und bunte Gesellschaft, in der kein Mensch, egal welche Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Ethnie, Religion, sexuelle Orientierung, körperliche oder geistige Einschränkung seinen*ihren Platz hat, mit seinen*ihren Bedürfnissen und Wünschen wahrgenommen und ernstgenommen wird und sich vor niemandem dafür rechtfertigen muss, wie das eigene Leben bestritten oder gestaltet wird.

DIE LINKE fordert:

- Kontrolle von polizeilichen Einsätzen, insbesondere durch eine unabhängige Ombudsstelle für Polizeiangelegenheiten auf Landesebene
- Entwaffnung rechtsextremistischer Gewalttäter*innen, auf kommunaler Ebene durch konsequente Umsetzung des Waffenrechts
- polizeilichen Schutz für Orte mit erhöhter Gefährdung, Ziel von Gewalttaten zu werden
- eine ausreichend ausgestattete Stelle für Antirassismuarbeit von der Kommune, zur Förderung und Koordination von antirassistischer Arbeit in Darmstadt
- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, individuelle und sexistische Diskriminierung und rechte Gewalt
- Kommunale Stellen zur geschulten Betreuung von Opfer und Prävention von sexualisierter Gewalt
- Ausreichende Mittel für soziale, medizinische und psychologische Betreuung von geflüchtete Menschen
- Dezentrale Unterbringung von geflüchtete Menschen - zentrale Unterkünfte nur als kurzfristige Notlösung für die Erstaufnahme. Auch in diesen Unterkünften müssen individuelle Rückzugsräume vorhanden sein
- Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit mit geflüchteten Menschen sowie ausreichende personelle Ausstattung der zuständigen Ämter

- Erinnerungsarbeit, die nicht bei der kritischen Diskussion um Ehrungen aufhört, sondern die alle Opfer von Krieg, Folter, Vertreibung oder Massenmord sichtbar macht

Kapitel VIII – Gleichberechtigung

Menschen sind gleichberechtigt

Die grundgesetzlich verankerte Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Die Lebensrealität von Frauen bleibt allerdings weit hinter dieser Forderung zurück. Die Politik der Bundes- und Landesregierung trägt dazu bei, dass immer mehr Frauen von struktureller Benachteiligung betroffen sind. Linke, emanzipatorische und feministische Politik bedeutet, für die gleiche Teilhabe und Anspruch aller Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand, an Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsgütern sowie für gleiche persönliche Entfaltungsmöglichkeiten zu streiten. Dies muss unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder körperlicher Beeinträchtigung geschehen.

Als LINKE stellen wir grundsätzlich in Frage, wie die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten verteilt sind. Ein Verständnis von Arbeit, das lediglich die Lohnerwerbsarbeit wertschätzt, lehnen wir ab. Die heutigen Arbeitskämpfe werden immer mehr zu Kämpfen um Zeit, gerade Frauen sind davon betroffen.

Frauen wie Männer haben ein Recht auf eine angemessen und auskömmlich entlohnte Erwerbsarbeit. Für alle Geschlechter muss die Entscheidungsfreiheit für die Übernahme von Sorgearbeit und unbezahlter Arbeit in der Familie und der Gesellschaft gewährleistet sein. Unser politisches Ziel ist die reale Gleichberechtigung von Männern, Frauen und Menschen des nicht-binären Spektrums.

Einkommensgerechtigkeit schaffen - Aufwerten jetzt!

Wer über Geld nicht reden will, soll über Geschlechtergerechtigkeit schweigen. Deutschland ist nach wie vor einer der europäischen Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen. Frauen haben immer noch durchschnittlich 22 % weniger Einkommen als Männer. Bei gleicher Ausbildung und Qualifikation werden Frauen seltener auf eine ausgeschriebene Stelle eingestellt.

Sorgearbeit ist Arbeit und muss als solche anerkannt werden

Frauen arbeiten häufiger als Männer in flexiblen, schlecht bezahlten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Gerade Pflegeberufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeführt werden, sehen sich einem moralischen Dilemma gegenüber, dass ein Streik und damit das Eintreten für bessere Bezahlung und gesunde Arbeitszeiten, auf Kosten der zu Pflegenden gehen würde. Die Interessen von Sorgearbeitenden brauchen ein Sprachrohr und müssen von der Gesellschaft und von der Politik aufgewertet werden.

Vollkostendeckung und Gewinn sind marktwirtschaftliche Kriterien, die den Pflegebetrieb nicht von der Würde eines (zu pflegenden) Menschen entkoppeln dürfen.

Ebenfalls übernehmen Frauen (durchschnittlich 4:30h/Tag) mehr als doppelt so viel unbezahlte Arbeit in Deutschland wie Männer (1:50h/Tag). In der Spitze reicht die verbleibende Zeit nicht mehr für einen Vollzeitjob aus. In Familien mit Kindern unter 18 Jahren arbeiten zwei von drei Frauen in Teilzeit. Der häufigste Grund für Teilzeit bei Männern sind hingegen Weiterbildungen.

Die Struktur unserer Stadt ist ebenfalls im Ungleichgewicht. Verkehrswege sind hauptsächlich für Pendler*innen entworfen, aber nicht für diejenigen, die in ihr leben. Dadurch, dass Frauen überwiegend der Sorgearbeit nachgehen, sind hauptsächlich sie von der Mobilitätsstruktur benachteiligt. Mobilitätsplanung muss daher auch mit geschlechtergerechter Perspektive gedacht werden.

Als LINKE wollen wir genau diese Debatte führen: die Debatte um Arbeits- und Wegezeit und um die gleichwertige Anerkennung und Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten.

Altersarmut ist weibliche Armut

Die oben beschriebene *Gender Pay Gap* wirkt sich über das Erwerbsleben hinaus aus und sorgt mittelbar für eine *Gender Pension Gap*. Wem systematisch weniger gezahlt wird, kann auch weniger in die Rentenkassen einzahlen, und erhält im Alter weniger. Die Lücke von 22 % im Erwerbsleben weitet sich somit auf 53 % in der Rente. Frauen trifft Altersarmut nicht nur härter, sondern es sind auch mehr Frauen von Armut im Alter betroffen als Männer.

Frauen dürfen nicht länger die sozialen Airbags unserer Gesellschaft sein!

Die Corona-Pandemie hat deutlicher denn je gezeigt, dass es Frauen sind, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Im Jahr 2020 konnten alle sehen, dass es überwiegend Frauen sind, die in der Kranken- und Altenpflege, an der Supermarktkasse oder in Kitas und Schulen die Hauptlast tragen, um unsere Gesellschaft am Laufen zu halten. Der Lockdown hat noch deutlicher gezeigt, dass es überwiegend Frauen waren, die in ihren Familien die Schließung von Kitas, Schulen oder Kantinen zusätzlich auffangen mussten. Oftmals wurden sie dadurch unfreiwillig in Teilzeitarbeit gedrängt. DIE LINKE fordert Wahlfreiheit zum Wiedereinstieg in Vollzeit aus Teilzeit. Auch aus Respekt vor der Arbeit von Frauen in der Pandemie müssen die Einkommens- und Arbeitsbedingungen entschieden verbessert werden (siehe auch Kap. 2, Abschnitt "Darmstadt braucht gute Arbeit"). Wir bringen feministischen Protest in Darmstadt auf die Straße, vereint mit anderen Parteien und Gruppierungen zum Frauenkampftag am 8. März.

Gleichberechtigung fängt im Grundgesetz an und darf am Einstellungsverfahren nicht scheitern

Systematischen Benachteiligungen von Frauen muss mit gezielten Maßnahmen aktiv entgegengewirkt werden. Das Bewerbungsverfahren der Stadt Darmstadt und ihrer Eigenbetriebe lässt jedoch keine Spielräume für die Förderung von Frauen zu, obwohl dies in den Stellenanzeigen formuliert wird. Die Stadt muss dieses Verfahren reformieren, um dort, wo es nötig ist, Frauen bei vergleichbarer Eignung tatsächlich bevorzugt berücksichtigen zu können.

Wir fordern, dass sich die Stadt Darmstadt im Arbeitgeberverband offensiv für die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienst-Berufen einsetzt. Darüber hinaus muss sie nach dem Vorbild von Frankfurt die Möglichkeit nutzen, die Beschäftigten nach einer höheren Tarifgruppe zu bezahlen.

Sexuelle Belästigung und Gewalt darf es in Darmstadt nicht geben – Betroffene schützen und unterstützen

Sexistische Belästigung und Gewalt geschieht überall in Deutschland und jede dritte Frau ist in ihrem Leben mindestens einmal davon betroffen.

Frauen müssen, anders als Männer, solche Erfahrungen zum Teil täglich im privaten wie öffentlichen und digitalen Raum erleiden. Gerade junge Mädchen tragen die psychischen Verletzungen über Jahre, wenn nicht ihr Leben lang mit sich. Im Jahr 2018 wurden in Deutschland laut Bundeskriminalamt 122 Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern umgebracht.

Betroffene, die diese Gewalt zur Anzeige bringen möchten, werden weiterhin von polizeilicher Seite diskriminiert und/oder belästigt. Häufig findet in Fällen von sexualisierter Gewalt eine Opfer-Täter-Umkehr von Seiten der Polizei gegenüber Frauen statt, die diese zur Anzeige bringen wollen. Es braucht eine Stelle außerhalb der Polizei, an die man sich im Falle von Belästigungen wenden kann. Eine männlich dominierte Polizei bringt den Betroffenen im Zweifelsfall nicht die nötige Sensibilität entgegen.

Im öffentlichen Raum bieten insbesondere dunkle Wege und Gassen, Unterführungen, uneinsehbare Haltestellen usw. Gelegenheiten für Täter, Frauen und Mädchen sexuell zu belästigen. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes muss die Bedrohungslage für Frauen und Mädchen in den Blick nehmen und schon baulich ihre Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen.

Der digitale Raum ist von Bedrohungen nicht ausgeschlossen, im Gegenteil. Stalking und Doxing (das internetbasierte Zusammentragen und anschließende Veröffentlichen personenbezogener Daten), sind bekannte Formen der Diskriminierung, Repression und Bestechung von Frauen.

DIE LINKE fordert daher entsprechend geschulte kommunale Stellen zur posttraumatischen Betreuung von Opfern sexualisierter Gewalt jedweder Form und Präventionsangebote an Schulen und für Behörden und Unternehmen, sowohl für Frauen als auch für Männer.

Für Darmstadt gelten die Istanbul-Konventionen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Diese gilt es von der Kommune aktiv umzusetzen und Frauen aktiv zu schützen. Dafür müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit diese Konventionen auch ausgestaltet werden können.

Das Darmstädter Frauenhaus muss kontinuierlich unterstützt werden, gerade in Zeiten von pandemiebedingten Kontaktverhütungen, die häusliche Gewalt in besonderem Maße verschärft. Es sind mehr Personalstellen bereit zu stellen.

Aber Sexismus findet nicht allein gegen Frauen statt, sondern gegen FLINT-Personen generell. FLINT steht für Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-Binäre & Transsexuelle. Jede Form von sexualisierter Gewalt muss als solche erkannt werden. DIE LINKE kämpft für den Schutz von FLINT-Personen und für geschützte Räume für eben diese. Sexualisierte und häusliche Gewalt muss als solche gesehen werden und die betroffenen Personen benötigen Opferschutz und psychologischen Beistand von geschulten Behörden und keine polizeiliche Schikane. Die Kommune muss hier Strukturen bilden, die Betroffenen schnellen und

effektiven Schutz bieten.

Naziparagraph §219.a streichen! Nicht dein Körper, nicht deine Sache.

Seit einem Urteil des BVerfG von 2002 ist es Ärzt*innen in Deutschland erlaubt zu werben. In der Gesetzgebung dazu wurde jedoch ganz bewusst §219.a von dieser Änderung ausgeschlossen. Dieser Paragraph, der auf die Nazi-Diktatur 1933 zurückgeht, verbietet das Werben von Schwangerschaftsabbrüchen. Dieser Paragraph dient einzig und allein der Schikane von Frauen und der Verfügungsgewalt von Männern über den weiblichen Körper. Dieses völkische Denkmuster muss aus dem Grundgesetz verschwinden und Frauen soll die schwierige Entscheidung für oder wider eines Schwangerschaftsabbruchs nicht noch strukturell erschwert werden. Das ungeborene Leben darf nicht über das Selbstbestimmungsrecht der Mutter gestellt werden. DIE LINKE setzt sich für die ersatzlose Streichung von §218 und §219a im Strafgesetzbuch ein.

Inklusion

Barrierefrei für Alle!

Die LINKE ist die treibende Kraft bei der Schaffung von Inklusion in allen Lebensbereichen. Barrierefreiheit bezeichnet die Möglichkeit sich an einem Ort aufhalten und bewegen zu können ohne auf die Hilfe von Dritten angewiesen zu sein – Darmstadt ist das nicht. Bei der bedarfsgerechten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sehen wir noch Luft nach oben und setzen uns für ein konsequenteres Vorgehen ein. Der barrierefreie Ausbau des Nahverkehrs muss auch im Bestand erfolgen und nicht erst im Rahmen von großen Mobilitätsprojekten.

Zugänge schaffen

Für eine inklusive Gesellschaft benötigen wir einen barrierefreien Zugang zu Freizeit-, Kultur und Sportangeboten. Bildung und Informationen müssen allen Menschen unabhängig von individuellen Fähigkeiten und Mitteln zur Verfügung stehen und verständlich dargeboten werden. Dies gilt auch beim Zugang zu Informationen und Formaten, ob nun digital oder analog. Wir wollen Barrieren abbauen und unterstützen entsprechende Sensibilisierungsangebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen. Erst wenn Darmstadt eine Stadt für Alle ist, können wir von einer gelungenen Umsetzung sprechen.

Physische Schranken werden schnell zu Schranken in den Köpfen.

DIE LINKE streitet für eine Normalisierung von Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen im Darmstädter Stadtbild. DIE LINKE stellt sich klar gegen Bevormundung, Stigmatisierung oder Ausgrenzung von Menschen mit oder ohne Handicap.

Vielfalt ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft

Wir leben in Deutschland in einer patriarchalen Gesellschaft. Unsere Städte, unsere Testcrashdummys, unsere Medikamente, unsere soziologischen Studien sind von Männern für Männer designt.

Die *Gender Data Gap* bezeichnet eine geschlechtsbezogene Datenlücke. Sie zeigt, dass die überwiegende Mehrheit an gesammelten wissenschaftlichen Daten von Männern stammt. Das liegt daran, dass Männer scheinbar die unausgesprochene Selbstverständlichkeit sein

sollen. Sie bilden den »Durchschnittsmenschen« und ihre Erfahrungen und Erlebnisse gelten als geschlechtsneutral. Dies ist faktisch falsch und darüber hinaus diskriminierend.

Für DIE LINKE ist es selbstverständlich, die sexuelle Vielfalt in der Gesellschaft und die gleichberechtigte Existenz verschiedener Lebensentwürfe zu akzeptieren. Wir wollen eine Gesellschaft und eine Politik, die Lesben, Schwulen, Bi- und Trans-Personen, Queer und Intersexuellen (LGBTQI) ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst vor homophober Gewalt garantiert. Fünf bis zehn Prozent aller Menschen haben einen LGBTQI-Hintergrund, das sind ca. 10.000 Menschen in Darmstadt.

Viele dieser Menschen übernehmen Verantwortung für leiblichen Nachwuchs oder für Pflegekinder. Die Kinder aus solchen "Regenbogenfamilien" sind oft von der Stigmatisierung ihrer Eltern mitbetroffen. Auch an Schulen gehört Homophobie leider immer noch zum Alltag. Deshalb gehört Aufklärung über sexuelle Vielfalt in die Lehrpläne. Außerdem ist ein Fortbildungs-Angebot zur Sensibilisierung der Beschäftigten im Bereich der Familien- und Jugendhilfe sowie für Jugendleiter*innen, Lehrer*innen und Erzieher*innen notwendig. Wir unterstützen daher das bundesweite Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SCHLAU und dessen Umsetzung in Darmstadt. Wir unterstützen den Verein vielbunt e.V. und gegebenenfalls auch andere Initiativen, ihre Projekte umzusetzen. Wir stehen an der Seite der Community, wenn Widerstand geleistet werden muss gegen Diskriminierung und Hetze.

Gleichberechtigung bedeutet:

- Eine familien-, frauen- und behindertengerechte Stadtplanung
- Die Entlastung alleinerziehender Mütter und Väter durch die Schaffung flächendeckender Angebote an Ganztagskinderbetreuung, durch Grundschulen mit festen Öffnungszeiten und durch die Weiterentwicklung echter Ganztagschulen
- Die Überprüfung aller politischen Entscheidungen der Stadt im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit
- Die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste und anderer vorwiegend von Frauen ausgeübten Berufsgruppen
- Die Reformierung des Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Darmstadt und ihren Eigenbetrieben, so dass dieses als ernstgemeintes Instrument der Frauenförderung dienen kann.
- Erhaltung und langfristige finanzielle Absicherung von Beratungsstellen für Frauen, Mädchen und Queer-Menschen
- Langfristige Sicherung des Frauenhauses und Erweiterung der Mädchenzuflucht
- Erhaltung von Angeboten für Mädchen, wie Mädchentreffs in Jugendzentren, Ferienfreizeiten oder den »Girls Day«
- Den aktiven Einsatz der Stadt Darmstadt zur ersatzlosen Streichung von §219.a und ausreichende, geschützte Beratungsstellen zur Schwangerschaftsberatung
- Einen konsequenten barrierefreien Ausbau des öffentlichen Raums, der Freizeit- und Bildungsangebote
- Ausreichend Behindertenparkplätze, Blindenleitsysteme, Beschilderungen, starke Kontraste, stufenlose Zugänglichkeiten, leichtgängige Türen, Rampen,

Behindertentoiletten, ebenerdige Wege, Fahrstühle, Sitz- und Rollstuhlstellplätze neben Begleitpersonen, Erreichbarkeit per ÖPNV

- Eine barrierefreie Kommunikation auf allen Ebenen: Leichte Sprache, Gebärdensprachdolmetscher*innen, mobile Höranlagen, Audiodeskription, Einhalten des 2-Sinne-Prinzips

Kultur für Alle!

Darmstadts kulturelle Vielfalt für Alle

Die Kulturförderung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist für Menschen und Gruppen eine Möglichkeit, ihre Identität zu entwickeln, auszugestalten und sie anderen zu vermitteln. Kultur ist dynamisch und ändert sich fortwährend. Und Kultur wird auch immer ein Ort der gesellschaftlichen Kontroversen sein. Die Stadt als Gemeinwesen aller Bürger*innen hat die Pflicht, dies zu unterstützen.

Darmstadt hat ein vielfältiges Kulturleben: mehr als acht Theater, drei Musikinstitute, mehrere Bibliotheken, mehrere Orchester und Chöre, zehn Museen, viele aktive bildende Künstler*innen, Galerien, viele Bands, den Radiosender RaDar, Kunstdenkmäler, Kunstsammlungen, Straßenmusikant*innen und vieles mehr. DIE LINKE will allen gesellschaftlichen Gruppen eine gleiche Teilhabe am reichen kulturellen Leben der Stadt ermöglichen. So kann Kultur einen starken Beitrag leisten, um durch die Förderung von Toleranz und Vielfalt dem Auseinanderbrechen der Stadt zwischen Arm und Reich entgegen zu wirken. Sozial Benachteiligte müssen also einen kostengünstigen Zugang zum Darmstädter Kulturangebot bekommen. Hierzu schlagen wir vor, dass neben den Studierenden auch Jugendliche und Empfänger*innen von Sozialleistungen Vorstellungen im Staatstheater kostenlos besuchen dürfen.

DIE LINKE hat die Schließung der Stadtteilbibliotheken in Arheilgen und Bessungen kritisiert und den Protest gegen diese Entscheidung unterstützt. Dadurch sind zwei wichtige Orte der Lesekultur dem Rotstift zum Opfer gefallen. Vor allem Kinder und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen benötigen einen wohnortnahen Zugang zum Angebot der Stadtbibliothek. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die verbliebenen Stadtteilbibliotheken in Eberstadt und Kranichstein erhalten bleiben und mit ausreichender Personalausstattung wieder nutzergerechte Öffnungszeiten anbieten.

Der städtische Kulturetat umfasst etwa 34 Mio. Euro. Davon fließen 18 Mio. Euro in den Betrieb des Staatstheaters. Dieses leistet einen wichtigen Beitrag zur städtischen Kultur. Umfangreiche Unterstützung erhalten auch das Institut Mathildenhöhe mit 3,5 Mio. und die Centralstation mit ungefähr 600.000 Euro. Weitere für Darmstadt bedeutende Institutionen wie die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, das PEN-Zentrum, die Akademie für Tonkunst, das Institut für Neue Musik, das Stadtarchiv, die Volkshochschule und auch der Zoo Vivarium, um nur einige zu nennen, sind im Bereich Kultur verortet und bereichern auch in unserem Sinne – Kultur für Alle – die Stadtgesellschaft. Diese Förderung der etablierten Kultur in unserer Stadt ist richtig und wichtig. Hier darf nicht gekürzt werden. Darmstadt als „Stadt der Künste“ beherbergt eine große, kreative und sehr lebendige freie Szene bildender Künstler*innen, wie die Darmstädter Sezession. 2020 ist die Darmstädter Sezession 100 Jahre alt geworden. Der Bund Bildender Künstler (BBK) Darmstadt und der BBK Hessen wirken Cultural City Network mit. All diese Institutionen und die Künstler*innen arbeiten nicht im luftleeren Raum, sie benötigen für ihre Arbeit auch Unterstützung bei der Suche nach Arbeitsräumen, Sponsoren und Anerkennung ihrer Arbeiten. Durch Ausstellungen vor

Ort und einen ausreichenden Ankauf-Etat der Stadt und ihrer Unternehmen kann unterstützt werden.

Bunte Straßen den Menschen

Street Art ist ein wesentliches visuelles Merkmal des urbanen Lebens. Aber »Sachbeschädigungen« durch Sprayer*innen werden teilweise härter verfolgt als Gewaltdelikte. Die Stadt gibt Millionen für die Graffiti-Entfernung aus: Eine Sisyphos-Arbeit ohne jede Wirkung auf den kreativen Ausdruck jugendlicher Selbstermächtigung. DIE LINKE will in großem Maßstab prominente öffentliche Flächen für Street Art freigeben.

Corona hat gezeigt wie wichtig Kultur für uns alle ist. Wenn die Kultur fehlt, nimmt die Teilhabe und damit die Demokratie Schaden, denn sie ist Ausdrucksform für neue Perspektiven. Deshalb dürfen in den folgenden Haushaltsjahren an dieser Stelle keine Mittel eingespart werden. Im Gegenteil: Durch die Schließungen und weitere erhebliche Einschränkungen während der Pandemie ist eine kontinuierliche Erhöhung der Fördermittel im Etat des Kulturamts und des Eigenbetriebs Kultureinrichtungen dringend notwendig.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Soloselbständigen und kleinen Theatern unbürokratisch kommunale Corona-Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Jetzt ist es wichtig Kulturräume zu erhalten und neu zu schaffen, um ein vielfältiges Kulturleben sicher zu stellen. Wo Kulturbetriebe haben aufgeben müssen, muss gewährleistet werden, dass an ihrer Stelle Kultur wieder neu entstehen kann.

Kunst verbindet – Menschen und Orte

„Kunst am Bau“, besser „Kunst im öffentlichen Raum“ darf nicht nur zufällig entstehen. Sie ist integrales Element der Baukultur in Deutschland und Teil der Bauherrenaufgabe des Bundes, der Länder und – so fordert es DIE LINKE – auch der Stadt und ihrer Unternehmen. Denn sie dient auch direkt der Förderung der bildenden Künstler*innen. Wir setzen uns ein für „Kunst am Bau“ bei allen Bauvorhaben der Stadt und ihrer Unternehmen, die Vergabe der Aufträge muss in einem öffentlichen und transparenten Verfahren erfolgen.

Gelegenheiten zur niedrigschwelligen Begegnung von Einwohner*innen und Künstler*innen wie z.B. die Kommunale Galerie im Justus-Liebig-Haus wurden leider abgebaut. Es braucht Möglichkeiten für eine Galerie oder Ausstellungen in Darmstadt. Sei es in vorübergehend leerstehenden städtischen Gebäuden, sei es mit entsprechender Unterstützung der Stadt in anderen öffentlichen Gebäuden, wie z.B. der Technischen Universität Darmstadt oder an noch ganz anderen Orten. Ein Beispiel dafür war die fotografische Kunstinstallation im September 2020 rund um das Schloss. Der Bedarf ist da - künstlerisch und beim Interesse der Besucher*innen wie sich zuletzt bei der Ausstellung »Darmstadt lebt Kunst« im Designhaus Mathildenhöhe und dem Ausstellungsreigen „100 Jahre – 100 Tage“ der Darmstädter Sezession zu ihrem Geburtstagsjahr gezeigt hat.

Einen wesentlichen Anteil am Kulturbetrieb hat die freie Kulturszene, so z.B. das Bessunger Kammerorchester, der Konzertchor Darmstadt, die Residenzfestspiele, das Halbneun- und das Hoffart-Theater, das Mollerhaus, das Kunstarchiv Darmstadt, die Literaturinitiative und nicht zuletzt das JuKuZ Oetinger Villa und die Bessunger Knabenschule. Die gesamte bunte Szene nicht-staatlicher und nicht-städtischer Kultur erhält ungefähr eine halbe Million Euro an Zuschüssen, also ungefähr zwei Prozent des gesamten Kulturetats.

Bei aller Wertschätzung unserer »kulturellen Leuchttürme« sehen wir ein Missverhältnis bei der Kulturförderung und fordern die Erhöhung der Förderung der freien Kultur auf vier Prozent des städtischen Kulturetats. Dazu schlagen wir einen Solidaritätsbeitrag der Staatstheater-Besucher*innen für die freie Kulturszene vor: Auf alle Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen sowie bei Premieren wird ein Zusatzbetrag von einem Euro erhoben, der direkt der freien Kulturszene in Darmstadt zu Gute kommt.

Mathildenhöhe und Weltkulturerbe

Seit Jahren werden die Ausstellungsgebäude auf der Mathildenhöhe saniert. Das ist ein schwieriges Unternehmen, da sich im Zuge der Arbeiten herausstellte, dass die Gebäude und das Gesamtensemble mehr Schäden aufwiesen als zunächst erkennbar waren. Die Bauzeit verlängerte sich und die Kosten stiegen erheblich. DIE LINKE hat das mitgetragen, weil hier ein bedeutender Ort für die Darmstädter Kultur aufgewertet und erweitert wird.

DIE LINKE fordert, dass dieser Ort neben überregionalen kulturellen Ereignissen auch für die Darmstädter Kunstschaffenden offen steht. Künstler*innen der lokalen Szene müssen hier regelmäßig Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten bekommen.

Die Mathildenhöhe als Gesamtensemble aus Ausstellungsgebäuden, dem Hochzeitsturm, den Freiflächen, Platanenhain sowie den noch bestehenden und kulturell genutzten Künstlerhäusern wollen wir in ihrer Gesamtheit schützen und für alle erhalten.

Wir befürworten jedoch nicht die Bewerbung der Mathildenhöhe zum UNESCO Weltkulturerbe. Bisher bot der Kulturort Mathildenhöhe neben den klassischen Ausstellungshallen und dem Jugendstilmuseum immer auch öffentlichen städtischen Raum und Flächen für Experimentelles und Zukunftsweisendes. Zu nennen ist insbesondere der „Osthang“, der für Alle frei und niederschwellig zugänglich war, ganz im Sinne der Grundidee der Mathildenhöhe. Wenn das Welterbe kommt, werden diese Orte wegfallen. Außerdem werde erhebliche Finanzmittel durch das Welterbe gebunden – bis heute belastete die Bewerbung den Kulturhaushalt bereits mit fast 700.000 Euro. Auf den bisher öffentlichen Flächen des Osthangs soll das von der UNESCO geforderte Besuchszentrum entstehen, dessen Kosten mit rund 8 Millionen Euro veranschlagt werden, die dann im allgemeinen Kulturhaushalt fehlen.

DIE LINKE lehnt die Welterbebewerbung ab, zum einen wegen der enormen und nicht absehbaren Kosten, und zum anderen, weil sie an einem zentralen Kulturort den letzten Fleck für experimentelle und zukunftsweisende Ideen in Design, Kunst, Architektur vernichtet. Darüber hinaus sehen wir keine Lösung der Verkehrsprobleme durch den zusätzlichen Tourismus.

Gute Arbeit und Mitbestimmung für Kulturschaffende

Auch Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Dies gilt für die rund 500 Beschäftigten des Staatstheaters, aber auch für die hauptberuflichen Künstler*innen der freien Kulturszene. Diese ist geprägt von Selbstausbeutung, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Projektverträgen ohne soziale Absicherung und von Einkommen unterhalb der Existenzsicherung. Wir wollen ihnen durch mehr vertraglich abgesicherte Leistungen eine sichere Planung und den Kulturschaffenden ein besseres Auskommen ermöglichen.

Öffentliche Kultur in jedem Stadtteil

Wenn die Menschen nicht zur Kultureinrichtung kommen, dann muss die Kultureinrichtung zu den Menschen kommen, die bislang nicht ins Museum oder in die Oper gehen. Es gibt erste Schritte in diese Richtung, wir können aber mit wenig Aufwand noch viel mehr tun.

»Museumsfenster« in jedem Stadtteil, etwa mit Mini-Ausstellungen in Geschäften und öffentlichen Gebäuden (Bürgerämtern, Arbeitsämtern, Stadtbibliotheken usw.), in Vitrinen auf Plätzen und Friedhöfen oder in »echten« Schaufenstern z.B. von leerstehenden Ladenlokalen. Auch lokale bildende Künstler*innen und andere lokale Initiativen können die Museumsfenster nutzen.

An den jeweiligen Stadtteil angepasst, sollen fußläufig Räume der Bildung und Begegnung entstehen, in denen man sich zu Hause fühlt. In jedem Bezirk ein Medienhaus mit Stadtteilbibliothek und kommunalem Kino. Mit bezirksspezifisch ausgerichteten Film- und Veranstaltungsangeboten entstehen niedrigschwellige Anziehungspunkte und bezahlbare Raumangebote für die vielfältigen Kulturen der Stadt.

Im Bereich Kulturpolitik fordert DIE LINKE:

- Vier Prozent des städtischen Kulturetats für die freie Kultur. Finanzierung durch einen Solidaritätsbeitrag auf Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen
- Freigabe von nicht genutzten städtischen Liegenschaften zur Zwischennutzung durch alternative Kulturprojekte
- Unterstützung der Künstler*innen bei der Suche nach Freiräumen
- Bestandsschutz für bestehende Kulturräume
- Auslobung eines jährlichen Jugendkulturpreises mit einer Jury aus engagierten Jugendlichen
- Street Art ist ein wesentliches visuelles Merkmal des urbanen Lebens. Wir wollen Raum dafür schaffen durch die Ausweisung von Sprayflächen für Jugendliche
- Schaffung von Ateliers und Proberäumen für die Künstler*innen sowie von Begegnungsräumen, Kunst- und Kulturzentren auf den Konversionsflächen (Lincoln-Siedlung, Ludwigshöhviertel) und auf dem Gelände des ehemaligen Städtischen Klinikums in Eberstadt
- Klärung der strukturellen Position des Kulturamts, des Eigenbetriebs Kulturinstitute und des City-Marketing und transparente Darstellung der jeweiligen Zuständigkeiten im Kulturbetrieb, auch im finanziellen und personellen Bereich
- Wir wollen die Vergünstigungen für Darmstadt-Pass-Bezieher*innen in städtisch geförderten Kultureinrichtungen weiter ausbauen
- Langfristig freien Eintritt in städtisch geförderte Kultureinrichtungen, zuerst für Kinder, Schüler*innen, Auszubildende und Studierende
- Erinnerungskultur zu schützen und zu gestalten, in all ihren Facetten
- Bessere Personalausstattung des Kulturamtes und des Eigenbetriebs Kulturinstitute
- Sichere Planung durch vertragliche Absicherung der Leistungen für Einrichtungen der freien Kulturszene

Demokratie in Darmstadt beleben

Demokratie lebt von Mitgestaltung

Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Kommunen sind die Ebene, auf der die Menschen ihre Geschicke unmittelbar selbst in die Hand nehmen können. DIE LINKE will, dass alle Bürger*innen bei den Entscheidungen unserer Stadt mitwirken können - nicht nur einmal alle fünf Jahre, sondern bei allen wichtigen Fragen, die sie betreffen.

Grundlegend ist die Demokratisierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). In den 90er Jahren führten viele Bundesländer Bürger*innen-Entscheide, Direktwahl der (Ober-)Bürgermeister*innen und das personalisierte Verhältniswahlrecht mit Kumulieren und Panaschieren ein. Sie senkten das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Diese Regelungen hat Hessen nur teilweise eingeführt oder nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen. Bei uns fehlen bis heute die anderswo inzwischen gebräuchlichen Beteiligungsformen wie z.B. ein kommunales Petitionsrecht oder Bürger*innen-Anträge. Das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren wurde 1999 wieder abgeschafft. Die Hürden für Bürger*innen-Begehren und -entscheide sind unangemessen hoch, wie die Abstimmung zur Nordost-„Umgehung“ 2009 gezeigt hat.

Die Landtagsfraktion der LINKEN hat bereits 2011 einen Vorschlag zur Novellierung der HGO eingebracht, mit der die Hürden für Bürger*innen-Begehren und -entscheide überwiegend nach bayerischem Vorbild abgesenkt werden sollten: In Darmstadt könnten demnach 5.300 wahlberechtigte Gemeindeangehörige (5 %) ein Begehren einreichen, über das dann ein Entscheid stattfindet. Eine Mehrheit ist gültig, wenn zugleich mehr als 10.500 Gemeindeangehörige (10 %) entsprechend abgestimmt haben. Darüber hinaus wollen wir das kommunale Petitionsrecht und den Bürger*innen-Antrag einführen, den 1.500 nicht unbedingt wahlberechtigte Gemeindeangehörige ab 14 Jahren (1 %) an die Stadtverordnetenversammlung stellen können.

Auch in Darmstadt selbst lässt sich einiges verändern. Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Stadtverwaltung müssen vorhandene Handlungsspielräume nutzen, um die Bürger*innen so früh wie möglich an Entscheidungen zu beteiligen. Wichtige Entscheidungen dürfen nicht nur in Ausschüssen beschlossen werden. Parlamentsstrukturen müssen geöffnet und gelockert werden.

Unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung haben unterschiedliche Bedürfnisse. Politische Strukturen wie Foren oder Räte, über die Kinder und Jugendliche, Senior*innen oder Migrant*innen als Gruppe in der Stadt mitreden können, müssen ggf. geschaffen, gefördert, ausgebaut und von der Politik respektiert werden.

Jeder Stadtteil hat seine eigenen Gegebenheiten. Die Menschen vor Ort kennen sie am besten. Der Schaffung von weiteren formalen Ortsbeiräten nach der Hessischen Gemeindeordnung steht DIE LINKE jedoch skeptisch gegenüber. Es besteht die Gefahr, dass solche Gremien von Parteien dominiert werden, anstatt größeren Teilen der Bevölkerung Raum für Meinungs Austausch und Interessenwahrnehmung zu geben. Anstelle einer Verparlamentarisierung der Basisbeteiligung durch Ortsbeiräte setzen wir auf spontane und

permanente Bürger*innen-Initiativen, Bürger*innen-Begehren, stadtteilpolitische Vereinigungen wie die IGAB, Stadtteilforen und Stadtviertelrunden. Deren Stimme muss vor politischen Entscheidungen gehört werden. Wir unterstützen solche Initiativen gern, wenn sie wichtige Anliegen in die Diskussion bringen wollen. Der Fall „Aldi“ in Arheilgen zeigt, wie man es nicht machen darf.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Erleichterung von Bürger*innen-Entscheiden, Einführung von Bürger*innen-Anträgen und dem kommunalen Petitionsrecht
- Rederecht für betroffene Interessengruppen in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen
- Regelmäßige Bürger*innen-Versammlungen auf gesamtstädtischer Ebene und in den Stadtteilen

Transparenz schafft Vertrauen

DIE LINKE kämpft für Transparenz und Offenheit in der Darmstädter Politik. Dies ist Grundvoraussetzung für die effektive Wahrnehmung demokratischer Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte. Die Bürger*innen können nur an Entscheidungsprozessen teilnehmen und diese mitgestalten, wenn sie entsprechend über die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung, im Magistrat und in der Stadtverwaltung informiert sind. Deshalb setzt sich DIE LINKE für einen offenen Politikstil im Parlament und für eine transparente Verwaltung ein.

Informationsfreiheitsgesetze sollen bewirken, dass öffentliche Stellen ihre Informationen mit den Bürger*innen teilen. Das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) gilt leider nicht direkt für die Kommunen, ermöglicht ihnen aber, eine eigene Informationsfreiheitsatzung aufzustellen, um den Zugang der Bürger*innen zu amtlichen Informationen zu regeln. DIE LINKE hat im Herbst 2020 beantragt, dass die Stadt sich eine solche Satzung gibt. Der Antrag wurde leider von Grün-Schwarz abgelehnt, so dass dieses Thema leider noch offen ist. Wir werden uns weiter für Transparenz und Offenheit der Verwaltung einsetzen.

Viele Informationen aus der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung sind bereits über das Parlamentsinformationssystem im Internet zugänglich, und auch einige Dienstleistungen der Verwaltung können bereits online genutzt werden. Allerdings verfügen längst nicht alle Menschen über einen Internetzugang. Um sie nicht von der Nutzung moderner Kommunikations- und Informationsinstrumente auszuschließen, muss das Angebot an öffentlich zugänglichen Internetanschlüssen zur Nutzung des städtischen Angebots verbessert und in die Stadtteile getragen werden.

Leider wurden dezentrale Stadtteilbibliotheken und Meldestellen geschlossen, an denen solche Info-Punkte eingerichtet werden könnten. Außerdem sollten wichtige Dokumente zusätzlich öffentlich ausgelegt werden, z.B. in einem Themenregal in der Stadtbücherei.

DIE LINKE fordert:

- Anwendung der Grundsätze der Informationsfreiheit

- Öffentliche Auslage von Satzungen und Parlamentsunterlagen an zentraler Stelle
- Einrichtung von öffentlichen Internetzugängen zur Nutzung der städtischen Onlinedienste in Stadtteilbibliotheken, Stadtteilbüros und anderen geeigneten Orten

Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass

Migrant*innen sind von kommunalpolitischen Entscheidungen genauso betroffen wie deutsche Staatsangehörige. Von den kommunalen Entscheidungsprozessen und Wahlen sind sie allerdings weitgehend ausgeschlossen. Deshalb müssen alle Bürger*innen ungeachtet ihrer Nationalität auf kommunaler Ebene das Wahlrecht erhalten. In unserer Stadt leben über 33.000 Menschen ohne deutschen Pass, das sind fast 20 % der Darmstädter*innen. Ihre umfassende Einbeziehung in das soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben muss erreicht werden.

Die Beteiligung von unter 5 % bei der Wahl des Ausländerbeirats im November 2015 zeigt, dass das Konzept, die nicht wahlberechtigten Gemeindeangehörigen mit einem relativ einflusslosen und von der Öffentlichkeit wenig beachteten Gremium abzuspeisen, gescheitert ist. Wir stellen fest, dass die Migrant*innen sich nicht mit einem Ersatz für echte Mitbestimmung zufrieden geben. Für DIE LINKE ist es ein zentrales Anliegen, dass alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen in die kommunalen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Wir wollen, dass ihnen das kommunale Wahlrecht gewährt wird. Ein entsprechender Beschluss des Hessischen Landtags ist überfällig.

Wir wollen die Einführung eines kommunalen Petitionsrechts und die Möglichkeit von Bürger*innen-Anträgen, die für alle Darmstädter*innen unabhängig von der Staatsangehörigkeit gelten sollen.

DIE LINKE fordert:

- Kommunales Wahlrecht für Migrant*innen gleich welcher Herkunft
- Petitionsrecht und Bürgeranträge für Alle
- Unterstützung der sozialen und kulturellen Arbeit der Organisationen von Migrant*innen durch die Stadt

Freiheitsrechte sichern und öffentliche Räume erhalten

Der wachsenden Empfindung von Unsicherheit vieler Menschen, die nicht zuletzt auch auf die Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg zurückzuführen ist, begegnet die Politik durch einen Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates. Spätestens seit der Verabschiedung des Großen Lausangriffs, der sogenannten Anti-Terror-Gesetze und der Vorratsdatenspeicherung ist klar, dass sich nur DIE LINKE konsequent für Bürger*innen- und Freiheitsrechte einsetzt und gegen deren stetigen und schleichenden Abbau Widerstand leistet. Auch in Darmstadt ist es notwendig, die Augen offen zu halten.

Die öffentliche Videoüberwachung von Straßen und Plätzen in Darmstadt wurde nach einer unpopulären und gescheiterten Initiative der SPD in den 90er Jahren zunächst nicht weiter verfolgt. Durch Videoüberwachung wird Kriminalität in den meisten Fällen nicht verhindert, sondern nur an andere Orte verlagert. Systematische Überwachung des öffentlichen Raums

gibt dem Staat unverhältnismäßigen Einblick in das Leben der Bürger*innen und nimmt ihnen die Kontrolle über ihre Privatsphäre. Überwachung erzeugt Konformitätsdruck, denn die Menschen fühlen sich ständig beobachtet und passen ihr Verhalten an. Deshalb lehnt DIE LINKE die Ausweitung und Systematisierung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab.

Leider haben CDU und Grüne mit Unterstützung von FDP und AfD im letzten Jahr beschlossen, den Luisenplatz künftig für 400.000 Euro mit 15 Kameras überwachen zu lassen. Neben der obigen grundsätzlichen Kritik an der Überwachung ist festzustellen, dass der Luisenplatz kein Kriminalitätsschwerpunkt ist und die dort stattfindenden Straftaten kaum von der geplanten Überwachung verhindert werden. Viel wirksamer ist hier die Aufmerksamkeit der Mitmenschen und die Präsenz der Kommunalpolizei. Die Videokameras auf dem Luisenplatz sind konservative Symbolpolitik, die die Schikane und Stigmatisierung von sozialen Randgruppen zur Folge haben. Wir wollen, dass sie wieder abgebaut werden. Solange sie existieren, wird DIE LINKE darauf bestehen, dass sie bei Demonstrationen nachweisbar ausgeschaltet werden.

„Gefahrenabwehrverordnungen“ regeln neben unstrittigen Dingen auch den Umgang mit öffentlichem Alkoholkonsum, Einschränkungen für das Leben von Obdachlosen sowie den Aufenthalt auffälliger Personengruppen in den Konsumzonen der Stadt. Darmstadt hat eine im Vergleich zu anderen Städten liberale Gefahrenabwehrverordnung. DIE LINKE steht zu einer zurückhaltenden Ordnungspolitik im öffentlichen Raum und wird gegen Verschärfungen eintreten. Alle Menschen sollen sich auf ihre Weise entfallen können, solange dies Andere nicht bedroht oder schwerwiegend belästigt.

DIE LINKE fordert:

- Keine Videoüberwachung auf dem Luisenplatz
- Keine Ausweitung und Systematisierung der Videoüberwachung öffentlicher Räume
- Zurückhaltende Ordnungspolitik im öffentlichen Raum

Darmstadt ist eine Stadt des Friedens

DIE LINKE steht für friedliche Konfliktlösungen weltweit. Wir setzen uns auf allen Ebenen ein gegen den zunehmenden undiplomatischen Konfrontationskurs gegen China und Russland und für eine klare Kante gegenüber dem türkischen Angriffskrieg gegen die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien. Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und ist aufzulösen.

Geld, das für Rüstung und Kriegseinsätze ausgegeben wird, fehlt z.B. in den Schulen, Krankenhäusern und im Kampf gegen die Klimakrise. Auch deshalb stemmt sich DIE LINKE gegen steigende Militärausgaben, insbesondere gegen die Vorgabe, dass alle EU-Staaten ihren Militärhaushalt auf 2% ihrer volkswirtschaftlichen Leistung aufstocken sollen. DIE LINKE tritt ein gegen militärische Indoktrination der Jugend und fordert die Konversion der Rüstungsindustrie.

Wir freuen uns, dass das Panzerausbesserungswerk in der die Starckenburg-Kaserne aufgegeben und das Gelände in absehbarer Zeit zur Wohnbebauung zur Verfügung stehen wird.

Die Funktionen des US-Abhörzentrums im „Dagger-Komplex“ bei Griesheim auf dem Stadtgebiet von Darmstadt wurden teilweise nach Wiesbaden-Erbenheim verlegt. In Darmstadt werden noch die Daten aus dem Internet abgeschöpft und die Rechner betrieben, die in Wiesbaden zur Überwachung der weltweiten Kommunikation und zur politischen Spionage benutzt werden. Auch die völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze vor allem im mittleren Osten werden von hier durch Datenanalysen unterstützt. Hierfür darf in Deutschland und in Darmstadt kein Platz sein.

Für Darmstadt fordert DIE LINKE:

- Keine Rüstungsforschung an Darmstädter Hochschulen
- Keine Werbung Jugendlicher und Minderjähriger für den Militärdienst an Ständen der Bundeswehr auf Messen oder im Jobcenter
- Schließung des Überwachungszentrums „Dagger-Komplex“

XI - Pandemie- & Krisenmanagement

Corona trifft alle, aber nicht alle gleich

Die Corona-Pandemie wirkt sich wie ein Brennglas auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Das Leben vieler Menschen war und ist z.T. schwer belastet und eingeschränkt. Soziale Kontakte mussten reduziert werden, demokratische Rechte sind eingeschränkt, Industriezweige wurden kurzfristig heruntergefahren. Sorge- und Pflegearbeit wird überwiegend von Frauen geleistet, die zudem durch Homeoffice und Homeschooling belastet waren und sind.

Während viele Menschen mit deutlich geringerem Einkommen in Kurzarbeit geschickt wurden, schütteten Großkonzerne weiterhin Dividenden aus. Das entspricht der Logik des Kapitalismus: Auf der einen Seite Rettungsschirme in Milliardenhöhe für Konzerne, auf der anderen Seite Aushöhlung der Arbeitsrechte bis hin zu Massenentlassungen wie im Fall von Lufthansa. Vor der Corona-Pandemie gab es angeblich kein Geld für den dringend notwendigen Klimaschutz. Jetzt werden in der Krise mit großen Summen Unternehmen subventioniert, die maßgeblich an der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen beteiligt sind.

Die Corona-Pandemie hat die Machtverhältnisse offengelegt. Diese Verhältnisse müssen zu Gunsten der Schwachen gekippt werden. Ohne einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft wird dies nicht gelingen. Unsere Wirtschaft muss sich an menschlichen Bedürfnissen und am Schutz der Umwelt orientieren, und nicht an den Profitinteressen einiger Weniger.

Unvorhersehbarkeit und Geschwindigkeit von Pandemien und anderer Krisen machen eine gesellschaftliche Vorsorge notwendig. Zum Umgang mit einer Pandemie wie auch mit den Folgen des sich immer weiter beschleunigenden Klimawandels sind Maßnahmenkataloge erforderlich, auf die im Ernstfall zurückgegriffen werden kann. DIE LINKE fordert, dass sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene solche Maßnahmenkataloge zur Verfügung stehen und regelmäßig aktualisiert werden.

Die Pandemie hat uns gezeigt: Solidarische Ideen wie ticketfreier ÖPNV (Nulltarif) sind umsetzbar, aber andererseits bringt marktliberales Profitstreben unser Gesundheitssystem an den Rand der Überlastung. Krankenhäuser dürfen nicht mit der gleichen Logik geführt werden wie Banken und Betriebe, sie müssen der Versorgung dienen und nicht der Realisierung von Gewinnen. Die Kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht Opfer von Krisen, sondern verursacht Krisen.

Kranken- und Pflegepersonal sowie Mitarbeiter*innen von Lebensmittelgeschäften wurden als „systemrelevant“ bezeichnet. Sie sind jedoch nicht relevant für das kapitalistische System, sondern relevant für die Gesellschaft, für die Versorgung von Menschen. Politik muss auf Gesellschaftsrelevanz ausgerichtet sein, sie muss an den Menschen ausgerichtet sein, nicht an Dividenden. DIE LINKE fordert als Schritt zur Umsetzung einer solchen Politik die Rekommunalisierung der privatisierten Krankenhäuser.

Uneingeschränkte Solidarität für Schutzbedürftige

Einen Großteil der Verantwortung für die Menschen wurde und wird vom Land auf die Kommunen abgewälzt. Die Unsicherheit, wie und wann Kitas und Schulen öffnen und arbeiten war eine Katastrophe für Familien und noch mehr für Alleinerziehende.

Das Gesundheitsamt Darmstadt muss so ausgestattet werden, dass es ihre Aufgaben für die Menschen erfüllen kann. Die Besetzung von 20 zusätzlichen Stellen, deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde, ist zügig umzusetzen. Bei Bedarf muss die Stadt und der Landkreis zusätzliche Stellen schaffen.

Zuhause bleiben kann nur, wer ein Zuhause hat. Wenn eine Virus-Pandemie um sich greift, dann müssen leerstehende Hotels und Sporthallen so ausgestattet und umgebaut werden, dass obdachlose Menschen sowohl Abstand zueinander halten können als auch mit Hygiene-Ausstattung und Lebensnotwendigem versorgt werden können.

Die Pandemie weitet die Digital-Working-Gap

Finanziell abgesicherte Menschen haben einen entschieden besseren Zugang zu den neuen Medien und können sie in der Regel intensiver nutzen. Dieser Umstand wirkt sich z.B. auf die Schulkinder in einkommensschwachen Milieus aus, die bei überwiegend digitalen Lernformen weiter abgehängt werden. Auch alte Menschen und Menschen in psychischen und sozialen Krisensituationen, die die digitalen Medien nur unzureichend bedienen können bzw. nicht zur Verfügung haben, sind besonders belastet und sind auf persönliche Beratung und Unterstützung angewiesen.

DIE LINKE tritt ein für Solidarität nicht nur in Krisenzeiten. Für Darmstadt und Hessen heißt das in Zukunft:

- Finanzielle Hilfe von Ausbildungsbetrieben für die zusätzliche Bereitstellung von Ausbildungsplätzen
- Altenheime so schützen, dass sowohl das Personal als auch die betreuten Menschen maximal vor einer Infektion geschützt sind. Das bedeutet, dass das Personal häufiger als bisher auf Virusinfektionen getestet wird
- Das Gleiche gilt für Krankenhäuser und ihr Personal.
- Obdachlosen Schutz in einer sauberen Umgebung bieten, indem Sporthallen und deren Sanitäreinrichtungen entsprechend eingerichtet und Hotelzimmer angemietet werden
- Das städtische Gesundheitsamt muss bei Bedarf unverzüglich mit weiteren Stellen und Mitteln aufgestockt werden, um die Gefährdungslage zu koordinieren und zu kommunizieren.
- Die Verantwortung des Schul- und Kita-Betriebs darf nicht auf die einzelnen Einrichtungen abgewälzt werden. Schließungen und Öffnungen müssen gemeinsam koordiniert und transparent kommuniziert werden.
- Einsatz für eine gerechte Verteilung eines zukünftigen Impfstoffes auf Landesebene. Dieser muss den Menschen, die zu Risikogruppen gehören, zu allererst zur Verfügung gestellt werden. Ein dicker Geldbeutel darf nicht zu einer Bevorzugung führen.

- Ausstattung aller Schüler*innen mit den benötigten digitalen Endgeräten und Sicherung geeigneter Lernsituationen für Schüler*innen in beengten Wohnverhältnissen.
- Spezielle Hilfsangebote für Menschen in sozialen und psychischen Krisensituationen, z.B. durch aufsuchende Hilfe.

DIE LINKE schließt sich auch folgenden Forderungen der GEW an:

- In jeder Schule muss ein Hygienekonzept vorliegen
- Waschbecken müssen in allen Klassenzimmern installiert sein, am besten auch mit Warmwasser.
- Schulräume müssen mindestens einmal pro Tag geputzt werden. Dafür müssen genügend qualifizierte Putzkräfte vorhanden sein, die nach Tarif bezahlt werden, und bei der Schulplanung muss berücksichtigt werden, dass der Klassenteiler maximal so groß ist, dass beim Aufteilen einer Klasse die Maximalzahl von zwölf Schüler*innen nicht überschritten wird. Daraus folgt eine maximale Klassengröße von 24 Schüler*innen pro Klassenraum. Die Ressourcen für genügend Klassenräume und Personal müssen bereitgestellt werden.

Investieren in die Zukunft!

Die Kommunen sind unterfinanziert

Seit der letzten Kommunalwahl bis zum Beginn der Corona-Krise hat sich die finanzielle Lage vieler Hessischen Kommunen entspannt. Auch Darmstadt steht nun besser da als vor fünf Jahren. Dies liegt in erster Linie an der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die die Steuereinnahmen steigen lässt. Dieser Erfolg des „Standort Deutschland“ wurde allerdings auf dem Rücken der Beschäftigten erreicht, die befristet und zu Niedriglöhnen arbeiten müssen; der Rentner*innen, die von ihrem Einkommen nicht leben können; oder der Erwerbslosen, die mit Hartz IV unter das Existenzminimum gedrückt werden. Damit verschafft sich die deutsche Wirtschaft einen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Ländern, was Europa wirtschaftlich und politisch immer weiter auseinander driften lässt. Dies ist die kritikwürdige Grundlage, auf der sich auch die hessischen Kommunen konsolidieren konnten. Es sind also nicht die Ausgabenkürzungen der grün-schwarzen Haushaltskonsolidierungsprogramme, sondern die Einnahmen durch die gute Wirtschaftslage, die uns in den letzten Jahren mehr Spielraum gewährten.

Die „Hessenkasse“ hat die Kommunen formal entschuldet, allerdings zum Teil mit Geldern, die ihnen eigentlich direkt zugestanden hätten (z.B. nach der Auflösung des Fonds „Deutsche Einheit“). Auch wenn die Schulden nun nicht mehr in den Büchern der Stadt stehen, zahlt sie in den nächsten Jahrzehnten einen jährlichen Beitrag in Höhe der bisherigen Zinszahlungen. Eine echte Entschuldung sieht anders aus. Auch mit dem Programm „Starke Heimat“, das im Herbst 2019 verabschiedet wurde, verteilt das Land keine eigenen Finanzmittel, sondern Geld, welches den Kommunen bereits gehört.

Diese Voraussetzungen haben der Stadt trotz Schuldenbremse in den letzten Jahren einen gewissen Abbau des Investitionsstaus und einen Einstieg in die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Endlich konnte auch wieder Personal aufgebaut werden - auch wenn es wegen der relativ niedrigen Entgelte oft nicht gelingt, die Stellen zu besetzen. DIE LINKE kritisiert, dass die in den Zeiten der Wirtschaftskrise verhängte Haushaltssperre von damals 20 % für die sogenannten freiwilligen Leistungen zur Förderung von Sportvereinen, Kulturinitiativen und Sozialprojekten mittlerweile zwar gelockert, aber bis heute nicht komplett aufgehoben ist. Insgesamt sind wir, anders als die grün-schwarze Koalition, nicht zufrieden mit der momentanen Haushaltslage, denn ein Haushalt, der in guten Zeiten gerade einmal ausgeglichen ist, offenbart ein strukturelles Defizit. Ein Gemeinwesen, das sich sogar in Zeiten hoher Einnahmen einschränken muss, hat für Krisenzeiten keine Reserven. DIE LINKE bleibt dabei: Die Haushaltskonsolidierung der Kommunen ist auf Sand gebaut.

Sparen kommt uns alle teuer zu stehen

Die Koalition hat sich in ihrer ersten Amtszeit ab 2011 schwerpunktmäßig mit der „Konsolidierung“ des durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise angeschlagenen Haushalts befasst. Einrichtungen wurden geschlossen, Personal eingespart und Investitionen verschoben. Heute zahlt die Stadt große Aufschläge für die damals auf Eis gelegten

Bauprojekte, und für diese weit mehr als die Kreditkosten, die bei unmittelbarer Ausführung angefallen wären. Aus unserer Sicht war die Konsolidierungspolitik der Koalition kein Erfolg, sondern eine Bremse für Investitionen in eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt. Diese Zeit der „Konsolidierung“ waren fünf verlorene Jahre insbesondere für den Ausbau des Radverkehrs, für den Klimaschutz, für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und für die Schulbausanierung. Nun werden auf massiven Druck z.B. des Radentscheids und der Klimabewegung endlich Dinge in Bewegung gesetzt, die schon viel weiter fortgeschritten sein könnten, wenn die Haushaltspolitik sich nicht auf die „Schwarze Null“ fixiert hätte.

Es wird leider zu wenig darüber geredet, dass die „grün-schwarze Null“ in Darmstadt auch die Mieter*innen teuer zu stehen kam. Von 2012 bis 2017 flossen etwa 100 Mio. Euro aus der Bauverein AG zur Deckung von Verlusten im Stadtkonzern, als Ausschüttung an die Stadt und zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus ab. Dieses Geld hätte zur Dämpfung der Mieten, zur freiwilligen Selbstbeschränkung bei der Modernisierungsumlage und als Eigenkapital für Erweiterung und Sanierung des Wohnungsbestands verwendet werden müssen.

DIE LINKE hat als Oppositionsfraktion die Kritik an dieser Politik immer wieder ins Parlament getragen. Damit haben wir unseren Teil dazu beigetragen, dass es nun ein Radwegeprogramm gibt, dass eine Sozialwohnungsquote eingeführt und die Ausschüttung des Bauvereins gedeckelt wurde, sowie dass die Stadt seit letztem Jahr den Klimaschutz entschlossener angeht. DIE LINKE sieht es als ihre Aufgabe an, im Stadtparlament dafür zu sorgen, dass auch bei schwierigerer Kassenlage - Stichwort Corona-Pandemie - solche Zukunftsinvestitionen weiter voran getrieben werden, ohne die freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt sowie Förderung von Sport und Kultur zu reduzieren.

Im kommenden Jahr 2021 wird die Pandemie tiefe Löcher in unseren Haushalt schlagen. Deshalb kündigte der Stadtkämmerer schon vor der Einbringung des Krisen-Haushalts an, dass die Stadt jetzt auf die Bremse treten müsse. Doch die Menschen brauchen während und nach der Corona-Zeit keine Kürzungen von Sozialleistungen, des geförderten Wohnungsbaus oder von Zuschüssen für Kultur, Bildung und Freizeit. Eher notwendig ist eine Erweiterung der öffentlichen Leistungen, um das Entgangene und schmerzlich Vermisste für Alle ohne Einschränkungen schnell wieder verfügbar zu machen und um Rückstände aufzuholen. Auch die Wirtschaft braucht keine Kürzungspolitik, sondern unverminderte oder am besten erweiterte Investitionen, um eine Stagnation zu verhindern. Infrastrukturwandel und Verkehrswende müssen beschleunigt werden, denn der Kampf gegen die Klimaerwärmung darf nicht nach Kassenlage geführt werden.

DIE LINKE kritisiert den vorseilenden Gehorsam des Kämmerers und der Koalition. Anstatt den Tritt auf die Bremse anzukündigen, muss die Stadt die Kompensation der erwarteten Einnahmeausfälle durch Bund und Länder fordern. Im Jahr 2020 erhielt Darmstadt einen Zuschuss von 50 Mio. Euro. Eine vergleichbare Stützung benötigen die Kommunen auch in den kommenden Jahren. Dafür wird DIE LINKE kämpfen.

Reichtum gerecht besteuern und Schuldenbremse abschaffen

DIE LINKE tritt auf Bundesebene für sozial gerechte Steuerreformen ein, die Reichtum und Profite stärker belasten. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung der Corona-Kosten, die Erhöhung des

Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer wenigstens auf den Stand der neunziger Jahre und die Besteuerung von großen Erbschaften, Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen. Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiter entwickelt werden, die auch Freiberufler*innen wie Ärzt*innen und Anwalt*innen mit einbezieht und die sich auf die Wertschöpfung in der Kommune (und nicht auf die Gewinne des Gesamtkonzerns) bezieht. Außerdem drängt DIE LINKE auf eine starke Reduzierung der Ausgaben für Rüstung und den Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Auf dieser Basis wäre eine krisenfeste Finanzierung der Kommunen möglich. Ohne ein Umsteuern in der Steuerpolitik wird die Stadt Darmstadt die beschlossenen Klimaziele nicht erreichen, in der Verkehrswende stecken bleiben und die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum wegen Kapitalmangels scheitern. Wenn die großen Vermögen unangetastet bleiben, dann werden die Gering- und Durchschnittsverdiener*innen die Lasten zu tragen haben, die die Corona-Maßnahmen der Gesellschaft abverlangen.

Der Umgang mit den derzeitigen und zukünftigen Folgen der Klimaerwärmung muss von der öffentlichen Hand mitgetragen werden und darf nicht ins Private verdrängt werden. Die Reichen und Spitzenverdiener*innen sind diejenigen, die durch ihre Lebensweise am meisten zur Umweltzerstörung beitragen. Sie sind diejenigen, die von Bund, Land und Stadt in die Verantwortung genommen und an den Kosten einer (kommunalen) klimagerechten Umstrukturierung beteiligt werden müssen. Klimagerechtigkeit geht Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit. Umweltschutz muss man sich leisten können und nicht jede*r in unserer Gesellschaft kann das. Deshalb muss dort, wo das Individuum dies nicht leisten kann, der Staat und die Kommune Möglichkeiten zur klimagerechten Partizipation schaffen. Partizipation braucht Freiräume, auch finanzielle.

Solange auf Bundesebene keine Mehrheiten für eine solidarische Steuerpolitik existieren, muss in der Kommune ein Haushaltsdefizit hingenommen werden. Das ist keine verantwortungslose Politik - unverantwortlich ist vielmehr, der nächsten Generation mangelhafte Bildung, eine sozial gespaltene Gesellschaft und ein rückständiges Verkehrssystem mitzugeben und sich um unseren Anteil zur Herstellung von Klimagerechtigkeit zu drücken. Wir wissen, dass dies im Gegensatz zur „Schuldenbremse“ steht. Deren Aufnahme in die Hessische Verfassung im Jahre 2011 hatte DIE LINKE abgelehnt und sich an der Gegenkampagne beteiligt, denn die „Schuldenbremse“ ist dafür vorgesehen, weitere Sozialkürzungen zu legitimieren. Sie nimmt der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidungsfreiheit, in schwierigen Zeiten wichtige Investitionen und laufende Ausgaben aufrecht zu erhalten, und ist daher undemokratisch und politisch wie ökonomisch unvernünftig. Die Notwendigkeit zur Aussetzung der „Schuldenbremse“ auf Landesebene wegen der Corona-Kosten bestätigt diese Sichtweise. Leider gibt es trotz dieser Erfahrung noch keine Mehrheit für ihre Abschaffung.

DIE LINKE erwartet von der Bundes- und Landespolitik:

- Sozial gerechte Steuerreformen zur Verbesserung der kommunalen Steuereinnahmen
- Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss zahlen“) durch Land und Bund – vollständige Kostenübernahme aller Leistungen, mit denen die Kommunen beauftragt werden

- Wiederherstellung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts durch Abschaffung der „Schuldenbremse“

Kredit aufnehmen für die Zukunft der künftigen Generationen

Gerade in der Kommunalpolitik wird deutlich, dass nicht das Geldausgeben, sondern die vielgerühmte Ausgabendisziplin auf Kosten der kommenden Generation geht. Deshalb stemmen wir uns gegen die neoliberale Haushaltspolitik des „Gürtel-enger-Schnallens“.

Aus unserer Sicht ist die drohende Klimakatastrophe eine globale Krise, die ebenso wie die Corona-Pandemie ein guter Grund für die Aufhebung der Regelungen der Schuldenbremse ist. Mit diesem Argument werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kommune Kredite aufnimmt, um verstärkt in die Zukunft investieren zu können, ohne die Förderung des sozialen und kulturellen Lebens in der Stadt einzuschränken. Angesichts der außerordentlich niedrigen Zinsen wären die Kosten einer solchen Haushaltspolitik ohne weiteres finanzierbar. Langfristig müssen diese Schulden durch verbesserte Einnahmen, u.a. durch die geforderte angepasste Steuerpolitik, abgetragen werden.

Die grün-schwarze Koalition hat 2017 in einer vorübergehenden Haushaltskrise endlich die Gewerbesteuer deutlich von 425 auf 454 Punkte und damit auf das Niveau vergleichbarer Hessischer Städte angehoben. Wir halten eine weitere Erhöhung auf 460 Punkte, die ca. 2,5 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen einbringen würde, für leistbar und in einer wachsenden Stadt auch für legitim.

Grundsätzlich orientieren wir unsere Haushaltspolitik an den folgenden Grundsätzen:

- DIE LINKE wird keinen Haushalt unterstützen, der Beschäftigungsabbau bei der Stadt beinhaltet.
- DIE LINKE wird keine Kürzungen von Freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich, bei freien Kulturträgern und bei der Bildung mittragen.